

LANDESHAUPTSTADT



Gesamtabschlussbericht



für das Geschäftsjahr 2013

www.wiesbaden.de

Gesamtabschluss 2013

Inhaltsverzeichnis

A. Vorwort	3
B. Konsolidierter Gesamtabschluss zum 31.12.2013	4
1. Konsolidierungsbericht.....	4
1.1 Lage der Landeshauptstadt Wiesbaden	4
1.1.1 Einführung	4
1.1.2 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen	5
1.1.3 Geschäftsverlauf.....	7
1.1.4 Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks.....	13
1.1.5 Vermögenslage.....	18
1.1.6 Vermögensvergleich Einzel- mit Gesamtabschluss.....	20
1.1.7 Ergebnissituation	21
1.1.8 Ergebnisvergleich Einzel- mit Gesamtabschluss.....	23
1.1.9 Finanzlage	25
1.2 Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Haushaltsjahres 2013.....	26
1.3 Chancen und Risiken.....	28
1.4 Bewertung des Gesamtabschlusses im Hinblick auf die dauernde Leistungsfähigkeit und perspektivischer Ausblick.....	34
1.5 Angaben zu den nicht einbezogenen Aufgabenträgern.....	38
2. Zusammengefasste Vermögens-, Ergebnis- und Finanzrechnung.....	39
2.1 Zusammengefasste Vermögensrechnung	39
2.2 Zusammengefasste Ergebnisrechnung	41
2.3 Zusammengefasste Finanzrechnung	42
3. Anhang	43
3.1 Allgemeine Angaben.....	43
3.1.1 Rechtliche Grundlagen	43
3.1.2 Abgrenzung des Konsolidierungskreises.....	43
3.1.3 Konsolidierungsgrundsätze	49
3.2 Erläuterungen zu den Posten der zusammengefassten Vermögensrechnung..	54
3.2.1 Anlagevermögen.....	54
3.2.2 Umlaufvermögen	61
3.2.3 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	63
3.2.4 Eigenkapital	64
3.2.5 Sonderposten	65
3.2.6 Rückstellungen	66
3.2.7 Verbindlichkeiten	69
3.2.8 Passive Rechnungsabgrenzungsposten	72
3.3 Erläuterungen zur zusammengefassten Ergebnisrechnung	73
3.3.1 Ordentliches Ergebnis	73
3.3.2 Außerordentliches Ergebnis	87
3.3.3 Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	89
3.3.4 Anderen Gesellschaftern zustehendes Ergebnis.....	90
3.3.5 Ergebnisverwendung	90
3.4 Erläuterungen zur zusammengefassten Finanzrechnung	91
3.5 Sonstige Angaben	92
3.5.1 Haftungsverhältnisse	92
3.5.2 Sachverhalte über erhebliche finanzielle Verpflichtungen	94
3.5.3 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen	96
3.5.4 Mitglieder Stadtverordnetenversammlung/Magistrat	97

Gesamtabschluss 2013

4. Anlagen.....	99
Anlage (1) Anlagenspiegel.....	100
Anlage (2) Forderungsspiegel	102
Anlage (3) Eigenkapitalspiegel	104
Anlage (4) Sonderpostenspiegel	106
Anlage (5) Rückstellungsspiegel	108
Anlage (6) Verbindlichkeitspiegel	110
Anlage (7) Erklärung zu den verwendeten Kennzahlen.....	112

Gesamtabschluss 2013

A. Vorwort

Hiermit lege ich Ihnen als Kämmerer der Landeshauptstadt Wiesbaden (LHW) den Gesamtabschluss für das Jahr 2013 vor. Ziel dieses Werkes ist es die Stadt transparenter zu machen, indem ein Gesamtbild einschließlich ihrer Unternehmen und Sondervermögen aufgezeigt wird. Die Landeshauptstadt Wiesbaden ist eine leistungsfähige, soziale und wirtschaftlich starke Stadt. Ihre Leistungen werden nicht nur von den städtischen Ämtern erbracht sondern in hohem Maße auch von den Beteiligungsgesellschaften in den Segmenten Ver- und Entsorgung, Verkehr, Gesundheit, Stadtentwicklung und Wohnungsbau sowie Tourismus, Kongresse und Veranstaltungen. Um die Transparenz zu erhöhen und ein möglichst vollständiges Bild der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der LHW zu erhalten, müssen auch diese in die Aufgabenträger ausgegliederten Dienstleistungen mit in die Betrachtung einbezogen werden.



Es freut mich auch für dieses Jahr über einen finanziell sehr erfreulichen Verlauf zu berichten. Das Gesamtergebnis (Jahresüberschuss) des Jahres 2013 übertrifft mit 90 Mio. € das Vorjahresergebnis deutlich und sichert das Angebot an öffentlichen Dienstleistungen und Infrastruktur sowie einer nachhaltigen Daseinsvorsorge auf einem weiterhin hohem Niveau. Das Vermögen (Bilanzsumme) ist mit 4,2 Mrd. € gegenüber dem Vorjahr leicht angestiegen und auch die Gesamtleistung (Umsatz) von knapp 1,9 Mrd. € liegt über dem Vorjahresniveau.

Schwerpunktt Themen, die wir als Investitionen für die Zukunft betrachten, sind nach wie vor der Ausbau der Kinderbetreuung und die Schaffung und Modernisierung bezahlbaren Wohnraums bei steigenden energetischen Standards sowie die Errichtung von Windenergieanlagen und der Bau eines Biomasse-Heizkraftwerks.

Der vorliegende Gesamtabschluss besteht aus dem Konsolidierungsbericht (Kapitel 1) mit der Bewertung der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage des gesamten Verbundes sowie einem perspektivischen Ausblick. In Kapitel 2 folgen die zusammengefasste Ergebnis- und Vermögensrechnung (Bilanz), die um eine Kapitalflussrechnung ergänzt sind. Schließlich ist in Kapitel 3 ein Anhang beigefügt, der neben den gesetzlichen Grundlagen und der Abgrenzung des Konsolidierungskreises insbesondere die Posten der in Kapitel 2 genannten Rechnungen erläutert. Kapitel 4 enthält alle Anlagen.



Axel Imholz
Stadtkämmerer

Gesamtabschluss 2013

B. Konsolidierter Gesamtabschluss zum 31.12.2013¹

1. Konsolidierungsbericht

1.1 Lage der Landeshauptstadt Wiesbaden

1.1.1 Einführung

Wiesbaden ist die Hauptstadt des Landes Hessen. In der zweitgrößten Stadt Hessens wohnen 2013 rund 280.000 Einwohner². Hinzu kamen noch rund 16.000 Mitglieder der US-Heeresgarnison. Die Landeshauptstadt Wiesbaden ist eine weltoffene, grüne Stadt im Herzen des Rhein-Main-Gebietes, ein wirtschaftliches, kulturelles und soziales Zentrum. Eine moderne Stadtentwicklung, der Umwelt- und Naturschutz sowie die Gesundheitsförderung gehören zu den weiteren Stärken der Stadt.

Wiesbaden zeichnet sich durch ein vielfältiges Kulturleben aus. Vom Hessischen Staatstheater, dem Museum Wiesbaden, Konzerten im Kulturzentrum Schlachthof und im Kurhaus, dem Rheingau Musik Festival über die Caligari FilmBühne bis hin zu zahlreichen Filmfestivals, dem Literaturhaus, Galerien und Kleinkunstabühnen: Wiesbaden bietet die gesamte Bandbreite lebendiger und moderner Kultur. Zusätzlich besticht Wiesbaden durch das umfangreiche Angebot im Breitensport.

Das wirtschaftsfreundliche Klima in der Landeshauptstadt sorgt beständig für einen vorderen Platz im Ranking der deutschen Städte. Neben bekannten Großunternehmen prägt eine Vielzahl von mittleren und kleinen Unternehmen das Bild. Zudem ist Wiesbaden ein pulsierendes Dienstleistungszentrum mit zukunftsfähigen Branchenschwerpunkten und einer hohen Lebensqualität.

Die Stadt zählt, neben Frankfurt am Main, Mainz und Darmstadt, zu den Kernstädten des Rhein-Main-Gebiets. Die Landeshauptstadt Wiesbaden rangierte im Jahr 2013 mit einem Kaufkraftindex von über 113 Prozent des Bundesdurchschnitts (100 Prozent) bzw. mit rd. 24 T€ pro Einwohner auf einem der vorderen Plätze der wohlhabendsten Städte Deutschlands.

¹ Bei der Verwendung von gerundeten Beträgen oder Prozentangaben kann es aufgrund kaufmännischer Rundung zu geringfügigen Differenzen kommen.

² Daten des Amtes für strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik der Landeshauptstadt Wiesbaden

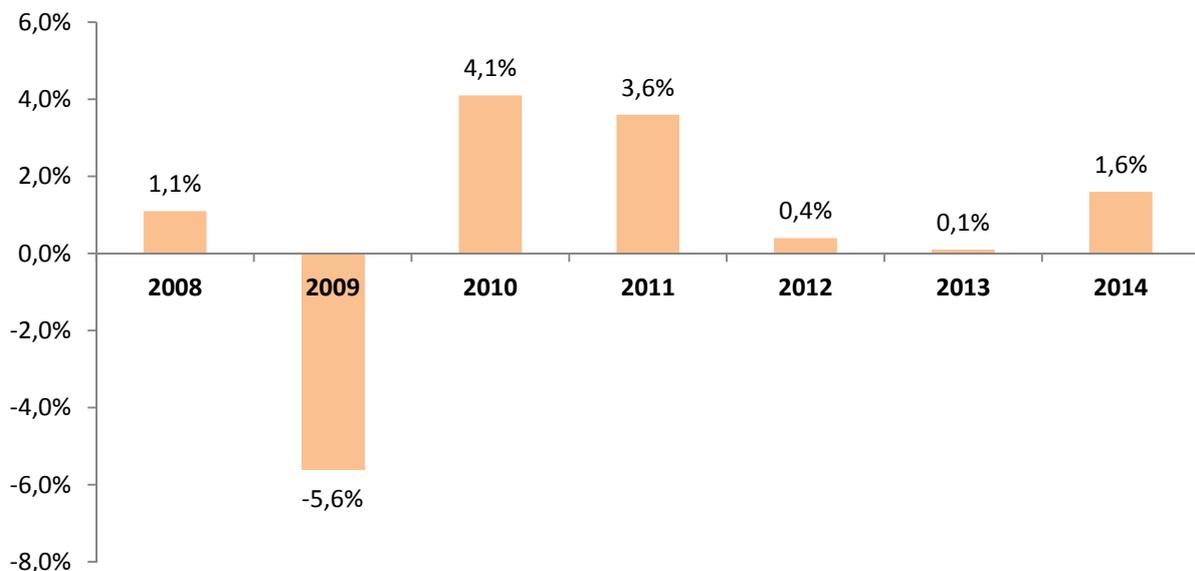
Gesamtabschluss 2013

1.1.2 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Nachdem bereits ab Herbst 2012 eine Beruhigung der Euro-Krise eingetreten war, stabilisierte sich die Weltwirtschaft im Jahresverlauf 2013 weiter. Allerdings wiesen viele Industrieländer weiterhin hohe öffentliche Finanzierungsdefizite auf und die Geldpolitik zur Stützung der Konjunktur war nach wie vor sehr expansiv ausgerichtet. In den Schwellenländern setzte sich die Konjunkturverlangsamung 2013 fort. Das Bruttoinlandsprodukt konnte 2013 weltweit eine Steigerung von 2,2 % verzeichnen³, für 2014 ergab sich eine Steigerungsrate von 1,6 %⁴.

Dennoch waren die Auswirkungen der Euro-Krise auch weiterhin in Deutschland zu spüren. Die wirtschaftlichen Außenverhältnisse und die witterungsbedingten Auswirkungen beschränkten der Konjunktur in Deutschland keinen guten Start. Erst ab dem Frühjahr 2013 entspannte sich die wirtschaftliche Situation und die Konjunktur konnte einen moderaten Aufwärtstrend verzeichnen. Dadurch bedingt konnte die deutsche Wirtschaft 2013 lediglich eine Steigerung des Bruttoinlandsproduktes von 0,1 % verzeichnen. Das Jahr 2014 schloss mit einem Wachstum von 1,6 % und für 2015 wird eine Steigerung zwischen 1 % und 2 % erwartet.

Veränderung des Bruttoinlandsprodukts



Quelle: Eurostat: Online-Datenbank: Wachstumsrate des realen BIP (Jahresendstände; Stand: 03/2015)

In Hessen stieg das Bruttoinlandsprodukt um 3,4 %. Hierbei hatten das Bau- und das Dienstleistungsgewerbe die stärksten Steigerungsraten zu verzeichnen. Wie dem Konjunkturbericht der IHK Wiesbaden zu entnehmen ist, werden die Erwartungen für Wiesbaden überwiegend positiv eingeschätzt.

³ Quelle: Sachverständigenrat - Jahrgutachten 2013/2014

⁴ Quelle: Eurostat: Online-Datenbank: Wachstumsrate des realen BIP (Stand: 03/2015)

Gesamtabschluss 2013

Wie den Konjunkturdaten der IHK Wiesbaden zum Jahr 2013 zu entnehmen ist, stieg der Geschäftsklimaindex von 116 im Jahresverlauf auf 123 am Jahresende, mit weiter steigender Tendenz im ersten Quartal 2014.

Die Gewerbesteuererträge im Haushaltsjahr 2013 lagen deutlich über denen des Vorjahres. Die Ursache liegt in der besseren Ergebnissituation der ansässigen Unternehmen.

Die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hat sich um 1.097 auf 126.161 erhöht. Die Arbeitslosenquote stieg in Wiesbaden - bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen - leicht von 7,3 % im Jahr 2012 auf 7,4 % im Jahr 2013. Da auch die Bevölkerung auf 280.108⁵ Einwohner zugenommen hat (+1.467) konnte gleichzeitig mit der Anzahl der Arbeitsplätze auch die Arbeitslosigkeit ansteigen.

⁵ Daten des Amtes für strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik der Landeshauptstadt Wiesbaden

Gesamtabschluss 2013

1.1.3 Geschäftsverlauf

Der Geschäftsverlauf des Verbundes der Landeshauptstadt Wiesbaden für das Berichtsjahr ist weiterhin erfolgreich. Die ordentlichen Erträge sind um 153 Mio. € auf nunmehr 1.879 Mio. € gestiegen, während die ordentlichen Aufwendungen nur um 113 Mio. € auf 1.781 Mio. € zunahmen. Der Jahresüberschuss konnte sich somit nach Berücksichtigung des Finanz- und des außerordentlichen Ergebnisses um 30 Mio. € auf 90 Mio. € entwickeln. Dazu hat auch die verbesserte Ergebnissituation der Kernverwaltung beigetragen.

Steuern und Schlüsselzuweisungen

Die Gewerbesteuererträge im Berichtsjahr lagen konsolidiert mit 317,5 Mio. €⁶ mehr als 67 Mio. € über denen des Vorjahres. Die Ursache liegt neben der verbesserten Ergebnissituation der ansässigen Unternehmen insbesondere an einer einmaligen Gewerbesteuernachzahlung.

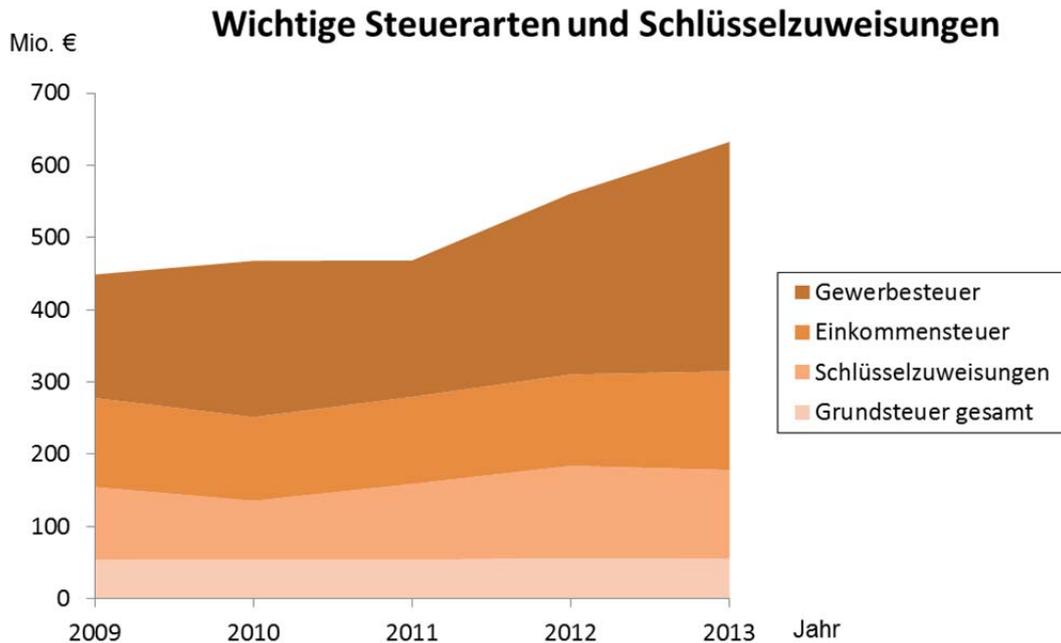
Die Entwicklung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer konnte sich weiter erholen (+ 10,0 Mio. €), erreicht jedoch noch nicht das historische Niveau von 2008.

in Mio. €	2013	2012	Veränderung zum Vorjahr
Gewerbesteuer (vor Gewerbesteuerumlage)	317,5	250,3	67,2 ↑
Einkommensteuer	136,6	126,6	10,0 ↑
Schlüsselzuweisungen	123,3	127,5	-4,2 ↓
Grundsteuer (A + B)	55,1	56,2	-1,1 ↓

⁶ Die Gewerbesteuererträge stehen nicht vollumfänglich zur Verfügung. Sie sind jeweils um die Gewerbesteuerumlage zu bereinigen.

Gesamtabschluss 2013

Die nachfolgende Grafik zeigt die Erholung der Gewerbesteuereinnahmen der Landeshauptstadt Wiesbaden nach den Krisenjahren. Hierbei ist zu beachten, dass die Werte des Jahres 2013 einen Einmaleffekt in Höhe von ca. 50 Mio. € an Gewerbesteuererträgen beinhalten.



Jeweils mit der Steuerkraft korreliert auch die Schlüsselzuweisung. Bedingt durch die wieder ansteigenden Steuererträge seit 2011 sank die Schlüsselzuweisung um 4,2 Mio. € auf 123,3 Mio. €.

Da sich in den Tarifabschlüssen die gute Konjunktur widerspiegelt, steigt als Folge auch der Gemeindeanteil der Einkommensteuer weiter leicht an.

Die LHW beschäftigte in ihrem Verbund im Berichtsjahr durchschnittlich 7.251 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Für diese fielen Personal- und Versorgungsaufwendungen von 426,0 Mio. € an. Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen betragen 673,4 Mio. € und die Abschreibungen 136,7 Mio. €.

Stadtentwicklung und Wohnungsbau

Die Wohnungsgesellschaften im Verbund sind im Stadtgebiet Wiesbaden unverändert eine wichtige Säule im Wohnungsmarkt und stellen im Interesse der Stadt durch die Wohnraumversorgung für breite Bevölkerungsschichten einen stabilisierenden Faktor für die Mietpreisentwicklung in den Wohnquartieren dar. Durch die Aktivitäten der Gesellschaften im Bereich der energetischen Sanierung der Objekte und des Einsatzes von erneuerbaren Energien im Neubaubereich findet neben der Betriebskostensenkung ebenso der Klimaschutz seine Berücksichtigung. Die Umsatzerlöse im Geschäftsfeld Immobilien sind zwar von 122,5 Mio. €

Gesamtabschluss 2013

auf 112,5 Mio. € gesunken, jedoch stehen bedingt durch die umfangreichen Sanierungs- und Neubauaktivitäten viele Immobilien unmittelbar vor dem Verkauf bzw. der Vermietung. Somit werden die Erlöse aus der Grundstücks- und Wohnungswirtschaft, der Hausbewirtschaftung und der Betreuungstätigkeit wieder steigen.

Versorgung

Die ESWE Versorgung konnte in 2013 das bis dahin beste Ergebnis in der Geschichte des Unternehmens erzielen. Die Ende des Berichtsjahres erfolgte Inbetriebnahme des Biomasse-Heizkraftwerkes durch die ESWE BioEnergie GmbH stellt einen Meilenstein in der Geschichte der Energieversorgung Wiesbadens dar und ist unverzichtbarer Bestandteil für die Umsetzung der Energiewende. Mit der Produktion von regenerativem Strom und Wärme leistet das neue Biomasse-Heizkraftwerk einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der Klimaschutzziele der Stadt Wiesbaden. Mit einem Investitionsvolumen von rund 55 Mio. € handelt es sich um die größte Einzelinvestition, die ESWE Versorgung bis dato getätigt hat.

Mit dem Erwerb des ersten Windparks in Uettingen bei Würzburg, der sich zu 100 % in der Hand der ESWE Versorgung befindet, sowie dem gemeinsam mit der Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG (THEE) vollzogenen Erwerb von sieben weiteren Windparks erstreckt sich das Windkraft-Engagement der Gesellschaft mittlerweile über ganz Deutschland.

Die Umsatzerlöse im Bereich Energieversorgung sind um 41,1 Mio. € auf 459,8 Mio. € gestiegen. Das Unternehmensergebnis der ESWE Versorgung stellt das beste Ergebnis dar, dass ESWE Versorgung jemals erzielt hat.

Dabei erhöhten sich die Stromerlöse mengen- und preisbedingt deutlich gegenüber dem Vorjahr, die Gaserlöse stiegen bei den Tarifkunden mengenbedingt an.

Die Umsatzerlöse der Fernwärmeversorgung verzeichneten einerseits durch die kühle Witterung, andererseits durch den kontinuierlichen Ausbau des Wärmenetzes einen erfreulichen Anstieg.

Seit dem 01.01.2012 wird die Wasserversorgung in der Landeshauptstadt Wiesbaden in öffentlich-rechtlicher Form durch den städtischen Eigenbetrieb WLW wahrgenommen. Die ESWE Versorgung ist jedoch weiterhin Eigentümerin des Wassernetzes, das an den Eigenbetrieb verpachtet wird. Die Umsatzerlöse der Wasserversorgung beliefen sich auf 32,8 Mio. €. Die gesamte Netzeinspeisung (Wasserbezug) betrug im Jahr 2013 Tm³ 14.901. Unter Berücksichtigung von Netzverlusten und Messdifferenzen belief sich die nutzbare Wasserabgabe im Jahr 2013 auf Tm³ 14.110.

Entsorgung

Im Vergleich zum Vorjahr sind die Leistungsentgelte im Bereich Entsorgung leicht um 0,4 Mio. € auf 70,5 Mio. € gestiegen. Das Planergebnis wurde erreicht.

Gesamtabschluss 2013

Die Mengenentwicklung in den einzelnen Entsorgungssparten war unterschiedlich.

Die an den Frischwasserverbrauch gekoppelte abgerechnete gebührenpflichtige Schmutzwasserentsorgung war leicht rückläufig (-1,1 %), obwohl die im Berichtszeitraum gemessene Wasserverbrauchsmenge um 0,1 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen ist. Diese scheinbar unterschiedliche Entwicklung resultiert aus der rollierenden Gebührenabrechnung, d. h. die Gebührenbescheide werden nicht grundsätzlich zum Stichtag 31.12 erstellt, sondern unterjährig zum Tag der Ablesung des Wasserverbrauches und berücksichtigen die Verbräuche der letzten 12 Monate. Basis der Niederschlagswassergebühr ist die versiegelte Fläche in Quadratmeter. Die im Jahr 2013 abgerechnete Menge zeigt keine wesentliche Veränderung zum Vorjahr.

Die gebührenpflichtige Abfallmenge bzw. die Leerungsvolumina - gemessen in Liter pro Woche - ist um 0,7 % gegenüber dem Vorjahr 2012 zurückgegangen. Dieser Rückgang entspricht dem Trend der letzten Jahre.

Der dramatische Verfall der zu erzielenden Erlöse für Dienstleistungen im Auftrag der dualen Systeme hat dazu geführt, dass die Entsorgungsbetriebe sich bis auf die Papier, Pappe, Kartonnage-Entsorgung komplett aus dem operativen Geschäft zurückgezogen haben.

Der Geschäftsverlauf der mechanisch-biologischen Abfallbehandlungsanlage (MBA) war geprägt durch ein erhöhtes Abfallaufkommen bei den Abfällen zur Verwertung und einen kontinuierlichen Rückgang bei den Abfällen zur Beseitigung.

Auf der Deponie wurden im Berichtszeitraum 17.828 Tonnen weniger Abfallmengen als im Vorjahr abgelagert. Der Rückgang betrifft sowohl Boden- u. Bauschutt als auch Asbest und Verbrennungsrückstände (Schlacke).

Im Bereich Straßenreinigung und Winterdienst haben sich die erbrachten Leistungen zum Vorjahr nicht wesentlich verändert.

Verkehr

Für das Jahr 2013 setzten die Verkehrsunternehmen die nachhaltige Entwicklung des Verkehrsangebotes unter der Prämisse einer wirtschaftlichen Erstellung der Fahrleistungen im Wiesbadener ÖPNV fort. Auf dieser Basis wurde das Verkehrsangebot weiterhin punktuell ergänzt bzw. verstärkt. Auch im Jahr 2013 konnten die Verkehrsunternehmen einen Fahrgastzuwachs und die damit einhergehende Erhöhung der Gesamtleistung verzeichnen. Die Umsatzerlöse im Linienverkehr beliefen sich auf 43,6 Mio. €. Das Ergebnis im Verkehrsreich hat sich gegenüber dem Vorjahr deutlich verbessert.

Gesamtabschluss 2013

Soziales

Durch soziale Leistungen sind Transferaufwendungen i. H. v. 343,0 Mio. € entstanden. Diese entfallen mit 156,8 Mio. € hauptsächlich auf Leistungen an natürliche Personen nach dem SGB XII (u. a. Grundsicherung im Alter) und mit 114,0 Mio. € auf Leistungen nach dem SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende).

Die Pflegeeinrichtung des Feierabendheims Simeonhaus GmbH konnte aufgrund der veralteten baulichen Strukturen nicht mehr wirtschaftlich betrieben werden und wurde aufgrund der Anordnung des Versorgungsamtes zum 29.02.2012 geschlossen. Seither beschränkt sich die Tätigkeit der Gesellschaft auf den Betrieb des "Wohnen mit Service" mit 45 Bungalows und 26 Apartments als Förderung der Altersfürsorge. Da die für das Geschäftsjahr 2013 geplante Grundstücksveräußerung erst in 2014 erfolgt ist und dadurch die betrieblichen Aufwendungen nicht korrespondierend zum Erlösrückgang zurückgeführt werden konnten, weist die Gesellschaft im Geschäftsjahr erneut einen Jahresfehlbetrag aus.

Der Altenhilfe Wiesbaden GmbH ist es im Geschäftsjahr 2013 bei insgesamt guter Auslastung beider Häuser gelungen, die in 2012 eingeleiteten Konsolidierungsmaßnahmen umzusetzen und somit einen Jahresüberschuss zu erwirtschaften, nachdem das Vorjahr mit einem Fehlbetrag abgeschlossen hatte. Neben den auslastungsbedingten Ertragssteigerungen konnten erhebliche Einsparungen beim Materialaufwand aber auch beim Personalaufwand erzielt werden.

Die HSK Pflege GmbH hat für die Umsetzung des Projekts „Neubau einer stationären Altenpflegeeinrichtung“ ein Grundstück erworben, um hierauf eine stationäre Altenpflegeeinrichtung zu errichten. Bis zur Errichtung des Gebäudes wird die Gesellschaft den Gesellschaftszweck nicht aufnehmen können.

Die Wiesbadener Jugendwerkstatt GmbH stellt für die berufliche Integration und Reintegration arbeitsloser oder von Arbeitslosigkeit bedrohter Menschen geeignete Angebote im Bereich der Berufsvorbereitung, Ausbildung/Umschulung und Beschäftigung bereit. Im Geschäftsjahr 2012/2013 konnte die Gesellschaft zu keinem Zeitpunkt die für die Beschäftigungsmaßnahmen vorgehaltene Kapazität ausnutzen. Dies hatte zur Folge, dass die Kosten dieser Maßnahmen nicht mehr durch die Erlöse gedeckt werden konnten und ein Jahresfehlbetrag entstanden ist. Durch Erweiterung des Angebotsspektrums sollen künftig die vorhandenen Nachfragepotentiale besser ausgenutzt werden.

Gesamtabschluss 2013

Tourismus und Sonstiges

Der Eigenbetrieb TriWiCon bildet das Dach über die Messe- und Kongressaktivitäten der LHW und kann eine einheitliche Unternehmensstrategie festlegen und die Gesellschaften wie die Rhein-Main-Hallen GmbH, die Kurhaus Wiesbaden GmbH und die Wiesbaden Marketing GmbH nach diesen Grundsätzen steuern. Mit dieser Struktur soll die Wettbewerbssituation im hart umkämpften Markt entscheidend verbessert werden.

Im Jahre 2013 konnte Wiesbaden mehr als 1,1 Mio. Übernachtungen verzeichnen und somit erneut die Rekordmarke des Vorjahres deutlich überbieten. Dabei übertreffen die Zuwächse in Wiesbaden deutlich die Entwicklung auf Landes- wie auf Bundesebene.

Die wirtschaftliche Situation der TriWiCon ist im Wesentlichen bestimmt von den Ergebnissen der Rhein-Main-Hallen GmbH (RMH) und des Kurhauses sowie dem Betriebskostenzuschuss der Landeshauptstadt. Bei der RMH konnte ein weiteres Jahr mit guter Nachfrage verzeichnet werden. Der zu Beginn nur vorsichtig positive Ausblick der Wirtschaft insgesamt festigte sich und wirkte sich stabilisierend auf das Tagungs-, Kongress- und Messegeschäft aus. Trotzdem ist das Geschäftsjahr 2013 der TriWiCon durch die Verlustübernahme für die RMH geprägt. Ansonsten entspricht die Geschäftsentwicklung mit Ausnahme des Verlustes der Kurhaus Wiesbaden aufgrund verschärfter Wettbewerbsbedingungen und zurückgehender Nachfrage den Erwartungen des Wirtschaftsplanes.

Der Eigenbetrieb Mattiaqua betreibt die städtischen Einrichtungen in den Bereichen Gesundheit / Wellness, Frei- und Hallenbäder und Freizeit sowie die Sicherstellung der Nutzung von Thermalquellen und der Versorgung des Stadtgebietes mit Thermalwasser.

Die Besuchszahlen verbesserten sich im Berichtsjahr 2013 von rd. 1.374 Tsd. auf rd. 1.397 Tsd. Die Umsatzerlöse lagen mit 7,4 Mio. € leicht über dem Vorjahreswert von 7,1 Mio. €. Da auch die Aufwendungen geringfügig unter denen des Vorjahres lagen, verringerte sich insgesamt der Betriebsverlust. Für die nächsten beiden Jahre werden im Vergleich zum Wirtschaftsjahr 2013 ebenfalls leicht steigende Umsätze aus Besuchen bei nahezu konstanten Kosten der Leistungserbringung erwartet.

Gesamtabschluss 2013

1.1.4 Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Unternehmen und Eigenbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden erfüllen den öffentlichen Zweck der Daseinsvorsorge. In den Darstellungen auf den folgenden Seiten werden der Unternehmenszweck der einzelnen Sparten beschrieben und die dazu gehörenden Gesellschaften aufgeführt.

Stadtentwicklung und Wohnungsbau

Stadtentwicklung

Vorbereitung und Durchführung von Maßnahmen der Stadtentwicklung auf der Grundlage städtebaulicher Entwicklungskonzepte sowie die Besorgung der städtebaulichen Planung.

Erwerb, Veräußerung, Verwaltung und Bewirtschaftung von Grundstücken sowie die Durchführung von Baumaßnahmen durch Dritte auf eigenen Grundstücken, die Betreuung von Bau- und Sanierungsvorhaben der Stadt und Übernahme entsprechender Projektmanagementaufgaben.

Des Weiteren die Entwicklung, Projektierung, Erstellung und das Facility-Management von Immobilien.

- SEG Stadtentwicklungsgesellschaft Wiesbaden mbH*
- WiBau GmbH*

Wohnungsbau

Sichere und sozial verantwortbare Wohnraumversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung sowie die Betreuung, die Bewirtschaftung, Errichtung und Verwaltung von Bauten aller Art in allen Rechts- und Nutzungsnormen.

Erwerb, Belastung und Veräußerung von sowie die Ausgabe von Erbbaurechten.

Entwicklung, Verwaltung und Verwertung des Immobilienbestands.

- GeWeGe Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Wiesbaden mbH*
- GWW Wiesbadener Wohnungsbaugesellschaft mbH*
- WIM Liegenschaftsfonds GmbH Co. KG
- WIM Immobilienmanagement GmbH *
- WVV Grundstücksverwaltung*

* Gesellschaften innerhalb des WVV-Teilkonzerns

Ver- und Entsorgung, Verkehr

Versorgung

Versorgung mit Energie (Wärme, Gas, Strom) und Wasser sowie Betrieb und Bau der dafür notwendigen Anlagen und Netze.

Erwerb, Verwaltung und Veräußerung von Beteiligungen an anderen Unternehmen, sowie die Erbringung von Dienstleistungen für verbundene Unternehmen.

- Abwasserverband Flörsheim
- Bürgersolaranlagen Wiesbaden GmbH
- ESWE BioEnergie*
- ESWE Netz*
- ESWE Taunuswind*
- ESWE Windpark GmbH*
- ESWE WP Uettingen GmbH & Co. KG*
- ESWE Versorgungs AG*
- Kraftwerke Mainz Wiesbaden AG (KMW)*
- THEE ESWE Windparkbeteiligungs GmbH & Co. KG*
- THEE ESWE Windparkbeteiligungs Verwaltungs GmbH*
- WLW Wasserversorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden
- WVV Wiesbaden Holding GmbH*
- WWE Wiesbadener Windpark Entwicklungsgesellschaft*

Entsorgung

Fachgerechte Beseitigung der im Stadtgebiet anfallenden Abfälle und Abwässer sowie die Gewährleistung der Straßenverkehrssicherungspflicht im Winter.

- ELW Entsorgungsbetriebe
- MBA Wiesbaden GmbH

Verkehr

Beförderung von Personen und Gütern bzw. Erstellung von Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Beförderung von Personen und Gütern.

- ESWE Verkehrsgesellschaft mbH*
- ESWE Verkehrsservice GmbH*
- Verkehrsverbund Mainz-Wiesbaden GmbH*
- WiBus GmbH*

**Gesellschaften innerhalb des WVV-Teilkonzerns*

Soziales

Altenpflege und Klinikum

Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und der Altersfürsorge durch das Errichten bzw. Betreiben von Alten- und Pflegeheimen sowie eines Großklinikums.

Erbringung stationärer und ambulanter Krankenhausleistungen sowie bedarfs- und leistungsgerechte stationäre bzw. teilstationäre Pflege bzw. Betreuung alter oder pflegebedürftiger Menschen.

- AHW Altenhilfe Wiesbaden GmbH
- Feierabendheim Simeonhaus GmbH
- HSK Dr. Horst Schmidt Kliniken GmbH
- HSK Pflege
- HSK Rhein-Main GmbH

Ausbildung und Beschäftigung

Existenzgründung durch Qualifizierung von Existenzgründungswilligen aus benachteiligten Gruppen des Arbeitsmarktes sowie Integration/Reintegration arbeitsloser und von Arbeitslosigkeit bedrohter Menschen durch Bereitstellung von Angeboten im Bereich Berufsvorbereitung, Ausbildung/Umschulung, Beschäftigung und Unterstützung beim Übergang in den Beruf.

- WJW Wiesbadener Jugendwerkstatt GmbH
- EXINA GmbH

Tourismus, Informationstechnik und Sonstiges

Tourismus, Kongresse, Veranstaltungen

Betrieb des Kurhauses, der Rhein-Main-Hallen, der städtischen Einrichtungen in den Bereichen „Gesundheit/Wellness“, „Frei- und Hallenbäder“ und „Freizeit“ sowie die Sicherstellung der Nutzung von Thermalquellen und der Versorgung im Stadtgebiet mit Thermalwasser.

Konzeption, Organisation und Durchführung von Veranstaltungen, insbesondere von Messen und Kongressen in Wiesbaden. Stärkung des Tourismus und der Wettbewerbsfähigkeit der LHW gegenüber anderen Städte und Regionen sowie als Messe- und Kongressstandort.

- Kurhaus Wiesbaden GmbH
- Mattiaqua Eigenbetrieb der Landeshauptstadt Wiesbaden für Quellen, Bäder und Freizeit
- Rhein-Main-Hallen GmbH
- TriWiCon Eigenbetrieb für Messe, Kongress und Tourismus
- Wiesbaden Marketing GmbH
- Wikonect GmbH

Informationstechnik und Sonstiges

Erbringung von Leistungen der elektronischen Datenverarbeitung und Telekommunikationsdienstleistungen sowie hiermit zusammenhängende Leistungen.

Die Bereitstellung von Kapital an die Nassauische Sparkasse.

- WIVERTIS
- WITCOM Wiesbadener Informations- und Telekommunikations mbH*
- ZVN Finanz GmbH

**Gesellschaften innerhalb des WVV-Teil Konzerns*

Gesamtabschluss 2013

Der Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks lässt sich anhand der folgenden Kennzahlen nachvollziehen. Weitergehende Informationen können dem Beteiligungsbericht für 2013 entnommen werden.

Kennzahlen	31.12.2013	31.12.2012
Ver- und Entsorgung, Verkehr		
Versorgung:		
Nutzbare Abgabe Vertrieb Strom (MWh)	1.329.228	1.263.017
Nutzbare Abgabe Vertrieb Gas (MWh)	3.507.708	3.264.918
Nutzbare Abgabe Wasser (Tm ³)	14.110	13.987
Durchschnittlicher Wasserverbrauch je Einwohner (m ³)	56,1	56,0
Nutzbare Abgabe Fernwärme (MWh)	269.520	233.593
Länge des Fernwärmenetzes (km)	70	68
Entsorgung:		
Abwasserbeseitigung (Tm ³)	29.459	27.790
Straßenreinigung (Berechnungsmeter)	739.162	738.580
Deponie- Anlieferung und Ablagerung (Tonnen)	352.551	370.379
Verkehr:		
Linienlänge (km)	653	641
Beförderungsfälle (Tsd.)	51.989	50.648
Platzkilometer im Linienverkehr (km)	901.304.248	892.128.258
Platzausnutzung im Linienverkehr (%)	29,1	28,4
Stadtentwicklung und Wohnungsbau		
Anzahl Wohnungen	13.007	13.079
Wohnfläche in m ²	833.537	834.146
Soziales, Altenpflege, Ausbildung und Beschäftigung		
Auslastung Altenhilfe (%)	96	95
Auszubildende inkl. Umschüler	494	468
Tourismus, Kongresse, Veranstaltungen und Sonstiges		
Anzahl Veranstaltungen Rhein-Main-Halle	66	77
Anzahl Besucher Rhein-Main-Halle	197.431	222.561
Anzahl Besucher Mattiaqua	1.397.000	1.374.000

Gesamtabschluss 2013

1.1.5 Vermögenslage⁷

	31.12.2013		31.12.2012		Veränderung	
	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%
Aktivseite						
Langfristig						
Immaterielle Vermögensgegenstände	37		37		0	0%
Sachanlagevermögen	2.969		2.931		38	1%
	3.006	71	2.968	73	38	1%
Finanzanlagen, Sparkasse	626	15	584	14	42	7%
Forderungen	39	1	41	1	-2	-5%
	3.671	87	3.593	88	78	2%
Kurzfristig						
Vorräte	66	1	45	1	21	47%
Forderungen	206	5	194	5	12	6%
Flüssige Mittel	286	7	246	6	40	16%
	558	13	485	12	73	15%
	4.229	100	4.078	100	151	4%
	=====	=====	=====	=====		
Passivseite						
Langfristig						
Eigenkapital	1.828	43	1.761	43	67	4%
Langfr. Rückstellungen	555	13	530	13	25	5%
Verbindlichkeiten	1.340	32	1.254	31	86	7%
	3.723	88	3.545	87	178	5%
Kurzfristig						
Verbindlichkeiten und Kurzfr. Rückstellungen	506	12	533	13	-27	-5%
	506	12	533	13	-27	-5%
	4.229	100	4.078	100	151	4%
	=====	=====	=====	=====		

Die Bilanzsumme ist mit 4.229 Mio. € gegenüber dem Vorjahr (4.078 Mio. €) nur geringfügig gestiegen.

⁷ Hinweis: Bei der Verwendung von gerundeten Beträgen und Prozentangaben können gelegentlich geringfügige Differenzen auftreten.

Gesamtabschluss 2013

Das städtische Vermögen ist mit einem Anteil von 87 % (Vj. 88 %) durch Investitionen in langfristige Sach- und Finanzanlagen geprägt. Die Sachanlagen blieben in der Höhe annähernd unverändert. Netto, das heißt unter Berücksichtigung der Abgänge, wurden im Berichtsjahr 143,8 Mio. € in Sachanlagen investiert. Dies entspricht einer Investitionsquote von 3 % und einer Reinvestitionsquote von 129 %.⁸

Die Passiva zeigen die Finanzierung des städtischen Vermögens. Die Finanzierung erfolgte mit einem Anteil von 88 % (Vj. 87 %) langfristig.

Die Eigenkapitalquote unter Einschluss der Sonderposten beträgt wie im Vorjahr 43 %.

Die Unternehmen tragen einen Anteil von 76 % (Vj. 74 %) an den Kreditverbindlichkeiten des Verbundes.

Die Pro-Kopf-Verschuldung - bezogen auf die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen - betrug zum Stichtag 5.111 € und stieg damit im Berichtsjahr geringfügig an.⁹

⁸ Diese Kennzahlen werden in Anlage 7 erläutert.

⁹ Diese Kennzahl wird in Anlage 7 erläutert.

Gesamtabschluss 2013

1.1.6 Vermögensvergleich Einzel- mit Gesamtabschluss

Die folgende Gegenüberstellung zeigt einen vermögensorientierten Vergleich zwischen dem Einzelabschluss der LHW (Kernverwaltung) und der Gesamtvermögensrechnung (Bilanz) unter Einbeziehung der konsolidierten Unternehmen.

in Mio. €	Einzelabschluss Kernverwaltung	Gesamtabschluss
Aktiva	2.521	4.229
Anlagevermögen	2.237	3.632
Umlaufvermögen	258	568
Rechnungsabgrenzungsposten	26	29
Passiva	2.521	4.229
Eigenkapital	1.324	1.544
Sonderposten	243	284
Rückstellungen	459	677
Verbindlichkeiten	459	1.681
Rechnungsabgrenzungsposten	36	43

Die Bilanzsumme des Einzelabschlusses erhöht sich durch die Einbeziehung von rd. 2,5 Mrd. € auf rd. 4,2 Mrd. €. Das bedeutet, dass nach Berücksichtigung aller Konsolidierungsmaßnahmen ca. 40 % (Vj. 38 %) des Vermögens des Verbundes in den städtischen Unternehmen verwaltet wird. Neben dem Vermögen sind aber auch Schulden i. H. v. rd. 1,3 Mrd. € ausgegliedert worden. Während sich im Einzelabschluss der Stadt aufgrund einer Gesamtverschuldung von rd. 1,0 Mrd. € eine Eigenkapitalquote von 62 % ergibt, beträgt die Gesamtverschuldung des Verbundes rd. 2,4 Mrd. € mit einer Eigenkapitalquote von 43 %.

Gesamtabschluss 2013

1.1.7 Ergebnissituation

	2013	2012	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Privatrechtliche Leistungsentgelte	738	700	38
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	113	113	0
Steuern u. ä.	553	475	78
Erträge aus Zuwendungen/ Zuweisungen	202	189	13
Erträge aus Transferleistungen	167	168	-1
Übrige ordentliche Erträge	106	81	25
Ordentliche Erträge	1.879	1.726	153
Personal- und Versorgungsaufwand	426	395	31
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	673	629	44
Abschreibungen	137	143	-6
Transferaufwendungen	343	352	-9
Übrige ordentliche Aufwendungen	202	148	54
Ordentliche Aufwendungen	1.781	1.667	114
Verwaltungsergebnis	98	59	39
Finanzergebnis	-10	-3	-7
Außerordentliches Ergebnis	2	4	-2
Jahresüberschuss	90	60	30

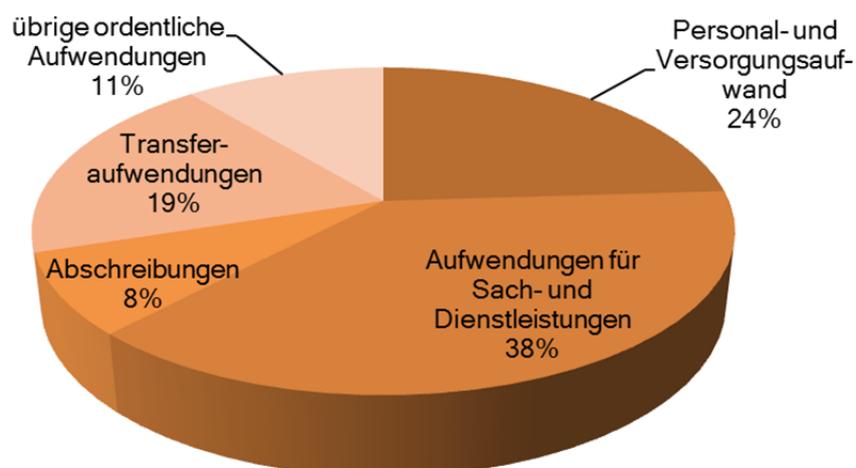
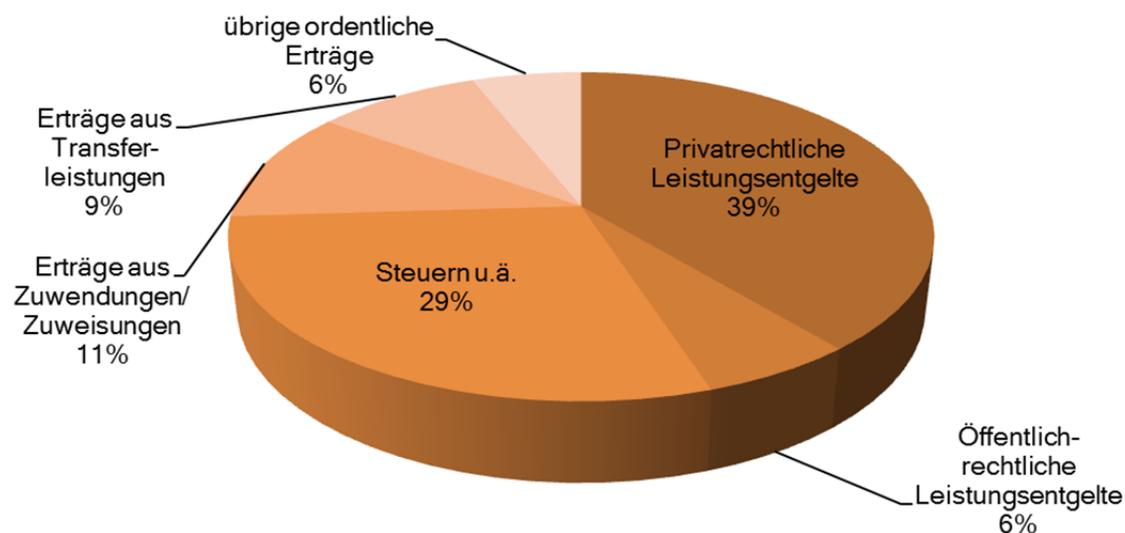
Gesamtabschluss 2013

Im Berichtsjahr wurde ein Jahresüberschuss von 90 Mio. € erzielt.

Das Verwaltungsergebnis beläuft sich auf 98 Mio. €

Die ordentlichen Erträge sind geprägt durch die privatrechtlichen Leistungsentgelte (39 %), noch vor den Steuern (29 %). Bei den ordentlichen Aufwendungen sind die größten Positionen die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und für Personal und Versorgung. Die entsprechenden Quoten betragen 38 % bzw. 24 %. Der Aufwandsdeckungsgrad beträgt 105 %.¹⁰

Das Finanzergebnis ist mit - 10 Mio. € negativ, da die Zinsaufwendungen die Beteiligungserträge übersteigen. Die Zinslastquote beläuft sich auf 3,6 %.¹¹



¹⁰ Diese Kennzahl wird in Anlage 7 erläutert.

¹¹ Diese Kennzahl wird in Anlage 7 erläutert.

Gesamtabschluss 2013

1.1.8 Ergebnisvergleich Einzel- mit Gesamtabschluss

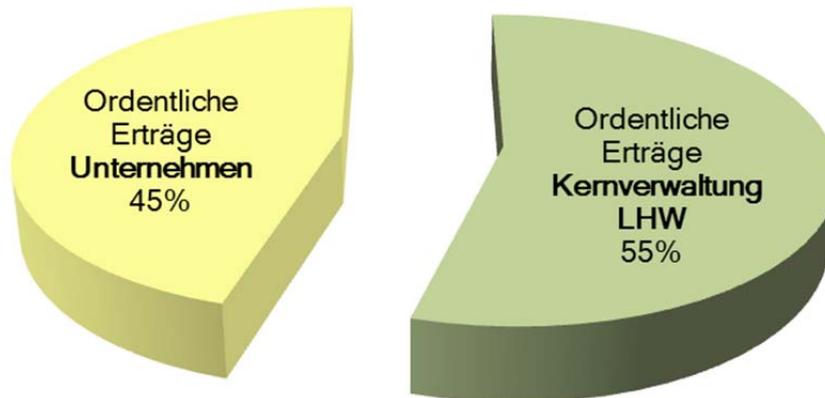
Die folgende Gegenüberstellung zeigt einen ergebnisorientierten Vergleich zwischen dem Einzelabschluss der Kernverwaltung der LHW und der Gesamtergebnisrechnung unter Einbeziehung der konsolidierten Unternehmen.

in Mio. €	Einzelabschluss Kernverwaltung	Gesamtabschluss
Ordentliche Erträge	1.039	1.879
Ordentliche Aufwendungen	1.017	1.781
Verwaltungsergebnis	22	98
Finanzergebnis	18	-10
Ordentliches Ergebnis	40	88
Außerordentliches Ergebnis	-12	2
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	28	90
Anderen Gesellschaften zustehendes Ergebnis	0	-20
Ergebnisvortrag aus Vorjahren	19	105
Entnahme/Zuführung zu den Rücklagen	-19	-19
Gesamtbilanzgewinn	28	156

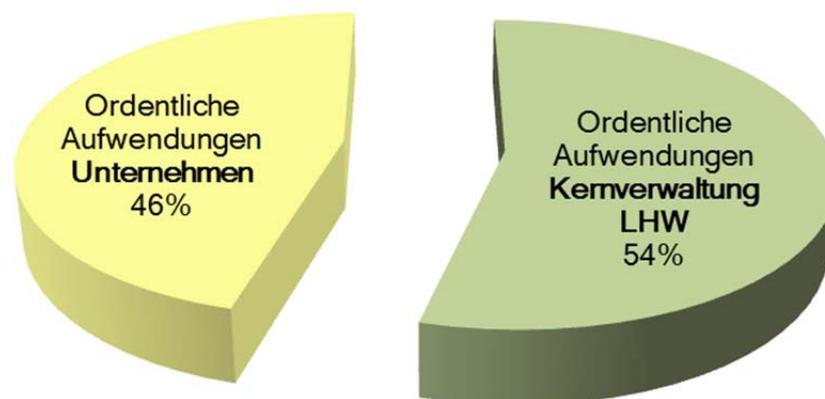
Sowohl die ordentlichen Erträge als auch die ordentlichen Aufwendungen des Einzelabschlusses erhöhen sich durch die Einbeziehung der Aufgabenträger jeweils von gerundet 1,0 Mrd. € auf rd. 1,9 Mrd. €. Das bedeutet, dass sich nach Berücksichtigung aller Konsolidierungsmaßnahmen das Volumen der Geschäftstätigkeit des Verbundes durch die Einbeziehung annähernd verdoppelt. Der Jahresüberschuss wird mehr als verdreifacht von 27,6 Mio. € auf 90,4 Mio. €. Der Bilanzgewinn entwickelt sich aus den Dritten (i. W. Thüga) zustehenden Anteilen am Jahresüberschuss, den Ergebnissen des Vorjahres und der Zuführung zu den Rücklagen der Muttergesellschaft.

Gesamtabschluss 2013

Der Beitrag der Unternehmen zu den konsolidierten ordentlichen Erträgen im Verbund ermittelt sich mit 45 %.



Zu den konsolidierten ordentlichen Aufwendungen trugen die Unternehmen mit 46 % bei.



Gesamtabschluss 2013

1.1.9 Finanzlage

in Mio. €	2013	2012
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	167	186
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-149	-64
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	23	-72

Im Berichtsjahr wurde ein positiver Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit in Höhe von 167 Mio. € erzielt. Dieser wurde in Höhe von 149 Mio. € zur Finanzierung von Investitionen des Berichtsjahres verwendet. Durch die Aufnahme zusätzlicher Finanzkredite flossen dem Verbund 23 Mio. € zu, so dass sich der Finanzmittelfonds zum 31.12. des Berichtsjahres um rd. 41 Mio. € erhöht hat (Vj. 50 Mio. €).

Gesamtabschluss 2013

1.2 Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Haushaltsjahres 2013

Die RHÖN-KLINIKUM AG und die HELIOS Kliniken GmbH haben im September 2013 einen Kaufvertrag über den Erwerb von Kliniken, medizinischen Versorgungszentren und Servicegesellschaften der RHÖN-KLINIKUM AG abgeschlossen. Gegenstand der vertraglichen Vereinbarungen ist u. a. auch der Verkauf und die Abtretung der im Eigentum der RHÖN-KLINIKUM AG stehenden Geschäftsanteile an der HSK Kliniken GmbH an die HELIOS Kliniken GmbH. Der entsprechende Stadtverordnetenbeschluss der LHW erfolgte am 22.05.2014.

Bereits im Jahr 2010 wurden die Weichen für mehrere Großbauprojekte gestellt, die zu Kreditaufnahmen und finanziellen Belastungen in der Zukunft führen werden. Hierzu gehören u. a. der Sporthallen- und Gewerbekomplex am Platz der Deutschen Einheit, dessen Inbetriebnahme mit Zahlung des Kaufpreises Mitte 2014 erfolgte.

Der seitens der TriWiCon geplante Neubau der Rhein-Main-Hallen wird mit wesentlichen finanziellen Auswirkungen für den Haushalt der Landeshauptstadt Wiesbaden verbunden sein. Die geplanten Baukosten sollen knapp 200 Mio. € betragen. Die daraus resultierende Haushaltsbelastung der Stadt für den erforderlichen Verlustausgleich liegt voraussichtlich in der Größenordnung von rd. 7 Mio. € p. a.. Mit dem Abbruch der alten Halle wurde im August 2014 begonnen. Anfang 2018 soll der Neubau der Rhein-Main-Hallen abgeschlossen sein.

Die Stadt und die Entsorgungsbetriebe haben im Rahmen der Bodenbevorratung Grundstücke im Umfeld der derzeitigen und ehemaligen Abbauflächen der Dyckerhoff AG im Volumen von rd. 25 Mio. € erworben. Diese Grundstücke haben langfristiges Entwicklungspotenzial u. a. als Fläche zur Ansiedlung von Industrie und Gewerbe.

Die ESWE Versorgung konnte in 2014 erneut die Konzession für Strom und Gas erlangen.

In einer Sondersitzung des Aufsichtsrates der ESWE Verkehrsgesellschaft am 08.04.2014 wurden die Geschäftsführer Uwe Cramer und Stefan Burghardt von ihren Aufgaben als Geschäftsführer mit sofortiger Wirkung entbunden. Herr Jörg Gerhard wurde als alleiniger Geschäftsführer ernannt. Im Juni 2014 wurde die WiBus Wiesbadener Busgesellschaft mbH in ESWE Verkehr Fahrbetrieb GmbH umbenannt und im April 2015 zusammen mit der ESWE Verkehr Service auf die ESWE Verkehrsgesellschaft verschmolzen.

Aufgrund der vom TÜV in 2014 festgestellten Mängel an der Henkell Kunsteisbahn wird überlegt, die marode Eissportanlage nicht aufwändig zu sanieren sondern an einer anderen Stelle im Stadtgebiet einen Ersatzneubau zu errichten. Nach einer ersten Kostenschätzung sind für diese Investition rd. 8 Mio. € zu veranschlagen. Sie soll in mehreren Stufen durchgeführt und voraussichtlich teilweise durch einen Verkauf der bisher genutzten Grundstücke finanziert werden.

Bei der Entwicklung des neuen Wohngebietes Hainweg in Wiesbaden-Nordenstadt ist die SEG zunächst von einem privaten Investor mit der Durchführung der notwendigen Entwicklungsschritte beauftragt worden. Im Hinblick auf Finanzierungsschwierigkeiten dieses Auftraggebers hat die SEG entschieden, sich selbst um den Erwerb der zum Verkauf stehenden

Gesamtabschluss 2013

Flächen zu bemühen. Deshalb hat sie mit verkaufswilligen Grundstückseigentümern direkte Gespräche geführt und im Ergebnis, über eine eigens dafür gegründete Gesellschaft Flächen in dem Entwicklungsgebiet erworben, um auf diesem Wege die Gebietsentwicklung und ihre Beteiligung daran sicherzustellen. Diese Entwicklung hat sich im Laufe des Jahres 2014 im Grundsatz fortgesetzt: Die SEG hat allerdings im Hinblick auf veränderte Parameter die in 2013 gegründeten Gesellschaften wieder aufgelöst und die darin erworbenen Grundstücke direkt übernommen. Weitere Zukäufe sind nach dem Bilanzstichtag in 2014 erfolgt, um die weitere Entwicklung des Gebietes entscheidend mitbestimmen zu können. Dies wird die geschäftliche Entwicklung der SEG in den nächsten Jahren prägen.

Für das Bestandsgrundstück am Nordufer des Schiersteiner Hafens besteht die Aussicht für die SEG, vertraglich eine grundsätzliche Einigung mit der Firma A.+E. Fischer-Chemie bezüglich der Lagerung von Chlorgas zu erzielen und damit mittelfristig Baurecht für diese Liegenschaft herzustellen.

Im Februar 2015 hat die Landeshauptstadt Wiesbaden den Rücktritt vom Kaufvertrag mit der OFB Projektentwicklungsgesellschaft über die Grundstücke des Parkhauses Rhein-Main-Halle an der Wilhelmstraße erklärt, auf denen im vorderen Bereich das Stadtmuseum entstehen sollte.

Gesamtabschluss 2013

1.3 Chancen und Risiken

Die **Landeshauptstadt Wiesbaden** zählt nach neueren Analysen¹² zu den Wanderungsgewinnern bis 2030. Da die Bevölkerungszahl zu den Verteilungsfaktoren des kommunalen Finanzausgleichs zählt, garantiert dies weiterhin die stetige Teilhabe an den Mitteln zur Kommunalfinanzierung. Während andere Kommunen vor der Frage des Rückbaus von Wohngebäuden und Infrastruktur stehen, zeigt die Prognose für die Landeshauptstadt die Chance auf, eine stetige wirtschaftlich positive Entwicklung als leistungsstarke Kommune zu nehmen. Durch die Anziehungskraft des Rhein-Main-Gebietes als Ballungsraum und der hohen Attraktivität Wiesbadens als Wohn- und Arbeitsort besteht allerdings auch ein hoher Bedarf an Wohnraum und die Herausforderung für die LHW und ihre Wohnungsbaugesellschaften, Wohnen in Wiesbaden auch in Zukunft für breite Bevölkerungsschichten attraktiv und bezahlbar zu machen. Mit den Planungsverfahren zu neuen Wohngebieten wurden städtebauliche, funktionale und wirtschaftlich überzeugende Konzepte gesucht, die durch die Neuschaffung von zeitgemäßen Wohnformen und attraktiven Freiräumen eine langfristige Bindung der Bewohner und Nutzer an ihr Umfeld unterstützen.

Die Ertragslage der LHW ist abhängig von der Gewerbesteuer. In den Jahren 2012 und 2013 hat sie von der deutlichen Zunahme gegenüber den Vorjahren profitiert. Diese Steuerart sowie der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer werden stark von der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und dem Konjunkturverlauf bzw. dem Erfolg einzelner großer Unternehmen bestimmt.

Finanzielle Risiken können durch die Verlagerung von Aufgaben von Bund und Ländern an die Kommunen erwachsen, aber auch durch Leistungsgesetze, deren Finanzierung zu großen Teilen den Kommunen obliegt. Als Beispiel ist der Ausbau der Kinderbetreuung zu nennen, der ab der Endausbaustufe 2017 zusätzliche Ergebnisbelastungen in Höhe von geschätzten 18,5 Mio. € pro Jahr bedeutet, die durch Steuern, Gebühren oder Einsparungen an anderer Stelle zu erwirtschaften sind.

Zusätzliche Risiken erwachsen auch aus den Jahressteuergesetzen, die regelmäßig Auswirkungen auf die Gewerbesteuer und den Gemeindeanteil aus der Einkommenssteuer haben.

Darüber hinaus ergeben sich Risiken durch die höchstrichterliche Rechtsprechung zur Umsatzsteuer (EuGH und BFH), welche die Umsatzsteuerpflicht der öffentlichen Hand erheblich ausweitet. Die Auswirkungen auf die Landeshauptstadt Wiesbaden sind derzeit noch nicht absehbar.

Die Landeshauptstadt Wiesbaden wirkt diesen Risiken über ihre aktive Mitgliedschaft in kommunalen Spitzenverbänden, die Teilnahme an Anhörungen zu Gesetzesvorhaben und durch direkten Kontakt zu staatlichen Stellen entgegen.

Im Rahmen des Beteiligungscontrollings wird die unternehmerische Planung der Aufgabenträger durch das Beteiligungsmanagement überwacht. Das Beteiligungsmanagement stellt sicher, dass die vorgegebenen Kontrollmechanismen beachtet werden. Es koordiniert den Informationsaustausch mit den Unternehmen und ggf. den Fachdezernaten. Das Beteili-

¹² Wiesbadener Stadtanalysen Nr. 47, Wiesbaden, 2012

Gesamtabschluss 2013

gungscontrolling dient insbesondere dazu, Budgetabweichungen frühzeitig festzustellen und an den Magistrat sowie an die Gremien zu berichten. Im Bedarfsfall werden gleichzeitig Gegensteuerungsmaßnahmen bei den Geschäftsführungen und Betriebsleitungen eingefordert. Steuerrelevante Informationen über Einzelgesellschaften und Unternehmensbereiche werden von dem Beteiligungsmanagement als Teil des Finanzdezernats generiert. Ziel der Systematisierung ist es, zeitnah zuverlässige Aussagen über die wirtschaftliche Entwicklung und die Risiken der einzelnen Gesellschaften, der Unternehmensbereiche sowie letztendlich des städtischen Beteiligungsportfolios treffen zu können.

Das Beteiligungsmanagement prüft ferner die Jahresabschlüsse der Beteiligungsgesellschaften mit Blick auf den Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 HGrG (nach IDW PS 720). Zu beachten ist dort vor allem der Fragenkreis 4 „Risikofrüherkennungssystem“. Die Geschäftsführungen der städtischen Gesellschaften haben in ihren Gesellschaften Maßnahmen ergriffen und Frühwarnsignale definiert, mit denen bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können.

Das Prüfungsfeld wurde für das Geschäftsjahr 2013 um das EU-Beihilfenrecht erweitert. Die IDW Richtlinien beinhalten auch das neu in Kraft getretene Legislativpaket der EU-Kommission (Almunia-Paket). Das Paket verschärft die Definition der Daseinsvorsorge und beeinflusst den neuen Prüfungsstandard des Abschlussprüfers. Dieser beinhaltet nun die Überprüfung beihilfenrechtlicher Sachverhalte nach Artikel 107 AEUV, insbesondere zugunsten öffentlicher Unternehmen (IDW EPS 700). Das Beteiligungsmanagement hat sich dem Sachverhalt angenommen und im Rahmen eines Beihilfenchecks eine Verifizierung des Beihilfetatbestandes im Sinne des EU-Rechtes in Zusammenarbeit mit einer Rechtsanwalts- und Steuerberatungsgesellschaft durchgeführt. Seit dem 1. Quartal 2015 werden die verifizierten Tatbestände mit der Rechtsanwalts- und Steuerberatungsgesellschaft schrittweise einer beihilferechtlichen Lösung zugeführt.

Der Finanzmittelbestand am Ende des Jahres betrug 286 Mio. €. Mehrere Jahre mit sinkenden Erträgen bzw. Gewerbesteuereinnahmen verbunden mit gleichbleibenden oder steigenden Ausgaben würden zu einem Liquiditätsrisiko führen, wenn die hinreichende Aufnahme von Liquiditätskrediten, etwa durch eine verhaltene Vergabebereitschaft der kommunalfinanzierenden Banken, erschwert wäre. Solche Tendenzen sind für die Landeshauptstadt Wiesbaden nicht erkennbar. Das derzeit bestehende niedrige Zinsniveau bewirkt eine deutliche Haushaltsentlastung.

Das Hauptrisiko bei den **Wasserversorgungsbetrieben** besteht darin, dass steigende Wasserbezugspreise durch die derzeit gültigen Wassergebühren nicht mehr gedeckt sind und dass aufgrund politischer Vorgaben die Kostensteigerungen nicht an die Gebührenpflichtigen weitergegeben werden können. Da die Stadt Wiesbaden als Einrichtungsträger jedoch verpflichtet ist, für eine ausgeglichene Ergebnis und Liquiditätssituation zu sorgen, wird dieses Risiko als nicht wesentlich eingestuft. Der Eigenbetrieb ist operativen Risiken ausgesetzt, wie dem möglichen Ausfall von Versorgungsleitungen und sonstigen Anlagen, die zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit erforderlich sind. Eine sachgerechte Instandhaltung und Wartung reduziert diese Risiken.

Ein Risiko im **Energiebereich** besteht in der künftigen Stromerzeugung bei der KMW. Die Strompreise im Spotmarkt sanken aufgrund des Ausbaus der Erneuerbaren Energien so

Gesamtabschluss 2013

stark, dass künftig ein wirtschaftlicher Betrieb der Kraftwerke unter den derzeitigen Rahmenbedingungen kaum mehr möglich scheint. Dies kann erhebliche Auswirkungen auf das zukünftige Ergebnis der KMW haben. Chancen der zukünftigen Entwicklung sieht die ESWE Versorgung vor allem in der regionalen Präsenz und der großen Nähe zu ihren Kunden. Als mehrheitlich kommunales Energieversorgungsunternehmen bewegt ESWE Versorgung sich ständig im Spannungsbogen zwischen kommunaler Verantwortung und der Liberalisierung des Energiemarktes.

Mit der Gründung der ESWE Taunuswind GmbH Ende 2012 war die gesellschaftsrechtliche Grundlage für eine interkommunale Zusammenarbeit gelegt worden, um gemeinsam mit den Städten Wiesbaden und Taunusstein sowie dem Landesbetrieb Hessen-Forst, auf dessen Waldflächen sich ein Großteil der potenziellen Eignungsflächen befindet, die Entwicklung eines Windparks auf dem Taunuskamm voranzubringen und die hierfür erforderlichen organisatorischen und vertraglichen Voraussetzungen zu schaffen. Auch wenn Taunusstein die angestrebte interkommunale Zusammenarbeit inzwischen nicht weiter verfolgt, sind die Chancen für die Realisierung des Projekts gestiegen, insbesondere da die erstellten Gutachten keine unüberwindlichen Konflikte aufzeigen und weil im Entwurf zum Regionalplan auch die auf der Taunussteiner Gemarkung gelegenen Areale als Windvorranggebiete ausgewiesen werden. Dennoch besteht weiterhin ein wesentliches Risiko für die weitere Entwicklung des Unternehmens darin, dass im Verlauf der Genehmigungsverfahren sich ergebende Sachverhalte oder behördliche Bewertungen dazu führen, dass die Errichtung eines Windparks technisch, wirtschaftlich oder rechtlich nicht realisierbar ist. Dies hätte zur Folge, dass die Geschäftsgrundlage des Unternehmens entfällt und die bisherigen Aufwendungen nicht durch spätere Erträge gedeckt wären.

Die Chancen und Risiken des **Verkehrsbereichs** sind besonders im Hinblick auf die Konzessionsvergabe im Jahr 2017 zu betrachten. Die Unternehmen WVV Holding, ESWE Verkehr und ESWE Verkehr Fahrbetrieb GmbH (WiBus) sowie das Finanz- und das Verkehrsdezernat erarbeiten im Rahmen des ÖPNV-Projektes die notwendigen Schritte, um die Voraussetzungen für die Direktvergabe der Verkehrskonzession an die ESWE Verkehr herzustellen.

Für das Geschäft der **Wohnungswirtschaft** sind zurzeit keine wesentlichen Risiken erkennbar. Chancen ergeben sich durch die Zusammenarbeit der Gesellschaften GWW, GeWeGe, SEG und WiBau und der damit verbundenen Bündelung von wohnungswirtschaftlicher Kompetenz. Die Geschäftsführungen beurteilen die wirtschaftliche Lage der Gesellschaften positiv. Weitere Chancen ergeben sich hier durch die Anhebung der für die Gesellschaften relevanten Quadratmetermietpreise auf Basis des Mietspiegels der Stadt Wiesbaden sowie die Reduzierung von Leerständen durch die Sanierung und Aufwertung der Wohnungsbestände sowie den Neubau auf eigenen bereits vorhandenen Grundstücken.

Im Kerngeschäftsfeld der SEG, der „Städtebaulichen Projektentwicklung“ bestehen aufgabentypische Risiken, die sich u. a. aus den langen Projektlaufzeiten, den schwer abzuschätzenden Kosten und der Notwendigkeit, zahlreiche unterschiedliche Beteiligte in die Prozesse einbinden zu müssen, ergeben.

Mit dem Ankauf von Flächen übernimmt die SEG ein Finanzierungsrisiko ohne bereits zu diesem Zeitpunkt die entsprechenden späteren Erlöse verbindlich abschätzen zu können. Die typischen Schwankungen des Immobilienmarktes, die in der Vergangenheit beobachtet wer-

Gesamtabschluss 2013

den konnten, können geplante Verkaufserlöse gefährden, gleichwohl die SEG dieses Risiko in ihrem Arbeitsbereich (Rhein-Main-Gebiet) für vertretbar hält.

Der im **Entsorgungsbereich** im 2. HJ 2012 eingesetzte Rückgang der Abfallmengen und der spezifischen Erlöse bei der Abfallablagerung in der Deponie hat sich im Jahr 2013 fortgesetzt, erst für 2014 ist der Ausblick günstiger. Dies gilt auch für Asbestabfälle aus Italien, wo sich die Entsorgungsmärkte derzeit neu strukturieren und Mengen, die bis dato im Ausland entsorgt wurden, Schritt für Schritt im Inland abgelagert werden. Auch wirkt sich der Wegfall der gesetzlich geregelten Überlassungspflichten für Asbest an die Hessische Industriemüll GmbH (HIM) zum 30.06.2014 aus. Dies eröffnet aber auch die Chance des unmittelbaren Zugriffs auf diese Stoffe innerhalb Hessens. Durch Marktbeobachtung und verstärkte Akquise wird versucht, einen Wiederanstieg der Mengen und Umsätze zu bewirken. Das Risiko erheblicher (kostenfreier) Mengenanlieferungen von Asbest von der RMA gem. Kooperationsvertrag vom 31.03.2000 konnte im Zuge der Anpassung des Vertrages ab dem 01.07.2014 minimiert werden. Ab diesem Zeitpunkt ist die Überlassungsmenge von Asbestabfällen nun auf 15.000 Tonnen jährlich begrenzt.

Der Deponieabschnitt III/3 hat eine Restlaufzeit bis ca. 2020. Deshalb hat die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, dass die Deponie um einen neuen Deponieabschnitt III/4 erweitert werden soll. Diese Erweiterung befindet sich vollständig innerhalb der bestehenden Planfeststellungsgrenze und umfasst ein Volumen von ca. 2 Millionen Kubikmeter, was zu einer Laufzeitverlängerung von ca. 30 Jahren führt. Die Genehmigungsbehörde beim Regierungspräsidium Darmstadt hat die sog. Planrechtfertigung für die Deponieerweiterung schriftlich bestätigt. Somit wird nun das Planfeststellungsverfahren mit dem Ziel, die Plangenehmigung für die vorgeschlagene Variante zu erreichen, fortgesetzt. Es ist von einem Zeitraum von bis zu fünf Jahre auszugehen. Somit kann die Deponieerweiterung - nach heutiger Einschätzung- fristgerecht bereitgestellt werden.

Seit dem 01.06.2005 werden keine organikhaltigen Abfälle mehr in der Deponie Dyckerhoffbruch abgelagert, von denen eine Deponiegasbildung ausgehen könnte. Das heute entstehende Deponiegas hat seinen Ursprung in den vorher abgelagerten Abfällen. Das bedeutet, dass die erfassbaren Deponiegasmengen ständig bis auf null abnehmen werden. Durch Verbesserungen in der Regeltechnik der Gasanlagen und weitere technische Optimierungen wird dem Rückgang entgegen gewirkt. Es kann davon ausgegangen werden, dass wirtschaftlich verwertbare Gasmengen noch in den nächsten ca. 8 bis 10 Jahren entstehen.

Ein latentes Risiko bei der Abfallsammlung bildet die Entwicklung der Altpapierlöhne, da diese in den letzten Jahren bei stabil hohen Preisen deutlich gebührenentlastend wirkten, jedoch stark von den allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen abhängen.

Für das Hauptklärwerk soll ein Bebauungsplan zur Sicherung des zukünftigen Flächenbedarfs bei weitergehenden Reinigungsanforderungen erstellt werden. Durch die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und durch das Offenlegungsverfahren kann es zu Auflagen bezüglich weiterer Maßnahmen im Bereich der Emissionsminderung bzw. des Immissionsschutzes sowie hinsichtlich naturschutzrechtlicher Belange kommen.

Unter Berücksichtigung der Wasserrahmenrichtlinie ist mit einer Verschärfung von Grenzwerten im Ablauf der Klärwerke nach 2015 zu rechnen. Darüber hinaus sind Grenzwerte für

Gesamtabschluss 2013

Mikroverunreinigungen (Medikamentenreste, Östrogenität) mittelfristig zu erwarten, da durch die menschlichen Ausscheidungen derartige Stoffe den Kläranlagenprozess ohne den gewünschten Rückhalt durchlaufen. Dies führt zu höheren Abwasserbehandlungskosten, die über Gebühren zu decken sind.

Mit der projektierten und in 2016 voraussichtlich abgeschlossenen Installation einer Notstromversorgung reduziert sich das Gefährdungspotenzial von unerlaubten Einleitungen in Gewässer erheblich.

Des Weiteren sind die Wandlung von überschüssiger Wärme in Strom und die Durchführung von Projekten zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie jeweils unter Ausnutzung von Fördermitteln beabsichtigt.

Weitere Chancen liegen in der Verbesserung des Wirkungsgrades der BHKW-Anlage auf dem Hauptklärwerk und der Druckbelüftung der Belebungsbecken im Hauptklärwerk mit einem geringeren Energieverbrauch.

Der beschlossene Abriss der **Rhein-Main-Hallen** und ihr Neubau bieten die Chance auf einen konkurrenzfähigen Messebau am bisherigen Standort, aber auch zusätzliche Haushaltsbelastungen. Zudem fehlen während der Bauzeit die Erträge. Auch für die Zeit nach der erneuten Inbetriebnahme 2018 besteht ein inhärentes Vermarktungsrisiko.

Für die Wiesbadener **Jugendwerkstatt** GmbH bestehen generelle Risiken nur in der Änderung der gesetzlichen Grundlagen und in deren Ausgestaltung die in der Regel der politischen Gestaltung unterliegen. Um die Abhängigkeit der Gesellschaft von diesen nicht vorhersehbaren Änderungen zu reduzieren, versucht die Gesellschaft wie schon in den vergangenen Jahren die Refinanzierung aus Marktaktivitäten weiter zu steigern. Es werden Chancen gesehen in der Steigerung der Produktivität der Gesellschaft, der Ausschöpfung der schon vorhandenen Nachfragepotentiale und der Erweiterung des Angebotsspektrums.

Als weiterhin wesentliches Risikofeld sind die Wirkungen der Reform der Dienstleistungen im Arbeitsmarkt anzusehen. Die hieraus resultierenden Auswirkungen können noch nicht definitiv überblickt werden.

Die abschließende Sicherung der Pachtflächen der Domäne Mechtildshausen steht immer noch aus. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass der Abschluss des Pachtvertrages zwischen dem Land Hessen und der WJW GmbH in Verlauf des Jahres 2015 erfolgen wird.

Aus der deutlichen Positionierung der Landeshauptstadt Wiesbaden als Sportstadt können sich Chancen auf steigende Besuchszahlen, insbesondere im Segment Sport sowie durch Maßnahmen im Touristiksektor im Segment Gesundheit und Wellness, ergeben. Aus diesem Grund ist **Mattiaqua** sehr stark abhängig von der uneingeschränkten Funktionsfähigkeit ihrer Einrichtungen. Technische oder bauliche Probleme in den Einrichtungen können daher erhebliche Auswirkungen auf die Ertragslage haben.

Mattiaqua ist ebenfalls dem Risiko von Katastrophen (Hochwasser, Sturm) ausgesetzt. Der Eintritt solcher Katastrophen kann insbesondere in dem Segment Freizeit zu erheblichen ungeplanten Aufwendungen und Teilschließungen des Betriebs führen, zum Beispiel im Falle eines Ausfalls der Informationstechnologie.

Gesamtabschluss 2013

Basis für den wirtschaftlichen Erfolg der **WiTCOM** ist die eigene, gut ausgebaute Netzinfrastruktur. Der Ausbau des Netzes wird wie in den vergangenen Jahren weiter projektorientiert durchgeführt und birgt zahlreiche Zukunftschancen. Aktuelle Studien belegen, dass der Bandbreitenbedarf kontinuierlich in allen Bereichen der Datenkommunikation massiv steigen wird. Dieser Bedarf kann nur mit einer leistungsfähigen Netzinfrastruktur gedeckt werden. WiTCOM wird deshalb als stabiler infrastrukturbasierter Partner an diese Nachfrage in hohem Maße partizipieren. Risiken durch Marktentwicklungen ergeben sich primär durch den Preisverfall für Standardprodukte wie DSL-Anbindungen und Sprachanschlüsse mit Flatrate-Angeboten. Speziell im Massenmarkt wird der Preiskampf zunehmen und weitere Konsolidierungen nach sich ziehen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Gesamtwürdigung des Risikoszenarios zu dem Ergebnis führt, dass bis auf weiteres sowohl im Berichtsjahr als auch für die Zukunft keine Risiken erkennbar sind, die den Fortbestand des Verbunds gefährden.

Gesamtabschluss 2013

1.4 Bewertung des Gesamtabschlusses im Hinblick auf die dauernde Leistungsfähigkeit und perspektivischer Ausblick

Im Hinblick auf das für die Landeshauptstadt Wiesbaden prognostizierte Bevölkerungswachstum und die allgemeine demografische Entwicklung sind in den kommenden Jahren einige strategische Handlungsfelder zu bearbeiten. Hierzu zählen - jeweils unter Finanzierungsvorbehalt - der Ausbau der Kinderbetreuung, des Nahverkehrs, der Energieversorgung, der medizinischen und sozialen Einrichtungen, die Förderung des Wohnungsbaus, sowie die Schaffung von Bedingungen die einen weiteren Zuwachs an Arbeitsplätzen gewährleisten. Im strategischen Handlungsfeld „Gesundheitsstadt Wiesbaden“ nahm der Erhalt der Dr. Horst-Schmidt-Kliniken als kommunales Krankenhaus der Maximalversorgung einen bedeutenden Stellenwert ein. Durch den Teilverkauf mit dem Eingehen einer strategischen Partnerschaft mit der RHÖN Klinikum AG bzw. mit der HELIOS Kliniken GmbH soll der Weiterbetrieb ohne weitere Zuschüsse für die Zukunft gesichert werden.

Weitere strategische Ziele sind die Neuausrichtung des Messe- und Kongresswesens, die kommunale Offensive für den Klimaschutz mit der Erzeugung regenerativer Energien und der Steigerung der Energieeffizienz sowie die kontinuierliche Verbesserung von subjektiv empfundener Sicherheit und Sauberkeit in der Landeshauptstadt.

Der Verbund der Landeshauptstadt Wiesbaden ist durchaus gut aufgestellt, um die stetige Erfüllung seiner Aufgaben dauerhaft zu sichern. Die langfristige Vermögens- und Kapitalstruktur stellt sich als stabil dar, die Eigenkapitalquote von 43 % ist eine mehr als solide Basis um auch rückläufige Entwicklungen auffangen zu können. Die sehr gute Finanz- und Ergebnissituation wird allerdings durch die politische Weichenstellungen in der Energiewirtschaft bzw. bereits getroffene Festlegungen im Hinblick auf die nächsten Jahre belastet. Dies gilt z. B. für zusätzliche Kosten aus der Strukturveränderung im Öffentlichen Personennahverkehr, den weiteren Ausbau der Kinderbetreuung, die erforderlichen Schulsanierungen und Neubauten, den 2014 einsetzenden Kapitaleinsatz aus dem Neubau der Sporthalle am Platz der Deutschen Einheit und dem Neubau der Rhein-Main-Hallen. Da kurz- und mittelfristig nicht mit größeren zusätzlichen Einnahmen gerechnet werden kann, werden die Kreditverbindlichkeiten (und die Belastungen aus diesen) weiter zunehmen, um die Investitionen zu finanzieren. Der Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit sowie die vorhandenen liquiden Mittel sind hierfür nicht ausreichend.

Aufgrund der bei der Aufstellung der bekannten gesamtwirtschaftlichen Eckdaten wurde ein Fehlbetrag im Gesamtergebnis des **städtischen Haushalts** für 2013 erwartet. Bedingt durch die günstige Entwicklung der Gewerbesteuer und der Schlüsselzuweisung konnte 2013 ein Überschuss von 27,6 Mio. € erwirtschaftet werden, der nun die Rücklagen stärkt. Das Jahr 2014 wird erstmals seit zwei Jahren wieder mit einem Fehlbetrag in Höhe von 16,4 Mio. € schließen, im Doppelhaushalt 2014/2015 war für das Jahr 2014 ein Verlust von 21,4 Mio. € erwartet worden. Für das Jahr 2015 wurde ein Fehlbetrag von rd. 13 Mio. € geplant. Einen ausgeglichenen Haushalt der Stadt in 2015 zu erreichen wird unter den oben genannten Voraussetzungen und der volatilen Gewerbesteuer eine große Herausforderung darstellen.

Die Liegenschaften, die die **WVV Holding** seit Jahren im Bestand hat, führen auch weiterhin aufgrund der nachhaltigen Mietauslastung zu einem stabilen Ergebnisbeitrag. Mit dem Erwerb des Immobilienkomplexes Mauritiusgalerie im Jahr 2010 wurden die strategischen

Gesamtabschluss 2013

Möglichkeiten zur Entwicklung dieser zentralen Lage in Wiesbaden erweitert. Die Umbauarbeiten sehen eine Neugestaltung des gesamten Immobilienkomplexes vor, zu dem neben dem Gewerbebereich auch Wohnungen, ein Hotel und ein Parkhaus gehören. Der erste Bauabschnitt (Stadtbibliothek, Musikbibliothek und Medienzentrum) wurde im Februar 2014 abgeschlossen. Ziel ist es - wie auch für die übrigen Immobilienobjekte der WVV Holding - eine Marktreife des Objektes und damit eine nachhaltige Ertragssicherheit zu gewährleisten. Die von der WVV Grundstücksverwaltungs GmbH gehaltenen Anteile an der Kom9 GmbH & Co. KG sichern auch künftig eine nachhaltige Rendite, die höher als die Finanzierungsaufwendungen ist (voraussichtliche Bruttodividende von ca. 8 Mio. € im Jahr 2014).

Unverändert ergeben sich für die WVV Holding Chancen aus der Bündelung der immobilienwirtschaftlichen Aktivitäten. Die Zusammenarbeit der in Wiesbaden ansässigen Wohnungsbau- und Stadtentwicklungsgesellschaften GWW, GeWeGe, SEG und WiBau unter dem Dach der WIM GmbH wird beständig weiterentwickelt, wohnungswirtschaftliche Kompetenzen werden gebündelt und der bisher verfolgte Weg der Zusammenfassung immobilienwirtschaftlicher Dienstleistungen in Wiesbaden wird weiterhin zur Ertragssicherung beitragen.

Mit der im Berichtsjahr realisierten Inbetriebnahme des Biomasse-Heizkraftwerks sowie den erworbenen Windparkbeteiligungen hat die **ESWE Versorgung** einen großen Schritt zur Erreichung der von der Landeshauptstadt Wiesbaden angestrebten Energie- bzw. Klimaschutzziele getan. Derzeit werden noch weitere Windprojekte untersucht. Als weiteren Baustein zur Umstellung auf klima- und umweltfreundliche Energieerzeugung in Wiesbaden wird die Nutzung von Tiefen-Geothermie gesehen. Die Ergebnisse der in den Vorjahren durchgeführten seismischen Erkundungen der tiefen Erdschichten liegen seit Herbst 2013 vor und stimmen zuversichtlich. Derzeit wird untersucht, wo Probebohrungen durchgeführt werden können. Die Tiefen-Geothermie ist im Gegensatz zu Wind- und Sonnenenergie vom Wetter unabhängig und deshalb dauerhaft verfügbar. Das Jahresergebnis der ESWE Versorgung für das Jahr 2014 vor Ergebnisabführung wird das Ergebnis des Vorjahres noch einmal deutlich übersteigen. Investitionen sind im Wesentlichen für Versorgungsnetze bzw. Windkraftprojekte geplant, sofern sich diese wirtschaftlich darstellen lassen.

Für das Jahr 2014 plant die **ESWE Verkehr** bei voraussichtlichen Umsatzerlösen von 46 Mio. € ein negatives Jahresergebnis von rd. 18 Mio. €. Die Vorbereitungen zum Erhalt der Verkehrskonzession im Jahr 2017 laufen und stellen eine wichtige Grundlage für die Zukunft des Wiesbadener ÖPNV dar. Für den Verlauf des Jahres 2015 werden weitere Meilensteine (u. a. Verschmelzung, Anreizsystem) angestrebt. Die Geschäftsführung sieht die Gesellschaft in einer sehr guten Ausgangslage, um die Herausforderungen zu bewältigen. Generell ist darauf zu achten, dass der öffentliche Personennahverkehr bezahlbar bleibt.

Der Eigenbetrieb **WLW** (Wasserversorgung) geht für die Wirtschaftsjahre 2014 und 2015 jeweils von ausgeglichenen Ergebnissen aus.

Der Wirtschaftsplan der **Entsorgungsbetriebe** der Landeshauptstadt Wiesbaden (ELW) sieht für das Wirtschaftsjahr 2014 ein positives Ergebnis in Höhe von 0,3 Mio. € vor, das mit 0,5 Mio. € leicht übertroffen wurde. Für 2015 ist ein Ergebnis von 1 Mio. € geplant.

Gesamtabschluss 2013

Durch die Ausweitung der Wertstofffassung im Rahmen der Neufassung der Abfallwirtschaftssatzung zum 01. Januar 2015 (z.B. durch Einführung der flächendeckenden Wertstofftonne und der obligatorischen Biotonne) wird das Leistungsspektrum erweitert, was sich allerdings auch in erhöhten Aufwendungen niederschlagen wird.

Dem Rückgang der Abfallmengen und der spezifischen Erlöse bei der Abfallablagerung in der Deponie soll durch zeitnahe Marktbeobachtung und verstärkte Akquise entgegen gewirkt werden.

Obwohl Dienstleistungen im Auftrag des Dualen Systems wegen Margenverfalls nur noch eine marginale Rolle spielen wird es ab 2015 möglicherweise zu einer Kooperation mit den dualen Systembetreiber im Rahmen der Mitbenutzung ihrer Sammel- und Sortierlogistik durch die ELW kommen, sofern eine adäquate Kostenverteilung bei der flächendeckenden Einführung der Wertstofftonne vertraglich geregelt werden kann.

Zur nachhaltigen Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der **Altenhilfe Wiesbaden GmbH** ist die Umsetzung des bereits im Geschäftsjahr 2008 entwickelten Konzeptes zur Verbesserung der baulichen Rahmenbedingungen zu forcieren.

Heute sind bereits ca. 2,4 Millionen Menschen in Deutschland pflegebedürftig. In wenigen Jahrzehnten wird die Zahl auf über 4 Millionen Menschen steigen. 1,4 Millionen Menschen sind an Demenz erkrankt. Auch ihre Zahl wird deutlich ansteigen. Gleichzeitig sinkt die Zahl der Erwerbsfähigen und damit auch das Potenzial zur Gewinnung der für die Versorgung notwendigen Pflegekräfte. Dieser Wandel stellt große Herausforderungen an die Weiterentwicklung der pflegerischen Versorgung und ihre Finanzierung. Obwohl also mit der Neuausrichtung der Pflegeversicherung der Grundsatz „ambulant vor stationär“ weiter verstärkt wurde, wird es aufgrund des Anstiegs der pflegebedürftigen Menschen einer Ausweitung des Angebots von stationären Einrichtungen für Schwerstkranke und -pflegebedürftige bedürfen. Allerdings müssen hierfür auch die rechtlichen Rahmenbedingungen mit einer entsprechenden Verbesserung der Versorgung und Weiterentwicklung der Leistungen durch die Pflegeversicherung geschaffen werden.

Das Konzept zur Verbesserung der baulichen Rahmenbedingungen sieht im Einzelnen ein Versorgungsangebot in kommunaler Trägerschaft mit 270 Pflegeplätzen von insgesamt rd. 2.200 in Wiesbaden vorgehaltenen Pflegeplätzen an zwei Standorten vor. Ziel dabei ist die Bereitstellung einer umfassenden Versorgungsstruktur durch bedarfsorientierte finanzierbare Versorgungsangebote.

Ein Ersatzneubau durch die **HSK Pflege GmbH** auf einem durch die Gesellschaft in unmittelbarer Nähe zu den HSK Kliniken erworbenen Grundstück konnte bislang nicht realisiert werden. Die weitere Entwicklung des Unternehmens ist abhängig von der Beschlussfassung der Gremien der Landeshauptstadt.

Zur Realisierung einer Neubaulösung für den Standort Biebrich hatte die Stadtverordnetenversammlung 2012 den Magistrat beauftragt, ein Ersatzgrundstück für die Errichtung eines Ersatzneubaus in der aktuell vorgehaltenen Kapazität zu suchen. Ein passendes Grundstück in Biebrich konnte bis dato nicht gefunden werden, so dass die Geschäftsführung gegenwärtig parallel auch die Möglichkeiten von Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen am

Gesamtabschluss 2013

Bestandsgebäude sowie deren Refinanzierbarkeit durch Anpassung des Investitionskostensatzes prüft und bewertet.

Ab 2015 beschränkt sich der Betrieb des Feierabendheims **Simeonhaus** GmbH auf das Erbringen von Serviceleistungen für die neue Grundstückseigentümerin, die GWW.

Die **HSK Rhein-Main** GmbH wird sich zukünftig neu ausrichten und weitere Geschäftsfelder zur wirtschaftlichen Leistungserfüllung erschließen. Dazu gehört unter anderem die Profilierung und Stärkung der Landeshauptstadt Wiesbaden als Gesundheitsstadt sowie die Förderung des Gesundheitswesens in Wiesbaden durch geeignete Projekte und Maßnahmen. Im Zuge dessen erfolgt eine Umbenennung in „EGW Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden mbH“. Nach der Inbetriebnahme des Klinikneubaus durch die HELIOS sollen für nicht mehr benötigte Grundstücksflächen Vermarktungsstrategien mit Synergieeffekten zum Klinikneubau entwickelt und umgesetzt werden. Dadurch soll mittelfristig die Selbstfinanzierung der HSK Rhein-Main sichergestellt werden. Die Umsetzung wird in den nächsten Jahren zu überprüfen sein.

Nach wie vor ist das Tourismusaufkommen der Landeshauptstadt vom Geschäftsreiseturismus geprägt. Mit dem anstehenden Abriss und Neubau der Rhein-Main-Hallen wird Wiesbaden in den kommenden Jahren eine Wachstumspause bei den Gästeankünften und Übernachtungszahlen erfahren. Die **Wiesbaden Marketing** GmbH hat in den vergangenen Jahren gezielt Vertriebsstrukturen zu nationalen und internationalen Reiseveranstaltern und Reisevermittlern aufgebaut und konnte so durch die kontinuierliche Gewinnung zusätzlicher Gästegruppen auch zusätzliche Umsatzerlöse generieren, die den zu erwartenden Wegfall von Umsätzen im Bereich der Hotelreservierung auffangen sollen. Des Weiteren wurden gezielt im Geschäftsfeld Tourist Service Geschäftsbeziehungen zu zahlreichen Busreiseveranstaltern aufgebaut, um über diese weitere Umsätze, beispielsweise durch die Vermittlung von Stadtführungen oder Stadtrundfahrten, zu generieren. Die in diesem Zusammenhang initiierten Marketingaktivitäten sorgen für eine Stabilisierung der Umsätze in dem Geschäftsfeld. Grundsätzlich hängt jedoch die gesamttouristische Entwicklung von den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen national und international ab. Dank der hohen Akzeptanz der von der Gesellschaft geplanten und durchgeführten Eigenveranstaltungen ist für die nächsten Jahre von einer konstanten Ertragslage im Geschäftsfeld Märkte und Events auszugehen. Trotz einer im Jahr 2012 durchgeführten Gebührenanpassung verzeichnet die Wiesbaden Marketing GmbH eine hohe Bewerbungsnachfrage von potentiellen Veranstaltungsbeschickern. Insgesamt sollte der Zuschussbedarf nicht weiter steigen.

Für das **Kurhaus** erwartet die Geschäftsführung für die Geschäftsjahre 2014 und 2015 einen planmäßigen Geschäftsverlauf.

Für die nächsten beiden Jahre erwartet die **Mattiaqua** im Vergleich zum Wirtschaftsjahr 2013 leicht steigende Umsätze aus Besuchen bei nahezu konstanten Kosten der Leistungserbringung. Eine wesentliche Grundlage für diese Entwicklung soll sich aus dem Bäderkonzept ergeben, das in 2015 ausgearbeitet wird, um Kostensenkungs- und Umsatzpotentiale auszuschöpfen.

In nahezu allen Gesellschaften der Landeshauptstadt Wiesbaden stehen weiterhin Strukturveränderungen und notwendige Optimierungsprozesse an, um das Leistungsspektrum für

Gesamtabschluss 2013

die Bürgerinnen und Bürger nachhaltig aufrechtzuerhalten und den städtischen Haushalt zu entlasten.

Für den Verbund der Landeshauptstadt Wiesbaden ist für das Jahr 2014 mit einem positiven, wenn auch gegenüber 2013 deutlich niedrigerem Jahresergebnis zu rechnen. Dieser Trend dürfte voraussichtlich auch in den kommenden Jahren anhalten. Die dauernde Leistungsfähigkeit des Verbundes ist gewährleistet.

1.5 Angaben zu den nicht einbezogenen Aufgabenträgern

Die Angaben über die nicht einbezogenen Aufgabenträger sind dem Punkt 3.1.2 zu entnehmen.

Zu weiteren Angaben gemäß § 55 Abs. 2 GemHVO wird auf den Beteiligungsbericht 2013 verwiesen.

Gesamtabschluss 2013

2. Zusammengefasste Vermögens-, Ergebnis- und Finanzrechnung

2.1 Zusammengefasste Vermögensrechnung

AKTIVA Position	31.12.2013		31.12.2012	
	€	€	€	€
1 ANLAGEVERMÖGEN				
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände				
1.1.1 Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	5.664.404,77		5.626.943,66	
1.1.2 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	31.037.912,00		31.690.503,00	
1.1.3 Geschäfts- oder Firmenwert	0,00		0,00	
1.1.4 Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	0,00		0,00	
		36.702.316,77		37.317.446,66
1.2 Sachanlagevermögen				
1.2.1 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten auf fremden Grundstücken	1.848.560.202,24		1.849.982.106,78	
1.2.2 Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	847.284.720,49		869.921.101,64	
1.2.3 Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	42.318.902,77		29.663.551,37	
1.2.4 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	81.180.714,60		80.640.196,26	
1.2.5 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	149.405.558,35		100.794.170,76	
		2.968.750.098,45		2.931.001.126,81
1.3 Finanzanlagevermögen				
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	1.926.960,87		1.926.960,87	
1.3.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen	3.600,00		5.400,00	
1.3.3 Beteiligungen	312.741.580,79		283.733.439,73	
1.3.4 Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	26.920.492,55		17.841.234,21	
1.3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens	35.700.050,00		35.700.000,00	
1.3.6 Sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen)	75.333.030,07		71.545.713,30	
		452.625.714,28		410.752.748,11
1.4 Sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen		173.640.000,00		173.640.000,00
		3.631.718.129,50		3.552.711.321,58
2 UMLAUFVERMÖGEN				
2.1 Vorräte einschließlich Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		5.838.639,38		5.371.172,95
2.2 Fertige und unfertige Erzeugnisse, Leistungen und Waren		60.380.743,03		40.019.645,56
2.3 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
2.3.1 Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen und -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	52.907.515,41		47.050.973,50	
2.3.2 Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben, Umlagen	23.672.367,33		38.080.931,56	
2.3.3 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	80.185.625,72		76.013.812,98	
2.3.4 Forderungen gegen verbundene Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen	289.893,63		678.098,71	
2.3.5 Sonstige Vermögensgegenstände	58.834.936,61		43.815.907,68	
		215.890.338,70		205.639.724,43
2.4 Wertpapiere des Umlaufvermögens		35.000,00		0,00
2.5 Flüssige Mittel		286.137.621,97		245.581.082,60
		568.282.343,08		496.611.625,54
3 RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		29.288.954,48		28.415.823,87
4 AKTIVE LATENTE STEUERN		0,00		0,00
5 NICHT DURCH EIGENKAPITAL GEDECKTER FEHLBETRAG		0,00		0,00
		4.229.289.427,06		4.077.738.770,99

Gesamtabschluss 2013

PASSIVA Position	31.12.2013		31.12.2012	
	€	€	€	€
1 EIGENKAPITAL				
1.1 Netto-Position		1.259.089.688,26		1.259.089.688,26
1.2 Rücklagen, Sonderrücklagen und Stiftungskapital				
1.2.1 Kapitalrücklagen	0,00		0,00	
1.2.2 Rücklagen aus Überschüssen des Ergebnisses	63.241.767,10		44.094.365,83	
1.2.3 Zweckgebundene Rücklagen	0,00		0,00	
1.2.4 Sonderrücklagen	0,00		0,00	
1.2.5 Stiftungskapital	1.883.960,87		1.883.960,87	
		65.125.727,97		45.978.326,70
1.3 Gesamtbilanzgewinn/-verlust		156.101.453,92		104.893.195,96
1.4 Anteile Dritter am Eigenkapital		63.922.018,22		63.796.227,85
1.5 Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung		0,00		0,00
1.6 Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag		0,00		0,00
		1.544.238.888,37		1.473.757.438,77
2 SONDERPOSTEN				
2.1 Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge				
2.1.1 Zuweisungen vom öffentlichen Bereich	201.403.169,20		201.314.831,61	
2.1.2 Zuweisungen vom nicht öffentlichen Bereich	14.732.624,45		14.903.909,84	
2.1.3 Investitionsbeiträge	37.183.037,00		39.440.463,00	
		253.318.830,65		255.659.204,45
2.2 Sonstige Sonderposten		30.638.181,00		31.101.909,00
		283.957.011,65		286.761.113,45
3 RÜCKSTELLUNGEN				
3.1 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		489.957.239,68		468.135.610,41
3.2 Rückstellungen für Finanzausgleich und Steuerschuldverhältnisse		125.374,95		153.146,68
3.3 Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien		64.543.291,46		60.087.993,09
3.4 Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten		829.775,67		1.307.752,69
3.5 Sonstige Rückstellungen		121.180.865,04		119.814.317,42
		676.636.546,80		649.498.820,29
4 VERBINDLICHKEITEN				
4.1 Anleihen		0,00		0,00
4.2 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen				
4.2.1 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.230.688.339,41		1.181.125.186,16	
4.2.2 Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern	35.876.908,01		37.518.127,72	
4.2.3 Sonstige Verbindlichkeiten aus Krediten	165.088.563,23		169.740.379,54	
4.2.4 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für die Liquiditätssicherung	0,00		0,00	
4.2.5 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	88.870,68		175.028,28	
		1.431.742.681,33		1.388.558.721,70
4.3 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen		13.540.862,09		12.473.439,08
4.4 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		64.402.902,56		57.976.379,18
4.5 Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben		4.957.730,13		3.623.308,99
4.6 Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen		17.761.790,27		23.490.755,43
4.7 Sonstige Verbindlichkeiten		148.491.035,08		138.992.896,76
		1.680.897.001,46		1.625.115.501,14
5 RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		43.559.978,78		42.605.897,34
6 PASSIVE LATENTE STEUERN		0,00		0,00
		4.229.289.427,06		4.077.738.770,99

Gesamtabschluss 2013

2.2 Zusammengefasste Ergebnisrechnung

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis des Haushaltsjahres 2013 in €	Ergebnis des Vorjahres 2012 in €
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	738.028.359,61	700.051.928,94
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	113.255.065,71	112.889.624,07
3	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	10.807.615,66	17.471.010,36
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	28.931.997,68	-861.081,39
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	553.251.472,53	474.991.630,50
6	Erträge aus Transferleistungen	166.477.054,54	167.601.043,66
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	202.176.317,09	189.064.692,05
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investi- tionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	16.893.438,62	19.110.723,95
9	Sonstige ordentliche Erträge	48.950.262,51	45.811.130,44
10	Summe der ordentlichen Erträge	1.878.771.583,95	1.726.130.702,58
11	Personalaufwendungen	375.838.282,42	362.501.232,42
12	Versorgungsaufwendungen	50.160.002,83	32.064.458,28
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	673.366.936,64	628.881.219,89
14	Abschreibungen	136.708.183,96	142.531.696,13
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	70.515.876,88	40.348.121,24
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	115.201.762,32	98.061.798,01
17	Transferaufwendungen	342.974.808,92	351.905.110,92
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	16.147.266,97	11.050.439,51
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	1.780.913.120,94	1.667.344.076,40
20	Verwaltungsergebnis	97.858.463,01	58.786.626,18
21	Finanzerträge	54.903.778,90	64.110.623,52
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	64.127.379,40	66.463.606,70
23	Finanzergebnis	-9.223.600,50	-2.352.983,18
24	Ordentliches Ergebnis	88.634.862,51	56.433.643,00
25	Außerordentliche Erträge	13.872.836,01	26.903.885,98
26	Außerordentliche Aufwendungen	12.123.992,95	23.016.513,47
27	Außerordentliches Ergebnis	1.748.843,06	3.887.372,51
28	Jahresüberschuss/-fehlbetrag	90.383.705,57	60.321.015,51
29	Anderen Gesellschaftern zustehendes Ergebnis	-20.028.046,34	-17.333.784,21
Ergebnisverwendung			
30	Ergebnisvortrag aus Vorjahren	104.893.195,96	12.558.456,46
31	Zuführung zu / Entnahme aus den Rücklagen	-19.147.401,27	49.347.508,20
32	Gesamtbilanzgewinn/-verlust	156.101.453,92	104.893.195,96

Gesamtabschluss 2013

2.3 Zusammengefasste Finanzrechnung

Ziffer	Rechen- vorschrift	Posteninhalt	Ergebnis des Haushalts- jahres 2013 in €	Ergebnis des Vorjahres 2012 in €
1		Periodenergebnis (einschließlich Ergebnisanteilen von Minderheitsgesellschaftern) vor außerordentlichen Posten	88.634.863	56.433.643
2	+ / -	Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	118.432.224	115.615.571
3	+ / -	Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	27.137.727	26.401.762
3a	-	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für erhaltene Investitionsweisungen, -beiträge u. -zuschüsse	-16.893.439	-19.148.161
4	+ / -	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen / Erträge	-23.786.257	-32.182.754
5	- / +	Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-7.642.274	-15.235.297
6	- / +	Zunahme/Abnahme der Vorräte, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-33.634.591	17.547.097
7	+ / -	Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	9.526.104	22.643.013
8	+ / -	Ein- und Auszahlungen aus außerordentlichen Posten	5.148.843	14.295.908
9		Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (Summe aus 1 bis 8)	166.923.199	186.370.783
10a	+ / -	Ein- / Auszahlungen aus erhaltenen Investitionszuweisungen, -beiträgen und -zuschüssen für Sachanlagen	13.399.361	26.802.508
10b	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	17.917.360	29.558.723
11	-	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-154.593.678	-114.020.254
12a	+ / -	Ein- / Auszahlungen auf erhaltene Investitionszuweisungen, -beiträgen und -zuschüssen für immaterielle Anlagevermögen	689.976	499.091
12b	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	532.419	1.391.235
13	-	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-5.728.579	-13.597.761
14	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	3.150.226	8.250.746
15	-	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-24.808.250	-3.454.000
16	+	Einzahlungen aus dem Verkauf von konsolidierten Unternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten	0	0
17	-	Auszahlungen aus dem Erwerb von konsolidierten Unternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten	0	0
18	+	Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0	0
19	-	Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	-35.000	0
20		Cashflow aus Investitionstätigkeit (Summe aus 10 bis 19)	-149.476.164	-64.569.712
21	+	Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen (Kapitalerhöhungen, Verkauf eigener Anteile etc.)	0	0
22	-	Auszahlungen an Unternehmenseigner und Minderheitsgesellschafter (Dividenden, Erwerb eigener Anteile, Eigenkapitalrückzahlungen, andere Ausschüttungen)	-19.902.256	-16.798.877
23	+	Einzahlungen aus der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	126.174.724	69.704.133
24	-	Auszahlungen aus der Tilgung von (Finanz-) Krediten	-83.162.965	-124.688.947
25		Cashflow aus Finanzierungstätigkeit (Summe aus 21 bis 24)	23.109.504	-71.783.692
26		Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds (Summe aus 9, 20, 25)	40.556.539	50.017.379
27	+ / -	Wechselkurs-, Konsolidierungskreis - und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	0	0
28	+	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	245.581.083	195.563.704
29	=	Finanzmittelfonds am Ende der Periode (Summe aus 26 bis 28)	286.137.622	245.581.083

Gesamtabschluss 2013

3. Anhang

3.1 Allgemeine Angaben

3.1.1 Rechtliche Grundlagen

Die rechtlichen Grundlagen für die Erstellung des Gesamtabschlusses bilden die Hessische Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung vom 16.12.2011 und die Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) vom 27.12.2011. Die Hinweise zur GemHVO des hessischen Staatsministeriums des Innern und für Sport vom 22.01.2013 wurden beachtet.

Durch den Verweis in § 112 Abs.7 HGO auf das Handelsgesetzbuch (HGB) sind einige Konsolidierungsvorschriften des HGB auf den Gesamtabschluss anzuwenden. Der Verweis bezieht sich auf die §§ 300 bis 307 HGB (handelsrechtliche Vorschriften zur Vollkonsolidierung) sowie §§ 311 f. HGB (handelsrechtliche Vorschriften zur Einbeziehung assoziierter Unternehmen mit dem Rechtsstand 06.12.2011).

Da ein Verweis auf § 308 HGB fehlt, konnte auf eine einheitliche Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden durch die LHW und die einbezogenen Aufgabenträger verzichtet werden (vgl. 3.2 Hinweise zur GemHVO).

Die Hinweise zu § 53 GemHVO sehen gem. 5.2 bei der Kapitalkonsolidierung ein Wahlrecht bei der Kapitalkonsolidierung vor. Dieses wurde zugunsten der Buchwertmethode ausgeübt.

Gem. 5.4. der Hinweise können (Teil-)Konzernabschlüsse einzubeziehender Aufgabenträger als Konsolidierungsbasis verwendet werden.

Aufrechnungsdifferenzen, die nicht mit vertretbarem Aufwand zu klären waren, dürfen gem. 6.4 der Hinweise ergebniswirksam verrechnet werden.

3.1.2 Abgrenzung des Konsolidierungskreises

Im Gesamtabschluss der LHW hat die Kernverwaltung die Funktion des (obersten) Mutterunternehmens. Der Konsolidierungskreis setzt sich daher aus allen verbundenen und assoziierten Unternehmen der LHW zusammen, soweit sie nicht wegen Nachrangigkeit keine Berücksichtigung finden.

Zu den **verbundenen** zählen alle Unternehmen, auf die die LHW einen beherrschenden Einfluss ausübt, ihr also z. B. unmittelbar oder mittelbar die Mehrheit der Stimmrechte zusteht. Hierzu zählen auch die Eigenbetriebe.

Stehen der LHW unmittelbar oder mittelbar mind. 20 % bis einschl. 50 % der Stimmrechte zu, wird von einem maßgeblichen Einfluss auf die Geschäfts- und Finanzpolitik des Unternehmens ausgegangen. Diese als **assoziiert** bezeichneten Unternehmen werden mit dem anteiligen Eigenkapital angesetzt.

Gesamtabschluss 2013

Die HGO hat zur Bestimmung des Konsolidierungskreises den Begriff des Aufgabenträgers eingeführt. Die Definition des Aufgabenträgers richtet sich nach den Bestimmungen des § 112 Abs. 5 HGO und bezeichnet eine wirtschaftlich und organisatorisch selbstständige Organisationseinheit in privatrechtlicher oder öffentlich-rechtlicher Form, die wirtschaftliche, nicht-wirtschaftliche oder hoheitliche Aufgaben der LHW erfüllt. Zu den Aufgabenträgern zählen u. a. rechtlich selbstständige Gesellschaften (z. B. GmbHs) sowie Eigenbetriebe, aber auch Anstalten des öffentlichen Rechts und Stiftungen.

Auf die Einbeziehung der Nassauische Sparkasse in den Konsolidierungskreis wurde gemäß § 112 Abs. 5 Satz 1 Nr. 2 HGO verzichtet. An sonstigen Anstalten des öffentlichen Rechts ist die LHW nicht beteiligt.

Für den Abwasserzweckverband Flörsheim, an dem die LHW mit 38,5 % beteiligt ist, lagen die Voraussetzungen des § 112 Abs. 5 Nr. 3 HGO grundsätzlich vor. Da der Zweckverband bei Erstellung seiner Jahresabschlüsse jedoch im Verzug ist, konnte eine Einbeziehung at equity nicht erfolgen.

Stiftungen sind in diesem Abschluss nicht zu konsolidieren, da die LHW derzeit nur über treuhänderische, nicht jedoch über rechtlich selbstständige Stiftungen verfügt.

Aufgabenträger gem. § 112 Abs. 5 Nr. 5 HGO (dies sind Aufgabenträger mit kaufmännischer Rechnungslegung, deren finanzielle Grundlage wegen rechtlicher Verpflichtung wesentlich durch die Gemeinde gesichert wird) gibt es derzeit bei der LHW nicht.

Daher konnte der Begriff des Aufgabenträgers in der LHW auf Unternehmen reduziert werden.

Unternehmen, die zum Konsolidierungskreis zählen, jedoch von nachrangiger Bedeutung für die Darstellung der tatsächlichen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der LHW sind, müssen nicht in den Gesamtabschluss nach der Vollkonsolidierungsmethode einbezogen werden (§ 112 Abs. 5 Satz 4 HGO i. V. m. § 112 Abs. 1 Satz 4 HGO).

Eine nachrangige Bedeutung ist gemäß den Hinweisen zur Gemeindehaushaltsverordnung anzunehmen, wenn die Bilanzsumme und die ordentlichen Erträge dauerhaft maximal 5 % der unkonsolidierten Bilanzsumme und der ordentlichen Erträge aller konsolidierungspflichtigen Unternehmen und der LHW ausmachen. Wenn die Betrachtung einzelner Indikatoren zu unterschiedlichen Ergebnissen führen sollte, wird über die Einbeziehung anhand einer wertenden Gesamtbetrachtung entschieden.

Gesamtabschluss 2013

Aufgabenträger von nachrangiger Bedeutung, die deshalb nicht in den Konsolidierungskreis der LHW aufgenommen wurden, sind folgende:

Verbundene Unternehmen

- Exina GmbH
- Bürgersolaranlagen GmbH

Assoziierte Unternehmen

- ARGE Energiesparpartnerschaft Dr. Horst-Schmidt Klinik GbR
- Wikonect GmbH
- ZVN Finanz GmbH

Die WVV Wiesbaden Holding GmbH wird mit ihren Tochtergesellschaften über den geprüften und testierten Konzernabschluss als Teilkonzern in den Gesamtabschluss einbezogen. Die dort ausgeübten Einbeziehungswahlrechte wurden beibehalten. In den Konsolidierungskreis der WVV ergaben sich im Berichtsjahr folgende Veränderungen:

Am 27.03.2013 wurde die ESWE Windpark GmbH als 100 %iges Tochterunternehmen der ESWE Versorgungs AG gegründet. Der Gesellschaftszweck besteht in der Projektierung, Planung, Errichtung und dem Betrieb von Windenergieanlagen.

Zum 04.04.2013 hat die ESWE Versorgung sämtliche Kommanditanteile an der ESWE Windpark Uettingen GmbH & Co. KG (bis 27.11.2012: ABO Wind WP Uettingen GmbH & Co. KG) erworben. Komplementär dieser Gesellschaft ist die ESWE Windpark GmbH.

Die beiden Gesellschaften gehen als verbundene Unternehmen in den Konsolidierungskreis der LHW ein.

Weiterhin hat die ESWE Versorgung am 15.04.2013 jeweils 33,3 % der Anteile an der THEE ESWE Windparkbeteiligungs GmbH & Co. KG und der THEE ESWE Windparkbeteiligungs Verwaltungs GmbH erworben. Darüber hinaus hat die ESWE Versorgung an der THEE ESWE Windparkbeteiligungs GmbH & Co. KG im Rahmen des Erwerbs eines Windparkportfolios durch die Gesellschaft einen weiteren Kaufpreisanteil in Höhe von 6,4 Mio. € im Rahmen ihres Beteiligungsverhältnisses geleistet. Die Anteile der beiden Gesellschaften werden unter den Anteilen an assoziierten Unternehmen ausgewiesen.

Mit Wirkung zum 01.01.2013 wurde die ESWE EnergieService GmbH auf die ESWE Versorgung verschmolzen. Die Vermögensübertragung erfolgte als Ganzes mit allen Rechten und Pflichten gemäß § 2 Nr. 1 UmwG.

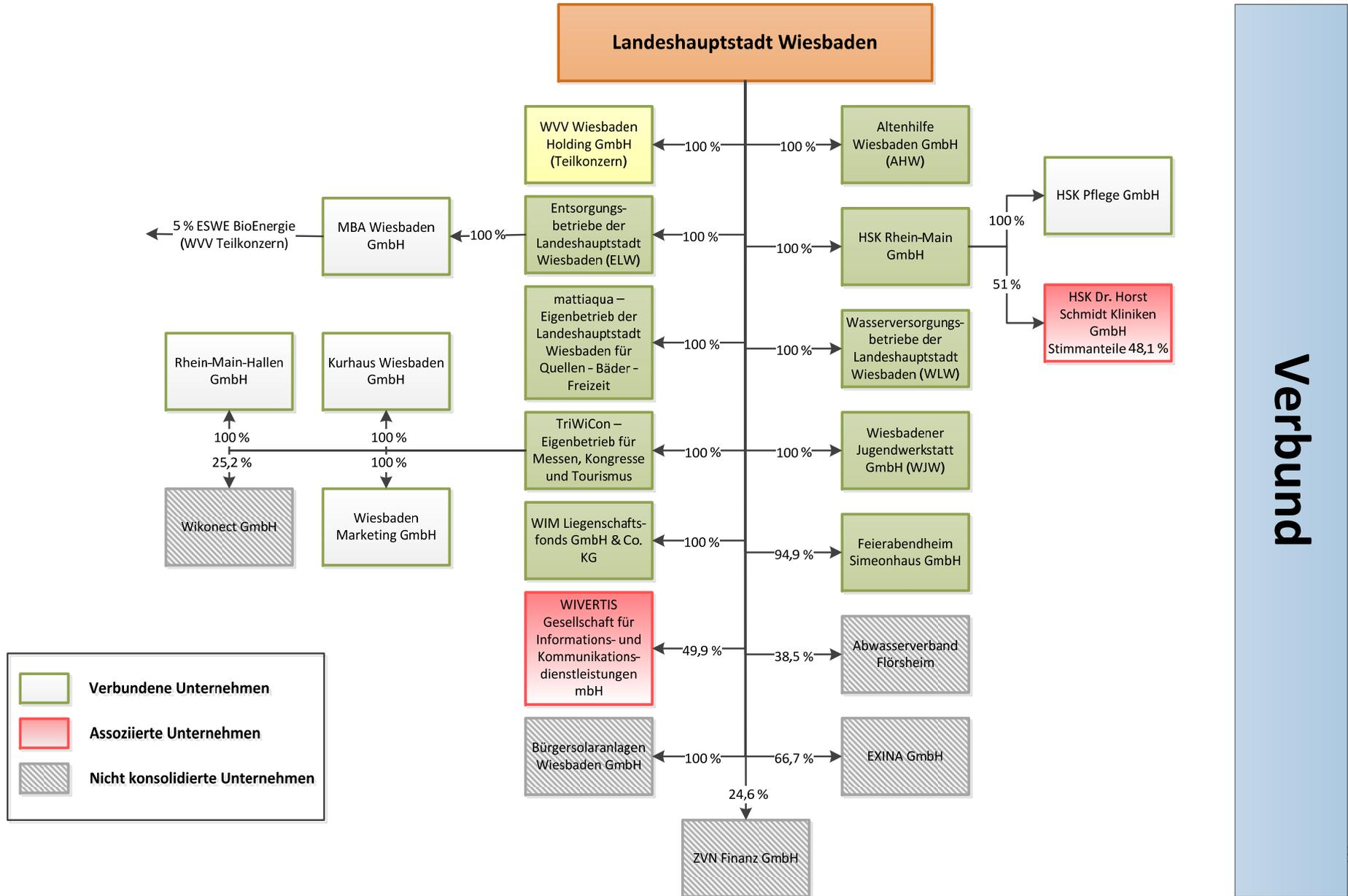
Gesamtabschluss 2013

Zudem wurden zwei weitere Gesellschaften als 100 %ige Tochterunternehmen der SEG Stadtentwicklungsgesellschaft mbH gegründet. Diese sind

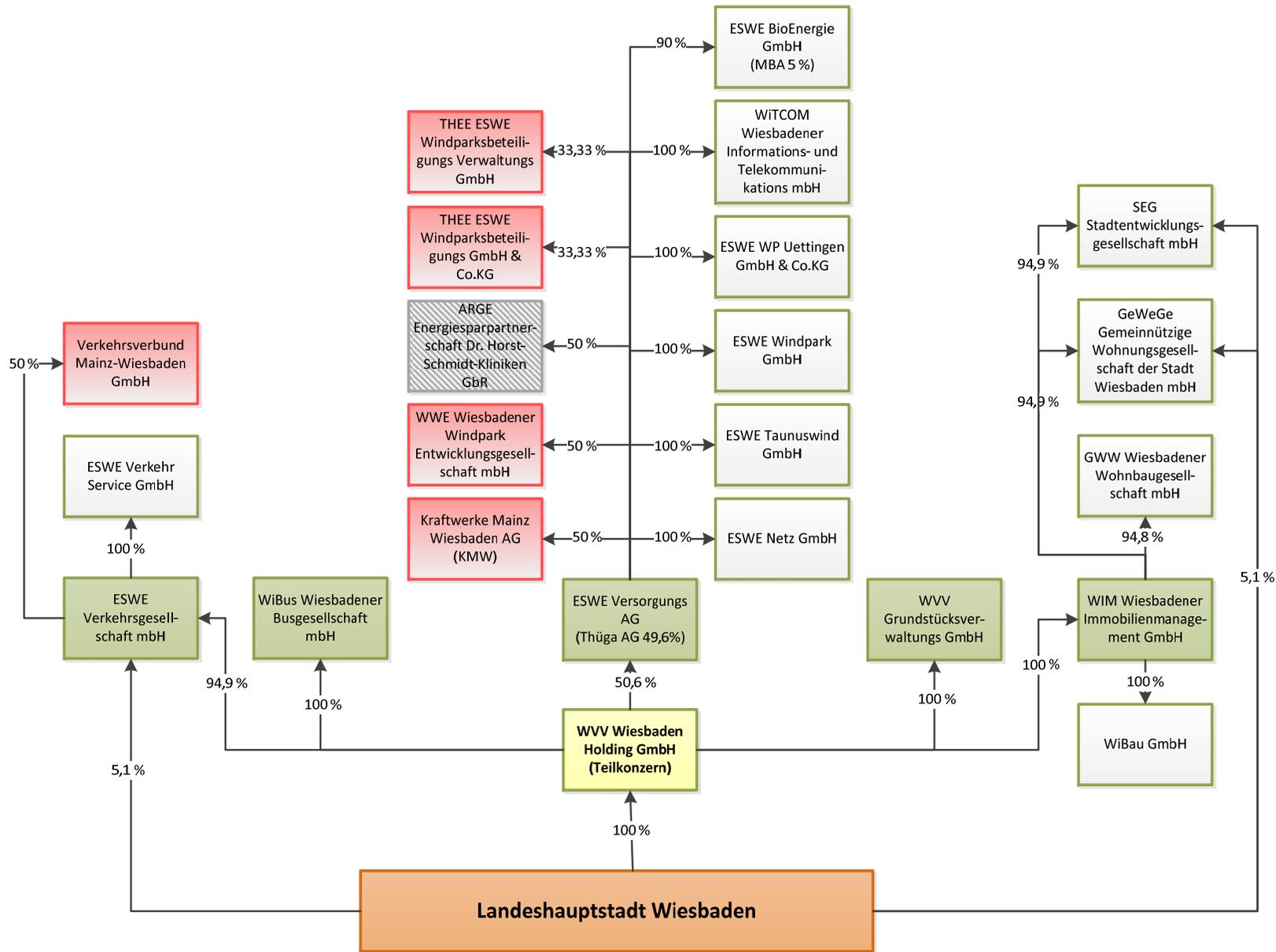
- ZG Grundstücksverwaltung Wiesbaden-Nordenstadt Hainweg GmbH und
- ZG Grundstücksgesellschaft Wiesbaden-Nordenstadt Hainweg mbH Co. Besitz KG.

Wegen ihrer nachrangigen Bedeutung wurden diese Gesellschaften jedoch nicht in den Konsolidierungskreis mitaufgenommen.

Eine Übersicht der in den Konsolidierungskreis aktuell einbezogenen Unternehmen ist der folgenden Darstellung zu entnehmen.



Gesamtabschluss 2013



WVV Teilkonzern

Gesamtabschluss 2013

3.1.3 Konsolidierungsgrundsätze

Kommunen erbringen ihre Leistungen gemeinsam mit ihren Beteiligungen. Die Leistungen der LHW werden auch in einem Zusammenwirken der städtischen Ämter mit den Beteiligungen innerhalb des Verbundes erbracht. In einem Gesamtabchluss sind die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage gemäß § 297 Abs.3 HGB nun so darzustellen, als ob die LHW und ihre Aufgabenträger insgesamt ein einziger Aufgabenträger wären. Dazu sind im Rahmen der Gesamtabchlussenerstellung die internen Verflechtungen zu eliminieren und die Gesamtleistung des Verbundes an Dritte darzustellen. Die Eliminierung erfolgt durch die Kapital-, Schulden-, Aufwands- und Ertragskonsolidierung sowie durch die Zwischenergebniseliminierung.

Kapitalkonsolidierung

Bei der Kapitalkonsolidierung werden die Beteiligungsbuchwerte der Anteile an den einbezogenen Aufgabenträgern mit dem auf diese Anteile entfallenden Eigenkapital der Aufgabenträger verrechnet. Diese Verrechnung ist notwendig, da eine einfache Addition der Buchwerte zu einer Doppelerfassung führen würde.

At-Equity-Konsolidierung

Die at-Equity einbezogenen Aufgabenträger werden mit dem anteiligen Eigenkapital zu Buchwerten angesetzt. Die Wertansätze der Beteiligungen sind nach § 312 Abs. 4 HGB in den Folgejahren um den Betrag der anteiligen Eigenkapitalveränderungen zu erhöhen oder zu vermindern; auf die Beteiligung entfallende Gewinnausschüttungen sind abzusetzen.

At-Equity angesetzte Aufgabenträger	Stand 01.01.2013 in €	anteilige Eigenkapital- veränderung in €	Stand 31.12.2013 in €
HSK Dr. Horst Schmidt Kliniken GmbH*	0	0	0
WIVERTIS Wiesbadener Informations- u. Telekommunikationsgesellschaft mbH	287.960	182.567	470.527

*Ausweis mit 0 € wegen anhaltender Verluste

Die Ansätze sind entsprechend der Entwicklung des Eigenkapitals auf den Stichtag fortgeschrieben.

Gesamtabschluss 2013

Schuldenkonsolidierung

Im Rahmen der Schuldenkonsolidierung gem. § 303 HGB werden gewährte und erhaltende Investitionszuwendungen, Anzahlungen, Ausleihungen und andere Forderungen, Rückstellungen und Verbindlichkeiten zwischen den in den Gesamtabschluss einbezogenen verbundenen Unternehmen einschließlich der LHW sowie entsprechende Rechnungsabgrenzungsposten eliminiert.

Aufwands- und Ertragskonsolidierung

In der zusammengefassten Ergebnisrechnung werden entsprechend § 305 HGB alle Erträge aus Beziehungen zwischen verbundenen Unternehmen mit den entsprechenden Aufwendungen verrechnet, soweit sie nicht als Erhöhung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen oder als andere aktivierte Eigenleistungen ausgewiesen werden.

Zwischenergebniseliminierung

§ 304 HGB verlangt, dass in den Gesamtabschluss aufzunehmende Vermögensgegenstände, die ganz oder teilweise auf Lieferungen oder Leistungen zwischen in den Gesamtabschluss einbezogenen Aufgabenträgern beruhen, in der zusammengefassten Vermögensrechnung mit einem Betrag angesetzt werden, zu dem sie angesetzt werden könnten, wenn die in den Gesamtabschluss einbezogenen Aufgabenträger auch rechtlich eine Einheit bilden würden.

Entstandene Verluste aus Grundstücksverkäufen zwischen der Kernverwaltung und den Aufgabenträgern in Höhe von 3,8 Mio. € sind neutralisiert worden (Walkmühle).

Wesentlichkeit

§ 303 Abs. 2, § 304 Abs. 2 und § 305 Abs. 2 HGB erlauben einen Verzicht auf Konsolidierungsmaßnahmen, wenn die Beträge für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Verbundes nur von untergeordneter Bedeutung sind. Die Hinweise des Ministeriums des Innern und für Sport gehen in 6.5, 7.2 und 8.3 auf eine mögliche Quantifizierung ein und verweisen auf die Regelung aus 2.11. Die hier zugrunde gelegte Wesentlichkeitsgrenze bewegt sich im Rahmen dieser Vorgaben.

Gesamtabschluss 2013

Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Auf eine einheitliche Bewertung wurde verzichtet, da gem. § 53 GemHVO von den Aufgabenträgern auch bei abweichenden Ansatz- und Bewertungsvorschriften grundsätzlich keine Anpassung der Posten für den Gesamtabschluss vorgenommen werden muss. Im Folgenden werden daher lediglich cursorisch die wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden der LHW, des WVV Konzerns und der ELW wiedergeben, die am Stichtag 47 % (LHW), 40 % (WVV) und 10 % (ELW) also insgesamt 97 % zum Gesamtvermögen des Verbundes der LHW und ihrer Aufgabenträger beitrugen. Im Übrigen wird auf die jeweiligen Darstellungen in den Einzelabschlüssen verwiesen.

AKTIVA

Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagevermögen

Die immateriellen Vermögensgegenstände sind zu Anschaffungskosten bewertet und werden linear nach der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer abgeschrieben. Investitionszuschüsse an Dritte sind als immaterielle Vermögensgegenstände ausgewiesen und werden grundsätzlich über den Zeitraum der Zweckbindung abgeschrieben.

Sachanlagen werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen bzw. bei voraussichtlich dauernder Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert bewertet. Für die Eröffnungsbilanzwerte der Kernverwaltung der LHW wurden die entsprechenden Sonderregelungen zu Grunde gelegt. Die Nutzungsdauer für die Vermögensgegenstände der Kernverwaltung der LHW orientiert sich grundsätzlich an der kommunalen Abschreibungstabelle Hessen, für die Aufgabenträger an den handelsrechtlichen Vorschriften. Für den Deponiekörper findet die leistungsabhängige Abschreibung nach § 7 Abs. 1 Satz 5 EStG Anwendung.

Finanzanlagen

Bei der Bewertung der Eigenbetriebe kommt in der Kernverwaltung zwischenzeitlich die fortgeführte Eigenkapitalspiegelbildmethode zur Anwendung, bei den sonstigen Aufgabenträgern sind die Finanzanlagen zu Anschaffungskosten bewertet, gegebenenfalls - bei voraussichtlich dauerhafter oder vorübergehender Wertminderung - unter Absetzung außerplanmäßiger Abschreibungen.

Umlaufvermögen

Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe werden - soweit keine Verbrauchsfiktion unterstellt und folglich kein Wert angesetzt wurde - zu durchschnittlichen fortgeschriebenen Einstandspreisen bewertet. Zudem wurde das strenge Niederstwertprinzip beachtet. Bestandsrisiken aufgrund verminderter Verwertbarkeit oder langer Lagerdauer wird durch angemessene Wertabschläge Rechnung getragen.

Fertige und unfertige Erzeugnisse und Leistungen werden zu Herstellungs- bzw. Anschaffungskosten bewertet. Bestandsrisiken aufgrund langer Lagerdauer oder verminderter Verwertbarkeit wird grundsätzlich durch angemessene Wertabschläge Rechnung getragen.

Gesamtabschluss 2013

Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände und flüssige Mittel sind grundsätzlich zum Nennbetrag angesetzt. Bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind Ausfallrisiken durch angemessene Einzelwertberichtigungen sowie durch pauschale Wertberichtigungen berücksichtigt worden.

Aktive Rechnungsabgrenzung

Die Rechnungsabgrenzungsposten sind mit dem Nennwert bilanziert.

Aktive latente Steuern

Gem. § 274 HGB wurde bei den Aufgabenträgern von dem Wahlrecht Gebrauch gemacht, die aktiven latenten Steuern nicht in der Bilanz auszuweisen. Bei der Kernverwaltung werden keine aktiven latenten Steuern ausgewiesen. Auf eine gesonderte Ermittlung von latenten Steuern auf Ebene des Gesamtabschlusses wird entsprechend der Hinweise des Ministeriums des Innern und für Sport verzichtet.

PASSIVA

Eigenkapital

Die Nettoposition (Basiskapital) ergab sich als Saldo durch den Vergleich von Vermögen mit (zweckgebundenen) Rücklagen, Sonderrücklagen und Schulden in der Eröffnungsbilanz der Kernverwaltung zum 01.01.2007. Diese verändert sich nur, wenn ein Verlustvortrag durch die Ergebnisse der folgenden 5 Jahre nicht ausgeglichen werden kann. Dies war bisher nicht erforderlich.

Sonderposten

Erhaltene Zuschüsse für Investitionen, Zuweisungen und Beiträge sind als Sonderposten ausgewiesen und werden, soweit sie einem einzelnen Vermögensgegenstand zuzuordnen sind, grundsätzlich ertragswirksam über den gleichen Zeitraum wie der bezuschusste Vermögensgegenstand aufgelöst. In allen anderen Fällen erfolgt die Auflösung linear über die durchschnittliche Nutzungsdauer der entsprechenden Vermögenskategorie. Pauschale Investitionszuwendungen werden über 20 Jahre aufgelöst (z. B. Schulbaupauschale, allgemeine Investitionspauschale und Baukostenzuschüsse, soweit diese nicht aktivisch abgesetzt sind).

Mit Einführung des Gesamtabschlusses wurde die Bilanzierung der Sonderposten im Verbund grundsätzlich vereinheitlicht. Zuwendungen für Investitionen wurden bei den Aufgabenträgern vor dem 01.01.2012 teilweise von den Anschaffungskosten abgesetzt.

Die Auflösung des Kanalbeitragsfonds erfolgt linear über 33 Jahre.

Gesamtabschluss 2013

Rückstellungen

Die Berechnung der Pensions- und Beihilferückstellungen erfolgte nach dem Teilwertverfahren gemäß § 6a EStG. Die Ermittlung der Rückstellung für Altersteilzeit erfolgte auf Basis der Stellungnahme des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW) vom 18.11.1998 zur Rechnungslegung (IDW RS HFA 3). Den nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelten Teilwerten liegt unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck für die Kernverwaltung der LHW ein Rechnungszinsfuß von 4,5 % zugrunde. Dieser Rechnungszinsfuß entspricht nicht dem in § 41 Abs. 5 GemHVO-Doppik vorgesehenen Rechnungszins von 6 %. Diese vorsichtige kaufmännische Kalkulation führt zwar zu einer höheren Zuführung an die Pensionsrückstellung, reduziert damit aber auch das Risiko einer unzureichenden Pensionsrückstellung bei der „Inanspruchnahme“ in späteren Jahren.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen der Aufgabenträger sind nach dem Anwartschaftsbarwertmethode unter Berücksichtigung künftiger Entwicklungen sowie vereinfachend gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB unter Anwendung des pauschalen durchschnittlichen Marktzinssatzes der Deutschen Bundesbank für Restlaufzeiten von 15 Jahren bewertet. Zum Bilanzstichtag wurde ein Zinssatz von 4,88 % zugrunde gelegt (für die Altersteilzeitrückstellungen der WVV 3,34 %). Für 2014 liegt dieser Zinsfuß bei 4,53 %.

Die Rückstellung der Kernverwaltung für das Leistungsentgelt nach § 18 TVöD errechnet sich aus der Differenz zwischen dem Gesamtvolumen für das Leistungsentgelt (1 % der ständigen Monatsentgelte des Vorjahres aller unter den TVöD fallenden Beschäftigten) und dem Teilbetrag i. H. v. 6 % des Tabellenentgelts des Monats September. Das Leistungsentgelt soll ab 2014 auf Basis der abgeschlossenen Dienstvereinbarung ausgezahlt werden.

Die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle bis zur Bilanzerstellung bekannt gewordenen ungewissen Schulden sowie sonstige Risiken, die das abgelaufene Geschäftsjahr betreffen. Sie sind in Höhe der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung zu erwartenden Ausgaben zum Erfüllungsbetrag bewertet.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten sind zum Erfüllungsbetrag bewertet. Leibrenten wurden mit ihrem Barwert (Kapitalwert) bilanziert.

Passive Rechnungsabgrenzung

Die Rechnungsabgrenzungsposten sind mit dem Nennwert bilanziert.

Passive latente Steuern

Passive latente Steuern werden weder von der Kernverwaltung der LHW noch von den Aufgabenträgern ausgewiesen. Auf eine gesonderte Ermittlung von passiven latenten Steuern wird auf der Ebene des Gesamtabschlusses verzichtet.

Gesamtabschluss 2013

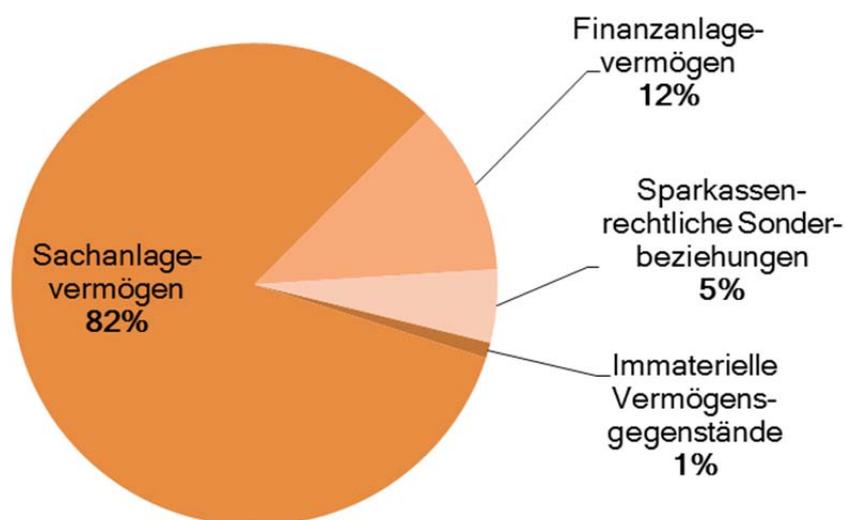
3.2 Erläuterungen zu den Posten der zusammengefassten Vermögensrechnung

3.2.1 Anlagevermögen

Das Anlagevermögen ist im Berichtszeitraum auf nunmehr 3.631,7 Mio. € gestiegen.

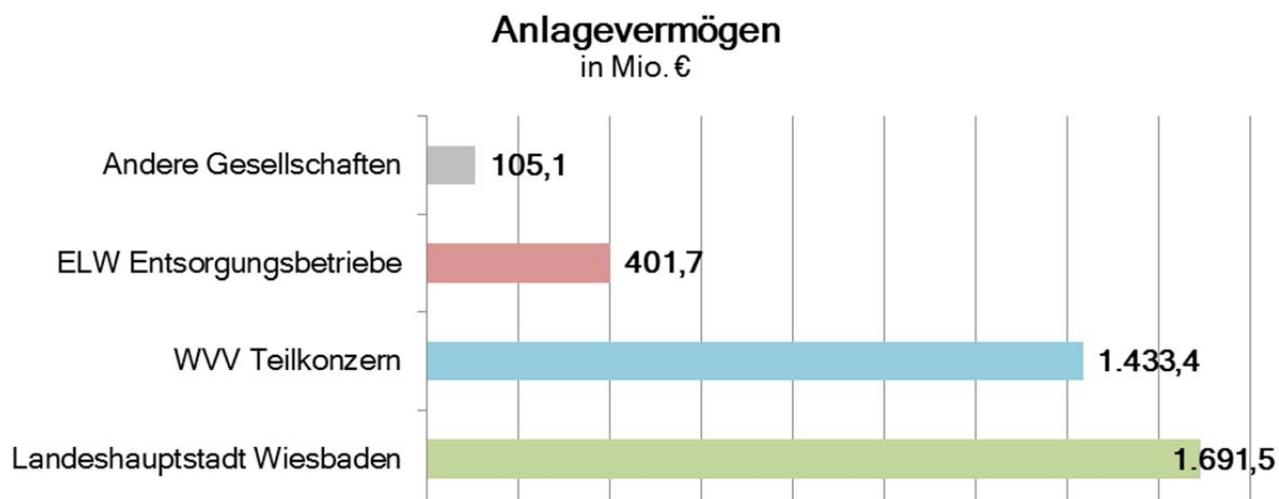
in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung
Anlagevermögen	3.631,7	3.552,7	79,0 ↑
Immaterielle Vermögensgegenstände	36,7	37,3	-0,6 ↓
Sachanlagevermögen	2.968,8	2.931,0	37,8 ↑
Finanzanlagevermögen	452,6	410,8	41,8 ↑
Sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen	173,6	173,6	0,0 →

Die Struktur sieht folgendermaßen aus:



Gesamtabschluss 2013

Das Anlagevermögen verteilt sich auf die LHW und ihre Aufgabenträger wie folgt:



Die detaillierte Entwicklung des Anlagevermögens im Gesamtabschluss zeigen die folgenden Erläuterungen sowie der Anlagenspiegel (Anlage 1).

Immaterielle Vermögensgegenstände

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung
Immaterielle Vermögensgegenstände	36,7	37,3	-0,6 ↓
Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	5,7	5,6	0,1 ↑
Geleistete Investitionszuweisungen, -zuschüsse	31,0	31,7	-0,7 ↓

Im Berichtsjahr verringerten sich die immateriellen Vermögensgegenstände insgesamt um 0,6 Mio. €.

Materiell wichtigste Position sind die geleisteten Investitionszuweisungen. Hier sind insbesondere Investitionszuweisungen/-zuschüsse an das KuK Kulturzentrum Schlachthof Wiesbaden (6,7 Mio. €), an Krankenhäuser (4,2 Mio. €) und an freie Träger für Kindertagesstätten (2,9 Mio. €) zu nennen.

Gesamtabschluss 2013

Sachanlagevermögen

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung
Sachanlagevermögen	2.968,8	2.931,0	37,8 ↑
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten auf fremden Grundstücken	1.848,6	1.850,0	-1,4 ↓
Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	847,3	869,9	-22,6 ↓
Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	42,3	29,7	12,6 ↑
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	81,2	80,6	0,6 ↑
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	149,4	100,8	48,6 ↑

Im Berichtsjahr erhöhte sich das Sachanlagevermögen insgesamt um 37,8 Mio. €.

Die folgende Tabelle verdeutlicht die Veränderungen:

Sachanlagevermögen in Mio. €	
Stand Sachanlagevermögen zum 01.01.2013	2.931,0
Zugänge	154,6
Abschreibungen (abzgl. Zuschreibungen)	-111,3
Umbuchungen	1,6
Konzernkreisveränderungen	3,7
Abgänge (abzgl. Abschreibungen auf Abgänge)	-10,8
Stand Sachanlagevermögen zum 31.12.2013	2.968,8

Gesamtabschluss 2013

Die Zusammensetzung der Zugänge zeigt die folgende Tabelle:

Zugänge in Mio. €	
Bau eines Biomasseheizkraftwerkes	30,7
Bau und Modernisierung von Wohnungen	17,3
Investitionen im Bereich Entwässerung	17,3
Errichtung von Windenergieanlagen	14,1
Erwerb von Grundstücken	10,4
Investitionen im Bereich Kindertagesstätten	8,0
Revitalisierung der Mauritiusgalerie	7,6
Investitionen im Bereich Straßen	6,0
Erwerb von Fahrzeugen für den Personennahverkehr	5,3
Investitionen im Bereich Schulen	5,0
Investitionen im Bereich Abfallbehandlung und mobile Entsorgung	3,1
Erneuerung und Erweiterung des Strom-, Gas-, Wasser- und Fernwärmenetzes	2,2
Neubau Kunstrasenplätze	1,3
Übrige (einschließlich der Neu- und Ersatzbeschaffung von Betriebs- und Geschäftsausstattung)	26,3
Summe	154,6

Die Abgänge im Sachanlagevermögen i. H. v. 10,8 Mio. € resultieren insbesondere aus Grundstücksverkäufen sowie dem Abriss von Gebäuden der Immobiliensparte im WVV-Teilkonzern und der Kernverwaltung der LHW.

Das Sachanlagevermögen ist zum einen geprägt durch Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten auf fremden Grundstücken, zum anderen durch das Infrastrukturvermögen.

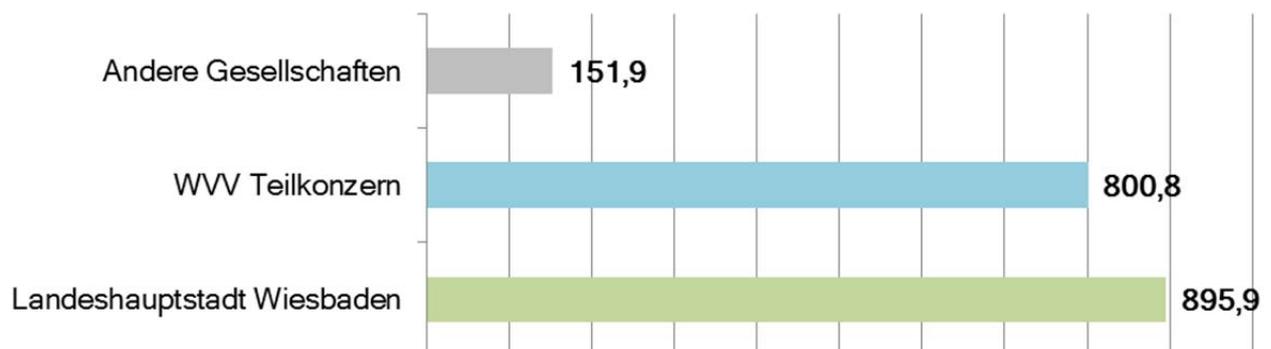
Gesamtabschluss 2013

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten auf fremden Grundstücken	1.848,6	1.850,0	-1,4 ↓
Wohngebäude (einschließlich Grund und Boden)	697,3	686,1	11,2 ↑
Schulgebäude (einschließlich Grund und Boden)	493,0	495,4	-2,4 ↓
Verwaltungs- und Bürogebäude (einschließlich Grund und Boden)	132,2	136,5	-4,3 ↓
Unbebaute Grundstücke	138,9	139,3	-0,4 ↓
Sonstiges	387,2	392,7	-5,5 ↓

Im Berichtsjahr verringert sich diese Bilanzposition geringfügig auf insgesamt 1.848,6 Mio. €. Die Investitionen in Wohngebäude übersteigen die Abschreibungen und Abgänge um 11,2 Mio. €. Zusammen mit den Schulgebäuden (493,0 Mio. €) bilden die Wohngebäude (697,3 Mio. €) die bedeutendsten Positionen in diesem Segment.

Die Position setzt sich wie nachstehend zusammen:

Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten auf fremden Grundstücken in Mio. €



Den wertmäßig größten Anteil haben die Kernverwaltung der LHW und der WVV-Teilkonzern.

Das Sachanlagevermögen wird zum anderen geprägt durch Sachanlagen im Gemeingebrauch und Infrastrukturvermögen.

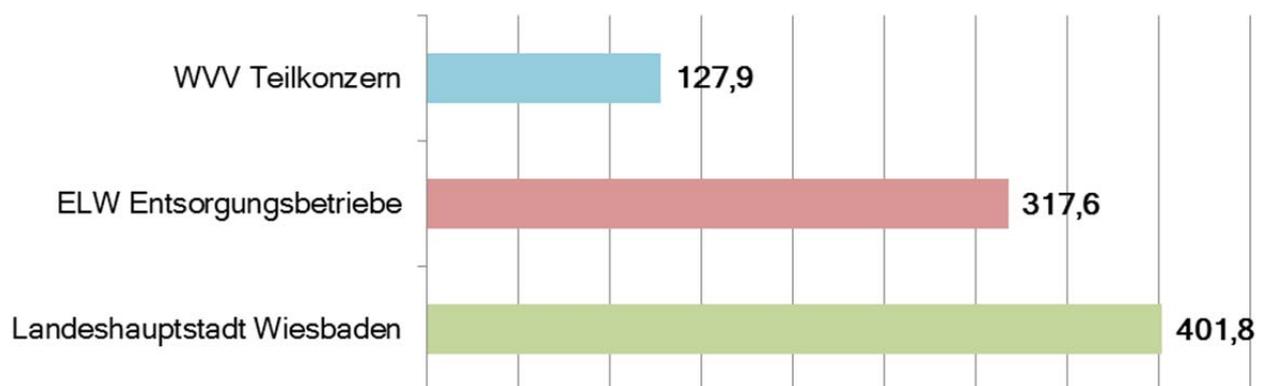
Gesamtabschluss 2013

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung
Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	847,3	869,9	-22,6 ↓
Kanalisation, Kläranlagen	302,2	305,8	-3,6 ↓
Straßen, Wege, Plätze	221,8	236,0	-14,2 ↓
Energieversorgungsnetz	127,9	131,6	-3,7 ↓
Kultur- u. Naturgüter, öffentliche Grünflächen, Friedhofsanlagen	64,5	63,9	0,6 ↑
Wald	46,2	46,3	-0,1 ↓
Sonstiges	84,7	86,3	-1,6 ↓

Im Berichtsjahr verringert sich das Infrastrukturvermögen auf 847,3 Mio. € (Vorjahr 869,9 Mio. €). Wesentliche Positionen sind die Kanalisation und Kläranlagen mit 302,2 Mio. €, Straßen, Wege und Plätze mit 221,8 Mio. € sowie das Energieversorgungsnetz mit 127,9 Mio. €. Der Werteverzehr bei den Straßen spiegelt das subjektive Gefühl bei der Benutzung des öffentlichen Straßennetzes.

Es verteilt sich folgendermaßen auf die Kernverwaltung der LHW, die ELW und den WVV-Teilkonzern:

Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen in Mio. €



Gesamtabschluss 2013

Finanzanlagen

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung
Finanzanlagevermögen	452,6	410,8	41,8 ↑
Anteile an verbundenen Unternehmen	1,9	1,9	0,0 →
Beteiligungen	312,8	283,7	29,1 ↑
Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	26,9	17,9	9,0 ↑
Wertpapiere des Anlagevermögens	35,7	35,7	0,0 →
Sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen)	75,3	71,6	3,7 ↑

Die Anteile an verbundenen Unternehmen beinhalten die nicht konsolidierten Aufgabenträger von nachrangiger Bedeutung sowie das Sondervermögen der fiduziarischen Stiftungen der Landeshauptstadt.

Im Berichtsjahr ist das Finanzanlagevermögen um 41,8 Mio. € auf 452,6 Mio. € gestiegen.

Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus den Beteiligungen mit der Fortschreibung der Equity-Bewertung der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG, einem Gemeinschaftsunternehmen der ESWE Versorgung und der Stadtwerke Mainz AG. um 20 Mio. €: Zudem aus einer Kapitalerhöhung bei der Thüga Erneuerbare Energien um 2,4 Mio. € und der Neugründungen der THEE ESWE Windparkbeteiligungs GmbH & Co.KG und der THEE ESWE Windparkbeteiligungs Verwaltungs GmbH mit 6,4 Mio. €.

Die LHW war 2012 dem Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH beigetreten. Im Berichtsjahr hat die LHW weitere Anteile erworben. Die Beteiligungsquote beträgt nun 12,5 % (2012: 8,34 %). Der Kulturfonds fokussiert die Förderung der Kultur und Kunst in der Region.

Die Wertpapiere des Anlagevermögens bestehen aus einem Schuldscheindarlehen in Höhe von 35,7 Mio. € bei der DZ-Bank (Anlage aus den Erlösen des Teilverkaufs der Stadtwerke Wiesbaden AG an die Thüga AG aus dem Jahre 2001).

Die Ausleihungen beinhalten im Wesentlichen niedrig verzinsten Darlehen zur Förderung von preisgünstigem Wohnraum für breite Schichten der Bevölkerung.

Gesamtabschluss 2013

3.2.2 Umlaufvermögen

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung
Umlaufvermögen	568,2	496,6	71,6 ↑
Vorräte einschließlich Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	5,8	5,4	0,4 ↑
Fertige und unfertige Erzeugnisse, Leistungen und Waren	60,4	40,0	20,4 ↑
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	215,9	205,6	10,3 ↑
Flüssige Mittel	286,1	245,6	40,5 ↑

Im Berichtsjahr erhöhte sich das Umlaufvermögen um 71,6 Mio. € und beträgt zum 31.12.2013 insgesamt 568,2 Mio. €. Die Erhöhung resultiert neben den Flüssigen Mitteln im Wesentlichen aus den fertigen und unfertigen Erzeugnisse, Leistungen und Waren. Diese beinhalten insbesondere noch nicht abgerechnete Betriebskosten und Leistungen im Baubereich sowie zum Verkauf bestimmte Grundstücke der Aufgabenträger.

Die Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände in Höhe von 215,9 Mio. € setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	215,9	205,6	10,3 ↑
Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	52,9	47,0	5,9 ↑
Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben, Umlagen	23,7	38,1	-14,4 ↓
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	80,2	76,0	4,2 ↑
Forderungen gegen verbundene Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen	0,3	0,7	-0,4 ↓
Sonstige Vermögensgegenstände	58,8	43,8	15,0 ↑

Die Forderungen aus Zuweisungen u. ä. beinhalten einen Anspruch der LHW gegenüber dem Land Hessen i. H. v. 40,2 Mio. €, der gemäß den Förderrichtlinien zur Umsetzung des

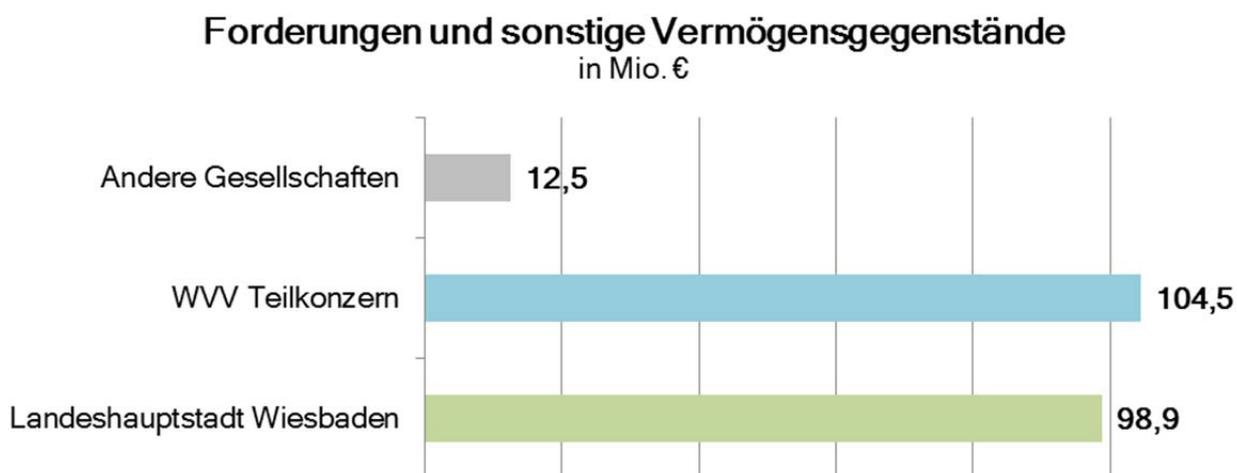
Gesamtabschluss 2013

Hessischen Sonderinvestitionsprogramms sowie des Zukunftsinvestitionsgesetzes des Bundes hier ausgewiesen ist. In gleicher Höhe ist bei den Kreditverbindlichkeiten gegenüber dem Kreditmarkt ein entsprechender Gegenposten passiviert.

Die Forderungen aus Steuern, insbesondere der Gewerbesteuern haben im Vergleich zum Vorjahr um 14,4 Mio. € abgenommen.

Die sonstigen Vermögensgegenstände haben sich um 15,0 Mio. € auf 58,8 Mio. € erhöht. Dies resultiert hauptsächlich aus Steuerforderungen des WVV Teilkonzerns.

Die Aufteilung der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände auf die Aufgabenträger ergibt folgendes Bild:



Die Restlaufzeiten sind dem Forderungsspiegel (Anlage 2) zu entnehmen.

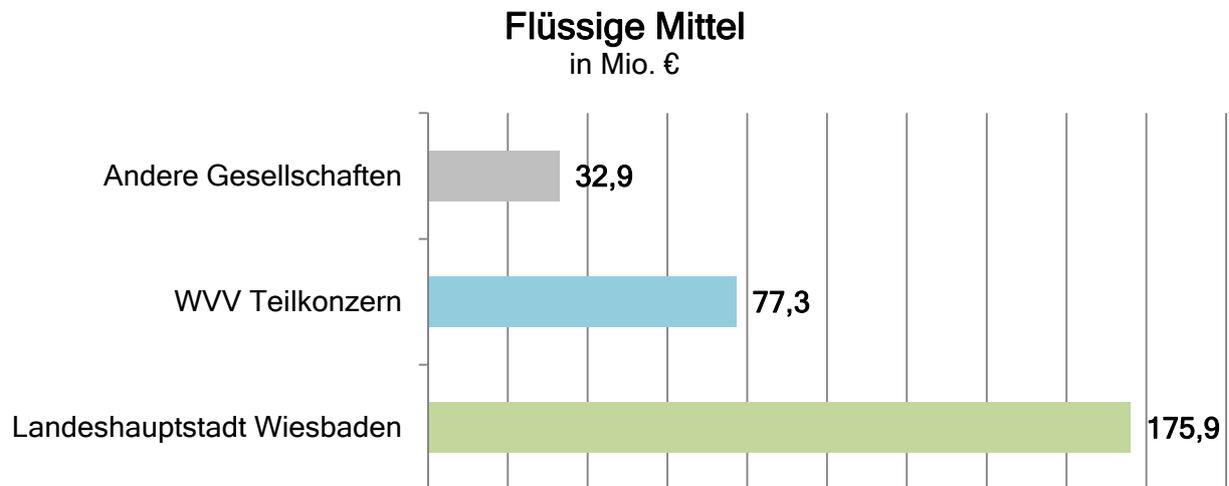
Flüssige Mittel

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung
Flüssige Mittel	286,1	245,6	40,5 ↑
Guthaben bei Kreditinstituten	285,9	245,4	40,5 ↑
Kasse	0,2	0,2	0,0 →

Zum 31.12.2013 betragen die flüssigen Mittel 286,1 Mio. €. Die Entwicklung ist aus der Finanzrechnung ersichtlich, welche die Mittelherkunft und -verwendung der liquiden Mittel aufzeigt.

Gesamtabschluss 2013

Bezogen auf die Gesellschaften stellt sich die Verteilung folgendermaßen dar:



3.2.3 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung
Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten	29,3	28,4	0,9 ↑
Landeshauptstadt Wiesbaden	27,8	26,3	1,5 ↑
WVV Teilkonzern	1,3	1,4	-0,1 ↓
WJW Wiesbadener Jugendwerkstatt GmbH	0,1	0,1	0,0 →
Sonstige	0,1	0,6	-0,5 ↓

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten ist gegenüber dem Vorjahr im Wesentlichen unverändert und beträgt im Berichtsjahr 29,3 Mio. €. Er beinhaltet u. a. Anspar- und Sonderbeiträge von Landesdarlehen (5,5 Mio. €) sowie im Dezember 2012 gezahlte Transferaufwendungen (17,0 Mio. €) und Beamtenbezüge (4,7 Mio. €) für den Januar des Folgejahres.

Gesamtabschluss 2013

3.2.4 Eigenkapital

Das Eigenkapital erhöhte sich im Berichtszeitraum um 70,5 Mio. € auf 1.544,2 Mio. €.

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung
Eigenkapital	1.544,2	1.473,7	70,5 ↑
Netto-Position	1.259,1	1.259,1	0,0 →
Rücklagen, Sonderrücklagen und Stiftungskapital	65,1	45,9	19,2 ↑
Gesamtbilanzgewinn/-verlust	156,1	104,9	51,2 ↑
Anteile Dritter am Eigenkapital	63,9	63,8	0,1 ↑

Die Nettoposition der LHW beträgt 1.259,1 Mio. €. Da ab dem Jahr 2011 keine ergebnisneutralen Korrekturen der Eröffnungsbilanz mehr möglich sind, bleibt die Nettoposition insoweit unverändert.

Zum 01.01.2013 wurde der Jahresüberschuss der Kernverwaltung der Landeshauptstadt aus 2012 der Rücklage des ordentlichen Ergebnisses zugeführt, so dass sich die Rücklage entsprechend erhöht hat. Bei dem in dieser Position enthaltenen Stiftungskapital i. H. v. 1,9 Mio. € handelt es sich um das auf der Aktivseite unter den Anteilen an verbundenen Unternehmen in gleicher Höhe ausgewiesene Sondervermögen.

Der Gesamtbilanzgewinn erhöht sich um 51,2 Mio. € auf nunmehr 156,1 Mio. €. Er setzt sich aus dem um die Anteile Dritter reduzierten Gesamtjahresüberschuss abzüglich der Zuführung des Jahresüberschusses der LHW in die Rücklagen zusammen.

Die Anteile Dritter am Eigenkapital, die einen Ausgleichsposten für fremde Gesellschafter darstellen, haben sich im Berichtsjahr nur geringfügig verändert.

Die detaillierte Entwicklung des Eigenkapitals kann dem Eigenkapitalspiegel (Anlage 3) entnommen werden.

Gesamtabschluss 2013

3.2.5 Sonderposten

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung
Sonderposten	284,0	286,8	-2,8 ↓
Sonderposten für erhaltenen Investitionszuweisungen, -zuschüsse und -beiträge	253,3	255,7	-2,4 ↓
Sonstige Sonderposten	30,7	31,1	-0,4 ↓

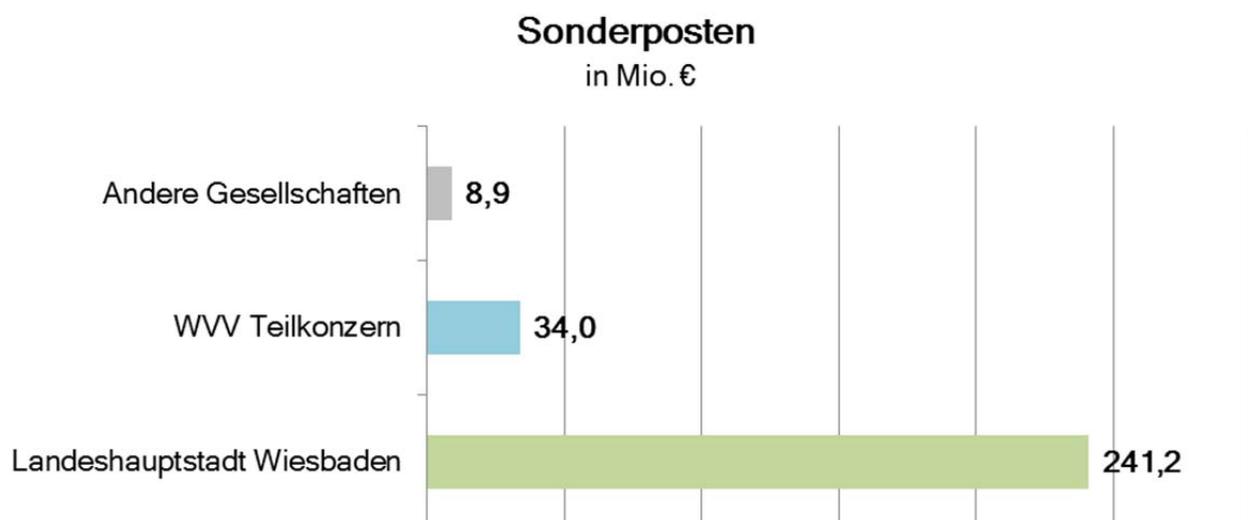
Im Berichtsjahr nahmen die Sonderposten geringfügig um 2,8 Mio. € auf 284,0 Mio. € ab. Die detaillierte Entwicklung ist im Sonderpostenspiegel dargestellt (Anlage 5).

Die Kernverwaltung der LHW bilanziert Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge in Höhe von 241,2 Mio. €. Davon entfallen 201,4 Mio. € auf Zuweisungen vom öffentlichen Bereich, 3,4 Mio. € auf Zuschüsse vom nicht öffentlichen Bereich und 36,4 Mio. € auf Erschließungsbeiträge für Straßen.

Die Zuweisungen vom öffentlichen Bereich beinhalten neben den zweckgebundenen Zuschüssen für Einzelmaßnahmen als größere Positionen die Schulbaupauschale mit 44,1 Mio. € sowie die allgemeine Investitionspauschale mit 32,5 Mio. €.

Die Sonderposten der Kernverwaltung der LHW machen insgesamt rd. 85 % des Postens aus.

Die sonstigen Sonderposten entfallen ausschließlich auf den WVV-Teilkonzern und beinhalten neben den Investitionszuschüssen für Baumaßnahmen im geförderten Wohnungsbau auch die vereinnahmten Baukostenzuschüsse aus den Verteilnetzen der Energieversorgung.



Gesamtabschluss 2013

3.2.6 Rückstellungen

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung
Rückstellungen	676,6	649,5	27,1 ↑
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	490,0	468,1	21,9 ↑
Rückstellungen für Finanzausgleich und Steuerschuldverhältnisse	0,1	0,2	-0,1 ↓
Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien	64,5	60,1	4,4 ↑
Rückstellungen für die Sanierungen von Altlasten	0,8	1,3	-0,5 ↓
Sonstige Rückstellungen	121,2	119,8	1,4 ↑

Im Berichtsjahr erhöhten sich die Rückstellungen um 27,1 Mio. € auf 676,6 Mio. €. Die Entwicklung der Rückstellungen ist im Rückstellungsspiegel (Anlage 4) dargestellt.

Materiell wichtigste Position sind die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen. Sie betreffen im Wesentlichen die Kernverwaltung der LHW.

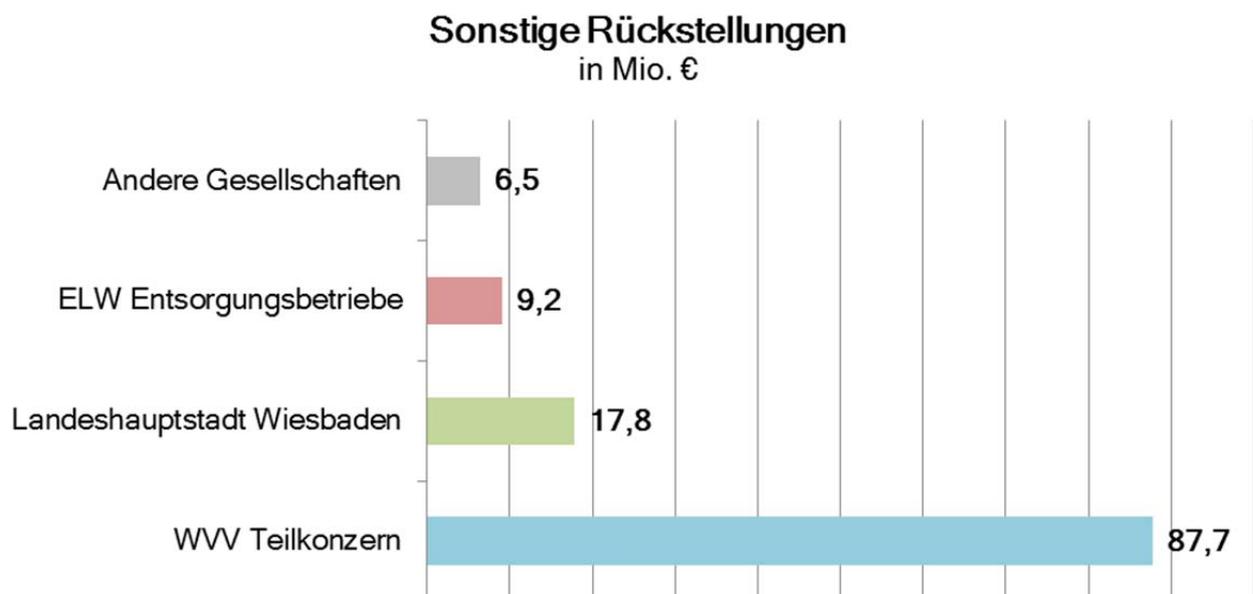
in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	490,0	468,1	21,8 ↑
Landeshauptstadt Wiesbaden	467,8	445,8	22,0 ↑
WVV Teilkonzern	14,9	15,2	-0,3 ↓
ELW Entsorgungsbetriebe	6,6	6,3	0,3 ↑
Rhein-Main-Hallen GmbH	0,3	0,3	-0,1 ↓
TriWiCon	0,2	0,2	0,0 →
Mattiaqua (Bäderbetrieb)	0,1	0,2	0,0 ↓
AHW AltenHilfe Wiesbaden GmbH	0,1	0,1	0,0 →

Gesamtabschluss 2013

Unter den Rückstellungen für Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen werden bei der LHW zum einen Verpflichtungen für Versorgungsansprüche von Beamtinnen/Beamten und ihren Hinterbliebenen ausgewiesen (415,7 Mio. €). Zum anderen wird gemäß der Hessischen Beihilfenverordnung aktiven und ausgeschiedenen Beamtinnen/Beamten und deren beihilfeberechtigten Angehörigen Beihilfe als Zuschuss im Krankheitsfall gewährt (51,1 Mio. €). Des Weiteren sind in dieser Position Rückstellungen für Altersteilzeit i. H. v. 0,9 Mio. € enthalten. Beim WVV-Teilkonzern bezieht sich die Rückstellung von 14,9 Mio. € auf Pensionäre und zukünftige Pensionäre der ESWE Versorgung, der ESWE Netz GmbH, von ESWE Verkehr sowie der GWW, GeWeGe und SEG. Die ELW Entsorgungsbetriebe weisen für Pensions- und Beihilfeverpflichtungen ihrer Beamtinnen und Beamten 6,6 Mio. € aus.

Die Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien i. H. v. 64,5 Mio. € wurden für die Deponie Dyckerhoffbruch gebildet.

Die sonstigen Rückstellungen betreffen mit 87,7 Mio. € im Wesentlichen den WVV Teilkonzern.



Gesamtabschluss 2013

Die wesentlichen Posten sind der folgenden Tabelle zu entnehmen:

Sonstige Rückstellung (in Mio. €)	31.12.2013
WVV Teilkonzern	
Risikovorsorge für Rückzahlungsverpflichtungen wegen überhöhter Wasserpreise bei der ESWE Versorgungs AG	22,8
Ausstehende Rechnungen aus Lieferungen und Leistungen	14,8
Rückstellungen für den Personalbereich (Urlaub, Gleitzeit, Beihilfen, Aufwendungen f. Pensionäre, Jubiläen)	14,2
Bauinstandhaltungen	4,2
Netzentgelte	8,9
Energiespezifische Risiken	6,9
Landeshauptstadt Wiesbaden	
Rückstellungen für die nicht ausgezahlten Leistungsentgelte nach dem TvöD	5,5
Rückstellungen für das Lebensarbeitszeitkonto	4,4
ELW Entsorgungsbetriebe	
Rückstellungen für den Personalbereich (Urlaub, Überstunden, Altersteilzeit, Jubiläen)	3,3
Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung, Rück- und Einbaukosten, Abwasserabgaben und Prozessrisiken	3,8

Gesamtabschluss 2013

3.2.7 Verbindlichkeiten

Im Berichtsjahr haben sich die Verbindlichkeiten in Höhe von 1.680,9 Mio. € um 55,8 Mio. € bzw. 3,4 % erhöht. Sie setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung
Verbindlichkeiten	1.680,9	1.625,1	55,8 ↑
Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahme	1.431,7	1.388,5	43,2 ↑
Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	13,5	12,5	1,0 ↑
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	64,4	58,0	6,4 ↑
Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	5,0	3,6	1,4 ↑
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, Sondervermögen und Beteiligungen	17,8	23,5	-5,7 ↓
Sonstige Verbindlichkeiten	148,5	139,0	9,5 ↑

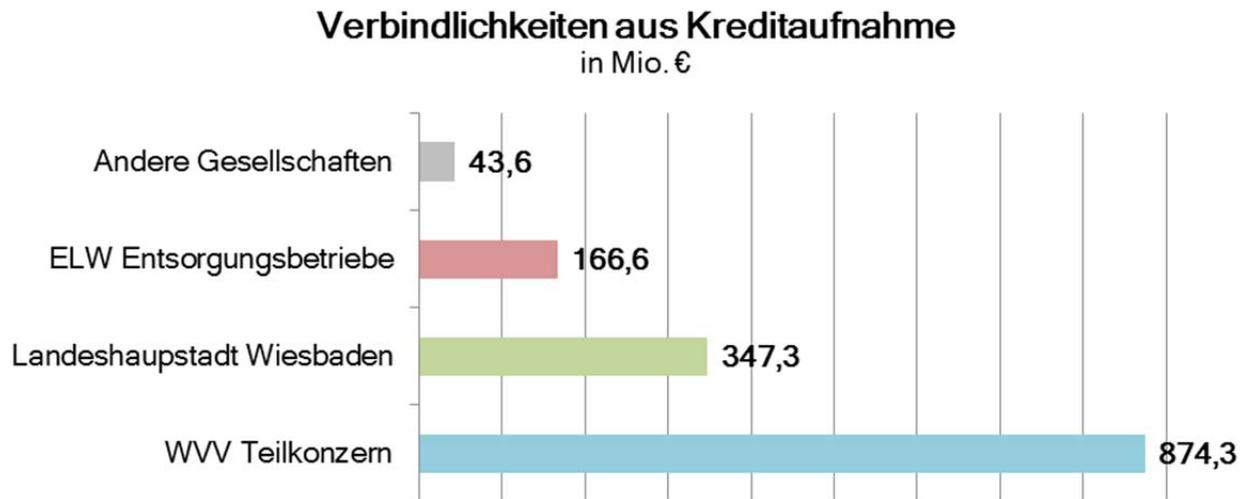
Wesentlich sind hier die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahme in Höhe von 1.431,7 Mio. €.

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung
Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahme	1.431,7	1.388,5	43,2 ↑
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.230,7	1.181,1	49,6 ↑
Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern	35,8	37,5	-1,7 ↓
Sonstige Verbindlichkeiten aus Krediten	165,1	169,8	-4,7 ↓
Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0,1	0,1	0,0 →

Im Vergleich zum Stichtag 31.12.2012 haben sie sich um 43,2 Mio. € erhöht. Dieser Zuwachs resultiert insbesondere aus der Finanzierung von Investitionen durch den WVV-Teilkonzern.

Gesamtabschluss 2013

Die Aufteilung auf die Aufgabenträger ergibt folgendes Bild:

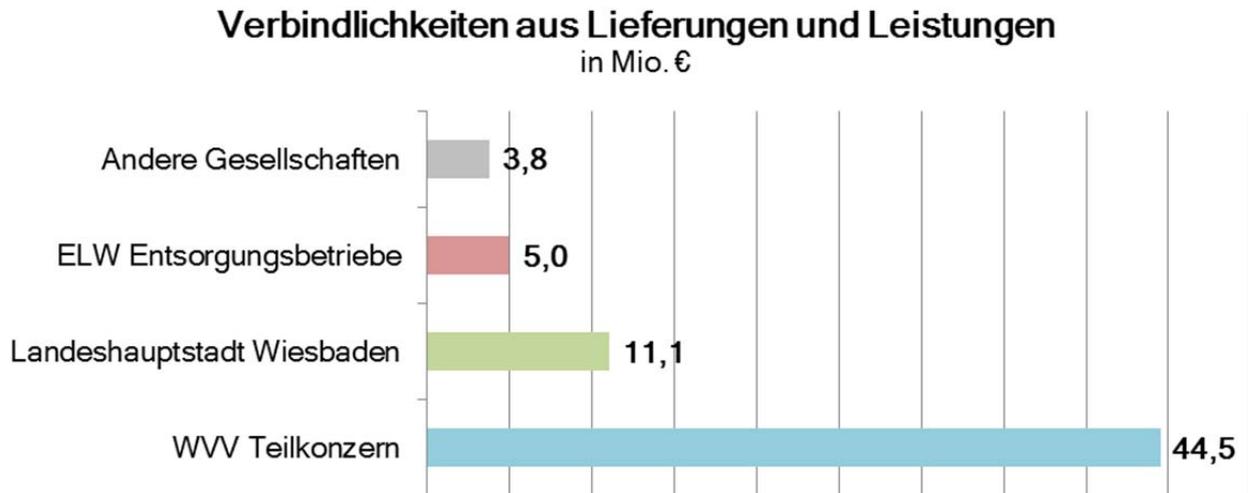


Die Verbindlichkeiten des WVV Konzerns von 874,3 Mio. € verteilen sich auf den Immobilienbereich mit 483,9 Mio. € (Vj. 475,5 Mio. €), die WVV Holding mit 197,4 Mio. € (Vj. 201,1 Mio. €), den Versorgungsbereich mit 164,1 Mio. € (Vj. 100,9 Mio. €) und den Verkehrsbereich mit 28,9 Mio. € (Vj. 23,8 Mio. €).

Die Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen in Höhe von 13,5 Mio. € sind ausschließlich der Kernverwaltung der LHW zuzuordnen. Sie beinhalten vor allem Transferverbindlichkeiten gegenüber Bund, Land, Gemeindeverbänden und sonstigen Dritten. Einen wesentlichen Anteil daran haben Verbindlichkeiten aus einer beschlossenen Zuweisung an das Land zur städtebaulichen Entwicklung des Areals Gerichtsstraße i. H. v. 10 Mio. €, bei der die tatsächliche Auszahlung erst in späteren Jahren erfolgt.

Gesamtabschluss 2013

Nachstehende Grafik enthält die Aufteilung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 64,4 Mio. € (Vorjahr 58,0 Mio. €) auf die einzelnen Aufgabenträger:



Die Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben i. H. v. 5,0 Mio. € sind gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen (+1,4 Mio. €) und betreffen nahezu ausschließlich die Kernverwaltung der LHW.

Im Vergleich zum Vorjahr sind die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Beteiligungen um 5,7 Mio. € auf 17,8 Mio. € gesunken. Dies hängt im Wesentlichen mit den vertraglichen Verpflichtungen der HSK Rhein-Main GmbH aus dem Verkauf der Geschäftsanteile an der HSK, Dr. Horst Schmidt Kliniken GmbH zusammen. Zum Bilanzstichtag besteht nur noch eine Zahlungsverpflichtung aus der letzten Tranche i. H. v. 11,5 Mio. € die in 2014 fällig wird.

Der Posten Sonstige Verbindlichkeiten in Höhe von 148,5 Mio. € ist gegenüber dem Vorjahr um 9,5 Mio. € gestiegen. Beim WVV-Teilkonzern enthalten die sonstigen Verbindlichkeiten neben den Steuern und Sozialabgaben auch Verbindlichkeiten gegenüber anderen Kreditgebern aus Objektfinanzierungen.

Die Restlaufzeiten der Verbindlichkeiten können dem Verbindlichkeitspiegel (Anlage 6) entnommen werden.

Gesamtabschluss 2013

3.2.8 Passive Rechnungsabgrenzungsposten

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung
Passiver Rechnungsabgrenzungsposten	43,6	42,6	1,0 ↑
Landeshauptstadt Wiesbaden	36,5	36,1	0,4 ↑
WVV Teilkonzern	4,3	4,2	0,1 ↑
ELW Entsorgungsbetriebe	1,6	1,5	0,1 ↑
Sonstige	1,2	0,8	0,4 ↑

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten beträgt im Berichtsjahr 43,6 Mio. € (Vorjahr 42,6 Mio. €).

Diese Position enthält bei der LHW u. a. Einnahmen für Grabnutzungsrechte i. H. v. 34,5 Mio. €, die ertragsmäßig zukünftige Jahre betreffen.

Beim WVV-Teilkonzern betreffen die passiven Rechnungsabgrenzungsposten im Wesentlichen abgegrenzte Verkehrseinnahmen sowie Einnahmen aus von Dritten geleisteten Einmalzahlungen für Installationen und Anschlüsse, die über die jeweilige Laufzeit der Verträge aufgelöst werden.

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten bei den ELW Entsorgungsbetrieben wurde für die Vergütung einer Abwasserleitung von Airfield Erbenheim zum Hauptklärwerk gebildet. Der entstandene Erlös ist passiv abgegrenzt und wird über den Zeitraum der Kanalnutzungsdauer aufgelöst.

Gesamtabschluss 2013

3.3 Erläuterungen zur zusammengefassten Ergebnisrechnung

3.3.1 Ordentliches Ergebnis

Verwaltungsergebnis

Das Verwaltungsergebnis hat sich gegenüber 2012 um 66,5 % auf 97,9 Mio. € erhöht und wird im Folgenden erläutert.

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung
Verwaltungsergebnis	97,9	58,8	39,1 ↑
Ordentliche Erträge	1.878,8	1.726,1	152,7 ↑
Ordentliche Aufwendungen	1.780,9	1.667,3	113,6 ↑

Gesamtabschluss 2013

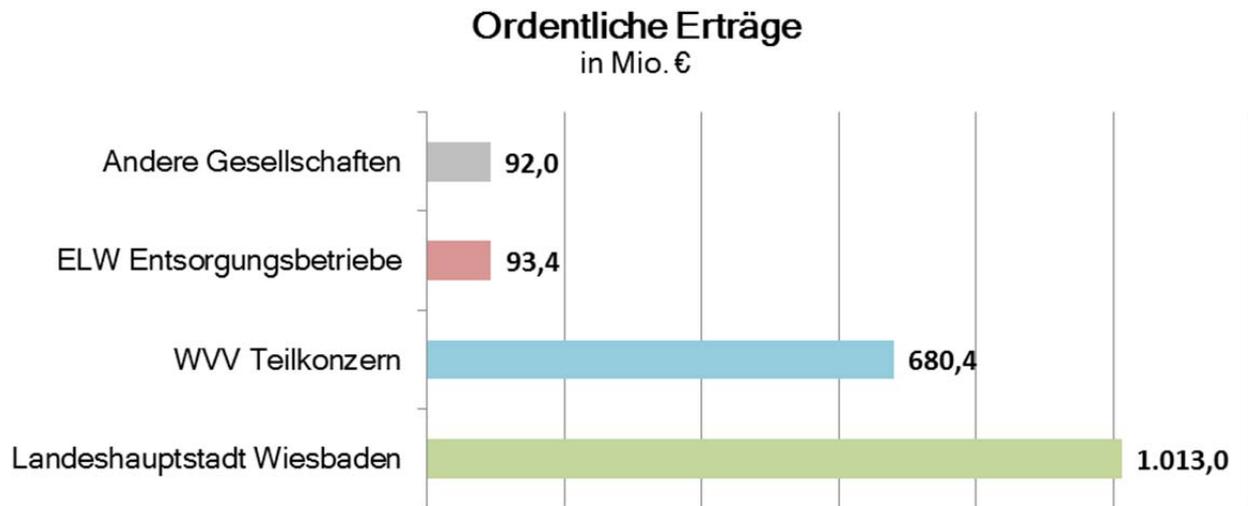
Ordentliche Erträge

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung
Ordentliche Erträge	1.878,8	1.726,1	152,7 ↑
Privatrechtliche Leistungsentgelte	738,0	700,0	38,0
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	113,3	112,9	0,4
Kostenersatzleistungen und -erstattungen	10,8	17,5	-6,7
Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	28,9	-0,9	29,8
Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	553,3	475,0	78,3
Erträge aus Transferleistungen	166,5	167,6	-1,1
Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	202,2	189,1	13,1
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	16,9	19,1	-2,2
Sonstige ordentliche Erträge	49,0	45,8	3,2

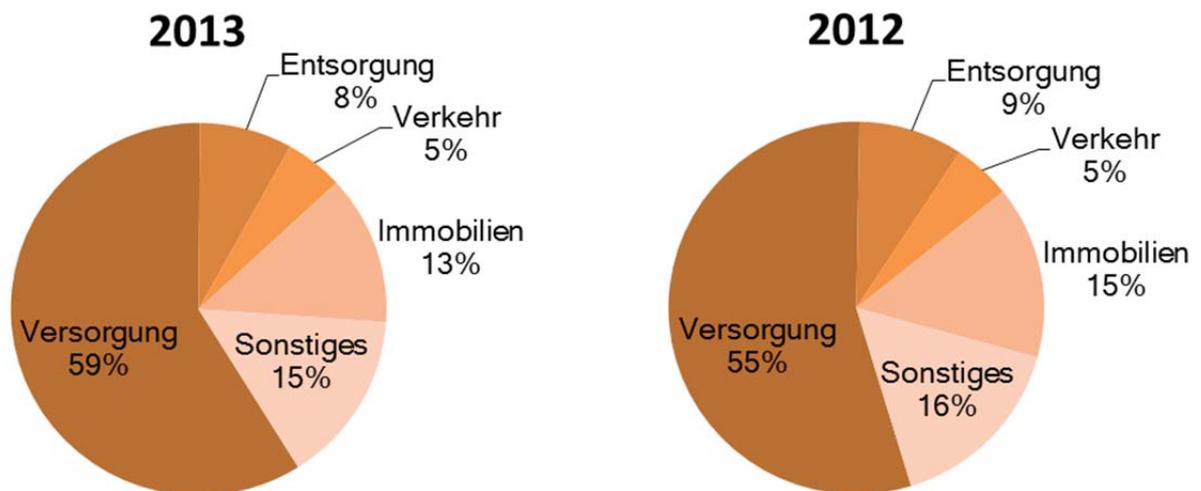
Die ordentlichen Erträge in Höhe von 1.878,8 Mio. € haben sich im Vergleich zum Vorjahr deutlich erhöht (+152,7 Mio. €). Sie setzen sich zum einen aus Leistungsentgelten, zum anderen aus Steuern und steuerähnlichen Erträgen zusammen, die zusammen über zwei Drittel dieser Position ausmachen. Während erstere primär in den ausgegliederten Aufgabenträgern erzielt werden, sind die Erträge aus Steuern u. ä. ausschließlich der Kernverwaltung der LHW zuzuordnen. Der größte Anstieg ist bei den Steuern zu verzeichnen. Während sie im Vorjahr 475,0 Mio. € betragen, stiegen sie zum 31.12.2013 auf 553,3 Mio. € an (+78,3 Mio. €). Die Bestandsveränderungen entfallen im Wesentlichen auf die Wohnungs- und Projektentwicklungsgesellschaften.

Gesamtabschluss 2013

Die ordentlichen Erträge verteilen sich folgendermaßen auf die LHW und ihre Aufgabenträger:



Im Folgenden werden die **privatrechtlichen- und öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte (Umsätze)** bei der Darstellung auf Gesellschaftsebene gemeinsam betrachtet. Im Berichtsjahr betragen sie insgesamt 851,3 Mio. € und haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 38,4 Mio. € erhöht. Die Leistungsentgelte lassen sich nach fünf Geschäftszweigen differenzieren. Diese Bereiche sind in der folgenden Grafik für das Berichts- und das Vorjahr dargestellt.



Prozentual hat das Leistungsentgelt im Bereich Versorgung am meisten im Vergleich zum Vorjahr zugenommen (+4 %). In absoluten Zahlen ausgedrückt sind die Versorgungsleistungen um 41,1 Mio. € gestiegen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die ESWE Versorgung im Bereich Strom und Gas vermehrt Kunden außerhalb des Stadtgebiets für sich gewinnen konnte. Hinzukommt, dass die kühlen Monate zu Beginn des Jahres zu einen signifikanten Anstieg der Heizgradtage (von 3.155,6 auf 3.511,9 Tage) geführt haben.

Gesamtabschluss 2013

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung
Leistungsentgelte	851,3	812,9	38,4 ↑
Versorgung	492,9	451,8	41,1 ↑
Entsorgung	70,5	70,1	0,4 ↑
Verkehr	43,6	39,5	4,1 ↑
Immobilien	112,5	122,5	-10,0 ↓
Sonstiges	131,8	129,0	2,8 ↑

Die Versorgung macht mit 492,9 Mio. € rd. 58 % der Entgelte aus. Von den Versorgungsleistungen entfallen 287,9 Mio. € auf die Strom- und 145,1 Mio. € auf die Gasversorgung.

Die **Kostenersatzleistungen und -erstattungen** i. H. v. 10,8 Mio. € (Vj. 17,5 Mio. €) sind deutlich zurückgegangen und entfallen ausschließlich auf die Kernverwaltung. Bedeutendste Positionen sind die Erstattungen für den Sozialbereich mit 5,3 Mio. € und die Gastschulbeiträge mit 1,9 Mio. €.

Die **Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen** haben im Berichtsjahr mit 28,9 Mio. € (Vj. -0,9 Mio. €) deutlich zugenommen. Den größten Anteil haben die Wohnungsbau- und Projektgesellschaften GWW (10,6 Mio. €), WiBau (7,7 Mio. €), SEG (4,0 Mio. €) sowie die der ESWE Versorgung (2,8 Mio. €).

Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen betragen im Berichtsjahr 553,3 Mio. €. Sie stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 16,5 % und setzen sich wie folgt zusammen:

Gesamtabschluss 2013

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung
Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen	553,3	475,0	78,3 ↑
Gewerbesteuer	317,5	250,3	67,2 ↑
Einkommenssteuer	136,6	126,6	10,0 ↑
Grundsteuer	55,1	56,2	-1,1 ↓
Umsatzsteuer	22,1	21,8	0,3 ↑
Sonstiges	22,0	20,1	1,9 ↑

Den größten Anteil an den Steuern hat die Gewerbesteuer mit 317,5 Mio. € (57 %). Im Berichtsjahr **stiegen sie um 26,9 %** an. Die Gewerbesteuererträge entfallen fast ausschließlich auf die Kernverwaltung der LHW. Die aktuellen Steuererträge beinhalten jedoch einen Einmaleffekt.

Die **Erträge aus Transferleistungen** sind im Berichtsjahr leicht gesunken. Sie betragen zum 31.12.2013 166,5 Mio. € (Vj. 167,6 Mio. €) und entfallen maßgeblich auf die LHW. Die Transfererträge stiegen in den Krisenjahren aufgrund der Erstattungen aus der Funktion der Landeshauptstadt Wiesbaden als Optionskommune und sinken nunmehr leicht aufgrund der Leistungsbeteiligung des Bundes an der Eingliederung Arbeitssuchender. In den folgenden Jahren werden zusätzliche Transfererträge aus der stufenweisen Übernahme der Kosten der Grundsicherung (SGB XII Kap. 3) und der Zahlungen des Landes Hessen aus den Ausgleichszahlungen für die gestiegene Personalausstattung im Bereich Kinderbetreuung¹³ erwartet.

Die **Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen** betragen im Berichtsjahr 202,2 Mio. € (Vj. 189,1 Mio. €). Insgesamt sind die Erträge um 13,1 Mio. € angestiegen. Sie setzen sich aus den Erträgen aus Zuweisungen/Zuschüssen von Bund und Land und von sonstigen zusammen. In den Erträgen aus allgemeinen Zuweisungen/Zuschüssen (Bund/Land) sind die Mittel aus dem Finanzausgleich (Schlüsselzuweisungen) enthalten. Während sich die Schlüsselzuweisungen, die mit der Steuerkraft der Kommune korrelieren, im Berichtsjahr 2013 um 4,1 Mio. € verringert haben, stiegen die sonstigen Zuschüsse und Zuweisungen von Bund und Land an die Landeshauptstadt Wiesbaden um 17,4 Mio. € an. Hierbei handelt es sich u. a. um die Bundesbeteiligung an der Grundsicherung sowie um Jugend- und Sozialhilfeausgleich:

¹³ Verordnung über Mindestvoraussetzungen in Tageseinrichtungen für Kinder (MVO)

Gesamtabschluss 2013

Von den **Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten** aus empfangenen Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen i. H. v. 16,9 Mio. € (Vj. 19,1 Mio. €) sind 16,2 Mio. € der Kernverwaltung der LHW zuzuordnen. Die Auflösung erfolgt zeitbezogen nach Maßgabe der Erfüllung der Verpflichtung aus dem Zuwendungsverhältnis.

Die **sonstigen ordentlichen Erträge** i. H. v. 49,0 Mio. € stiegen im Berichtsjahr leicht um 3,2 Mio. € an. Sie betreffen u. a. Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen und Wertberichtigungen, Erträge aus Infrastrukturkostenhilfe und -ausgleich, Erträge aus Dienstleistungsverträgen, Nebenerlöse aus Vermietung und Kantinenbetrieb sowie Erträge aus Anlagevermögensabgängen.

Gesamtabschluss 2013

Ordentliche Aufwendungen

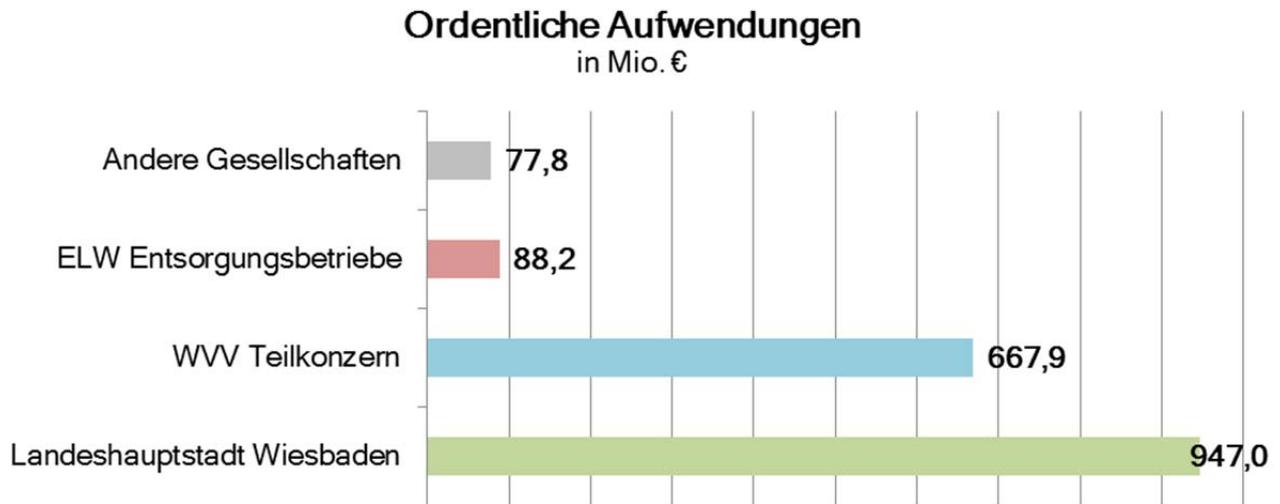
in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung
Ordentliche Aufwendungen	1.780,9	1.667,3	113,6 ↑
Personalaufwendungen	375,8	362,5	13,3 ↑
Versorgungsaufwendungen	50,2	32,1	18,1 ↑
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	673,4	628,9	44,5 ↑
Abschreibungen	136,7	142,5	-5,8 ↓
Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	70,5	40,3	30,2 ↑
Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	115,2	98,1	17,1 ↑
Transferaufwendungen	343,0	351,9	-8,9 ↓
Sonstige ordentliche Aufwendungen	16,1	11,1	5,0 ↑

Die ordentlichen Aufwendungen im Berichtsjahr belaufen sich auf 1.780,9 Mio. €. Sie haben im Vergleich zum Vorjahr einen Anstieg um 113,6 Mio. € (6,8 %) zu verzeichnen.

Den größten Anstieg gab es im Berichtsjahr bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und den Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besonderen Finanzaufwendungen.

Gesamtabschluss 2013

Die Verteilung auf die Aufgabenträger ist der nachstehenden Grafik zu entnehmen.



Die **Personalaufwendungen** belaufen sich auf 375,8 Mio. €. Da die Versorgungsaufwendungen i. H. v. 50,2 Mio. €, die zu großen Teilen für die Beamten der LHW entstehen, nicht nur den Aufwand für die Ruhestandsbeamten sondern auch den für die aktiven Beamten (z. B. für Zuführungen zu Pensionsrückstellungen) umfassen, werden diese beiden Positionen in der folgenden Tabelle zusammen betrachtet.

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung
Personalaufwendungen	375,8	362,5	13,3 ↑
Versorgungsaufwendungen	50,2	32,1	18,1 ↑
Summe	426,0	394,6	31,4 ↑
Arbeitnehmerentgelte	259,0	247,5	11,5 ↑
Beamtenbezüge (einschl. Versorgungsbezüge)	95,6	75,3	20,3 ↑
Sozialaufwendungen (ausgenommen die Aufwendungen für die Altersversorgung und Unterstützung)	56,1	56,0	0,1 ↑
Sonstige Personalaufwendungen	15,3	15,8	-0,5 ↓

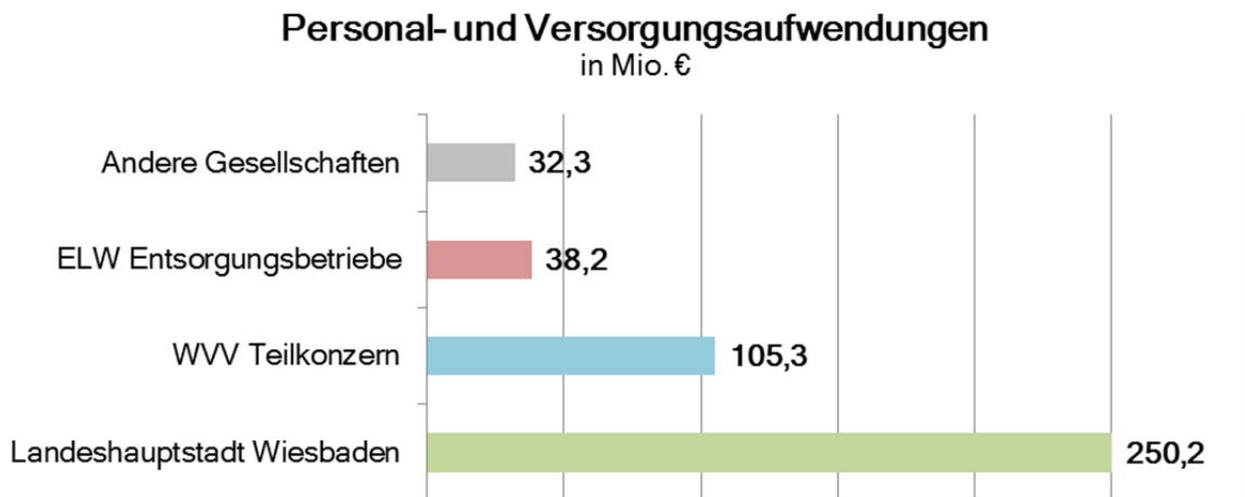
Die Personalaufwendungen (einschl. Versorgungsaufwendungen) haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 31,4 Mio. € (8,0 %) erhöht. Den stärksten Zuwachs haben die Beamtenbezüge (einschl. Versorgungsbezüge) zu verzeichnen. Sie stiegen im Berichtsjahr um 20,3 Mio. € (27,0 %) an. Die Versorgungsaufwendungen schwanken zum einen durch sich

Gesamtabschluss 2013

ändernde versicherungsmathematische Annahmen. Hierzu zählen beispielsweise geänderte Sterbetafeln, Änderungen der Besoldung und das auf 67 Jahre heraufgesetzte Pensionsalter. Im Jahr 2013 stiegen die Pensionsrückstellungen zudem aufgrund der Berücksichtigung des Besoldungsanpassungsgesetzes 2013/2014 um 16,4 Mio. € an.

Die Arbeitnehmerentgelte erhöhten sich um 11,5 Mio. €, die Sozialaufwendungen hingegen blieben im Berichtsjahr konstant.

Auf die Aufgabenträger verteilt stellen sich die Personalaufwendungen wie untenstehend dar.



Mit 250,2 Mio. € entfallen auf die LHW 59 % der Personalaufwendungen. Dies entspricht auch ungefähr dem Anteil der LHW an der Gesamtmitarbeiterzahl.

Eine Übersicht über die Anzahl und die Verteilung der Mitarbeiter ist unter Punkt 3.5.3 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zu finden.

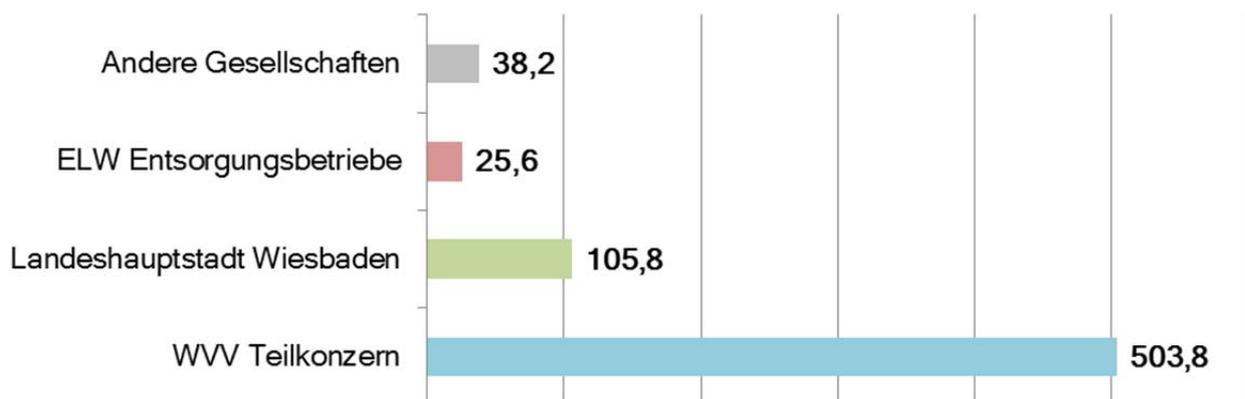
Gesamtabschluss 2013

Die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** betragen im Berichtsjahr 673,4 Mio. €. Sie sind im Berichtsjahr um insgesamt 44,5 Mio. € gestiegen.

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	673,4	628,9	44,5 ↑
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	415,8	359,7	56,1 ↑
Aufwendungen für bezogene Leistungen, Reparaturen und Instandhaltung	112,8	173,9	-61,1 ↓
Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Pflichten	98,1	43,5	54,6 ↑
Sonstige Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	46,7	51,8	-5,1 ↓

Die Aufteilung auf die Gesellschaften stellt sich folgendermaßen dar:

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Mio. €



In dieser Position werden insbesondere

- Aufwendungen für Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe sowie für bezogene Waren
- Aufwendungen für bezogene Leistungen, Reparaturen und Instandhaltung
- Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten (u. a. Mieten, Pachten, Hausbewirtschaftungskosten, Leasing)

ausgewiesen.

Die starken Schwankungen zwischen den einzelnen Positionen lassen sich zum einen durch gestiegene Bezugskosten bei Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen und zum anderen durch Ausweisänderungen innerhalb des WVV-Teilkonzerns erklären. Dies betrifft die geänderte Buchungslogik beim Wasserbezug sowie eine geänderte Kontenzuordnung zwischen den bezogenen Leistungen und der Hausbewirtschaftung. Insgesamt haben sich im WVV Teilkon-

Gesamtabschluss 2013

zern die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen im Vergleich zum Vorjahr von 447,2 Mio. € um 56,6 Mio. € auf 503,8 Mio. € erhöht.

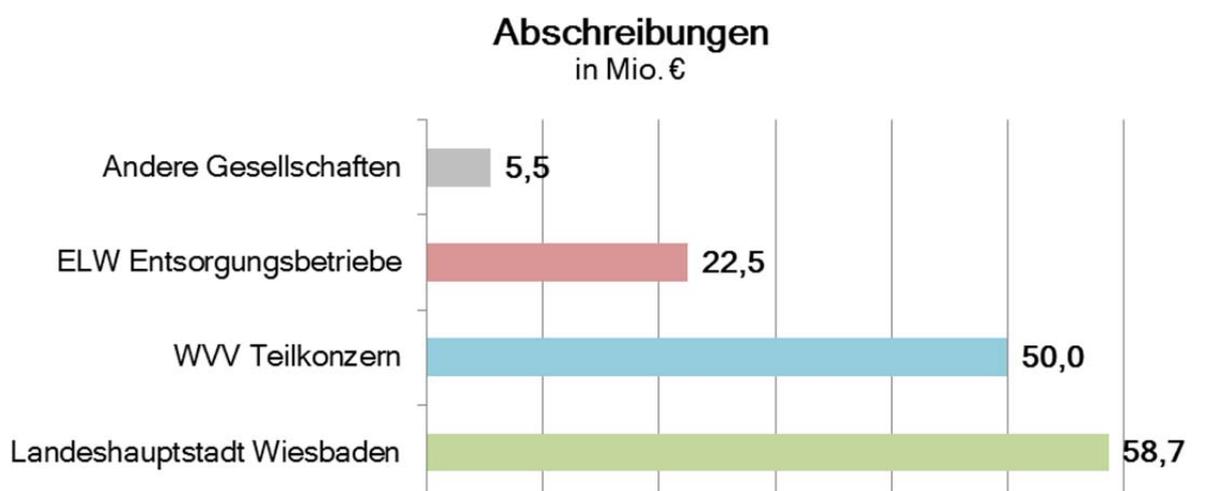
Bei der LHW und den ELW sind die Aufwendungen relativ konstant geblieben (Vj. 100,7 Mio. € bzw. 26,7 Mio. €).

Die **Abschreibungen** betragen im Berichtsjahr 136,7 Mio. €. Sie sind gegenüber dem Vorjahr um 5,8 Mio. € gesunken.

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung
Abschreibungen	136,7	142,5	-5,8 ↓
Abschreibungen auf aktivierte Investitionszuweisungen, -zuschüsse und -beiträge	5,0	3,9	1,1 ↑
Sonstige Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	2,1	5,7	-3,6 ↓
Abschreibungen auf Sachanlagen	110,0	106,3	3,7 ↑
Wertberichtigungen auf Forderungen	19,6	26,6	-7,0 ↓

Die Abschreibungen können im Anlagenspiegel (Anlage 1) detailliert nachvollzogen werden.

Beigetragen zu den Gesamtabschreibungen haben in erster Linie folgende Aufgabenträger:



Gesamtabschluss 2013

Die **Aufwendungen für Zuweisungen, Zuschüsse und besondere Finanzaufwendungen** in Höhe von 70,5 Mio. € (Vj. 40,3 Mio. €) entfallen im Wesentlichen auf die Kernverwaltung und betreffen u. a. den Betriebskostenzuschuss für das Hessische Staatstheater (15,3 Mio. €), Kindertagesstätten-Zuschüsse an die Evangelische Regionalverwaltung Wiesbaden (12,7 Mio. €) sowie an den Gesamtverband der katholischen Kirchengemeinden in Hessen (6,7 Mio. €). Der deutliche Zuwachs beruht vor allem auf einer geänderten Kontenzuordnung zwischen den Zuschüssen und den Transferaufwendungen innerhalb der Kernverwaltung.

Die **Steueraufwendungen** in Höhe von 115,2 Mio. € stellen ausschließlich Umlageverpflichtungen der LHW dar und betreffen die Umlage an den Landeswohlfahrtsverband (59,0 Mio. €; Vj. 56,9 Mio. €), die Gewerbesteuerumlage (50,5 Mio. €; Vj. 35,8 Mio. €) sowie die Krankenhausumlage (5,7 Mio. €; Vj. 5,4 Mio. €).

Die **Transferaufwendungen** i. H. v. 343,0 Mio. € (Vj. 351,9 Mio. €) entfallen ebenfalls hauptsächlich auf die LHW. Sie stellen die Aufwendungen für soziale Leistungen dar. Größte Positionen sind die Leistungen an natürliche Personen nach dem SGB XII (u. a. Grundsicherung im Alter) mit 156,8 Mio. € (Vj. 148,6 Mio. €) und die Leistungen nach dem SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende) mit 114,0 Mio. € (Vj. 110,1 Mio. €).

Die **sonstigen ordentliche Aufwendungen** in Höhe von 16,1 Mio. € (Vj. 11,1 Mio. €) beinhalten im Wesentlichen Aufwendungen aus Steuern, Konzessionsabgaben und Personalgestellung sowie Aufwendungen aus Konsolidierungsdifferenzen.

Gesamtabschluss 2013

Finanzergebnis

	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung
Finanzergebnis	-9,2	-2,4	-6,8 ↓
Finanzerträge	54,9	64,1	-9,2 ↓
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	64,1	66,5	-2,4 ↓

Das Finanzergebnis beträgt - 9,2 Mio. € und ist im Vergleich zum Vorjahr um 6,8 Mio. € gesunken.

Finanzerträge

Die Finanzerträge i. H. v. 54,9 Mio. € resultieren im Wesentlichen aus folgenden Positionen:

- Erträge aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen
- Erträge aus anderen Beteiligungen
- Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Sowohl die **Erträge aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen** i. H. v. 30,0 Mio. € (Vj. 31,7 Mio. €) als auch die Erträge aus anderen Beteiligungen i. H. v. 11,5 Mio. € (Vj. 12,4 Mio. €) entfallen ausschließlich auf den WVV-Teilkonzern. Überwiegend handelt es sich dabei einerseits um Erträge aus der Beteiligung an den Kraftwerken Mainz-Wiesbaden AG und andererseits um die Erträge aus der Beteiligung an der Kom9 GmbH & Co.KG, die Anteile an der Thüga AG hält.

Die **sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen** sind mit 9,5 Mio. € (Vj. 15,9 Mio. €) deutlich zurückgegangen. Der überwiegende Teil entfällt auf die Kernverwaltung der Landeshauptstadt Wiesbaden. Hier wirken sich vor allem geringere Nachzahlungszinsen aus.

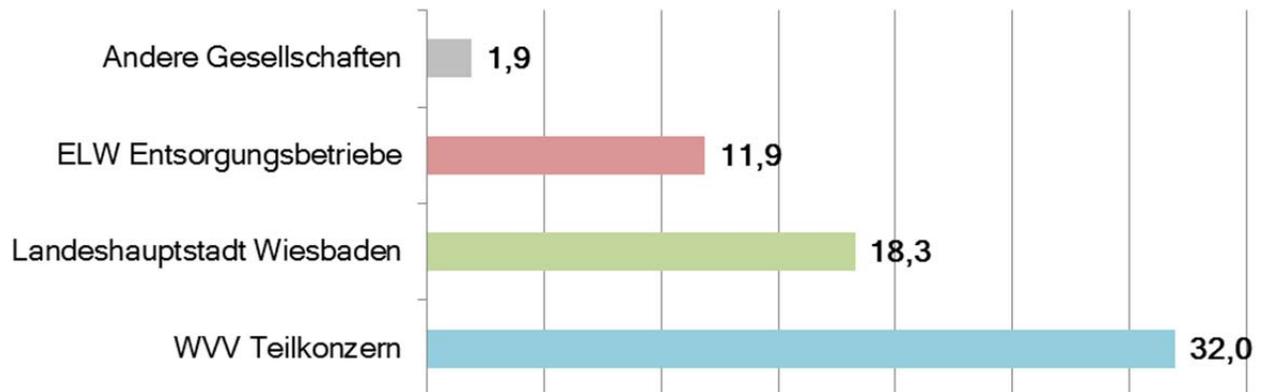
Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen sind um 2,4 Mio. € gesunken und belaufen sich zum Stichtag 31.12.2013 auf 64,1 Mio. €. Hauptsächlich setzt sich die Position aus Zinsen aus langfristigen und kurzfristigen Verbindlichkeiten sowie sonstigen Zinsen und ähnlichen Aufwendungen zusammen.

Gesamtabschluss 2013

Die Aufwendungen entfallen im Wesentlichen auf den WVV-Teilkonzern, die Kernverwaltung LHW und die ELW Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden.

Zinsen und ähnliche Aufwendungen in Mio. €



Gesamtabschluss 2013

3.3.2 Außerordentliches Ergebnis

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung
Außerordentliche Ergebnis	1,8	3,9	-2,1 ↓
Außerordentliche Erträge	13,9	26,9	-13,0 ↓
Außerordentliche Aufwendungen	12,1	23,0	-10,9 ↓

Außerordentliche Erträge

Die außerordentlichen Erträge betragen im Berichtsjahr 13,9 Mio. € und setzen sich im Wesentlichen aus den nachfolgenden Posten zusammen:

- Erträge aus dem Abgang von immateriellem und Sachanlagevermögen (10,9 Mio. €)
- Andere periodenfremde Erträge (1,5 Mio. €)
- Sonstige außerordentliche Erträge (1,3 Mio. €)

In den **Erträgen aus dem Abgang von immateriellem und Sachanlagevermögen** sind Erträge aus Mehrerlösen aus diversen Grundstücksverkäufen i. H. v. 4,8 Mio. € der LHW enthalten sowie Erträge aus Anlagenabgängen des WVV-Teilkonzern i. H. v. 5,8 Mio. €.

Die **anderen periodenfremden Erträge** sind mehrheitlich im WVV-Teilkonzern entstanden. Größte Einzelposition sind Erträge aus der Einnahmenaufteilung mit dem RMV i. H. v. 0,8 Mio. €.

Die **sonstigen außerordentlichen Erträge** sind im Wesentlichen in der Kernverwaltung der LHW angefallen und beinhalten u. a. Erträge aus dem vereinfachten Umlegungsverfahren.

Gesamtabschluss 2013

Außerordentliche Aufwendungen

Die Außerordentlichen Aufwendungen betragen im Berichtsjahr 12,1 Mio. € und setzen sich aus den nachfolgenden Posten zusammen:

- Außerplanmäßige Abschreibungen auf immaterielles u. Sachanlagevermögen (1,4 Mio. €)
- Verluste aus dem Abgang von Sachanlagevermögen (3,3 Mio. €)
- andere periodenfremde und sonstige außerordentliche Aufwendungen (7,4 Mio. €)

Die **außerplanmäßigen Abschreibungen auf immaterielles und Sachanlagevermögen** beinhalten Abwertungen von Erbbaurechtsgrundstücken i. H. v. 1,3 Mio. €.

Bei den **Verlusten aus dem Abgang von Sachanlagevermögen** handelt es sich im Wesentlichen um den Abriss von Gebäuden an der Pfälzer Straße für den Neubau einer Straße (2,0 Mio. €).

Von den **periodenfremden und sonstigen außerordentlichen Aufwendungen** i. H. v. 7,4 Mio. € entfallen 5,9 Mio. € auf den WVV-Teilkonzern. Sie betreffen periodenfremde Aufwendungen der ESWE Versorgung für die Bildung einer Rückstellung für energiewirtschaftliche Risiken und Waldschäden.

Gesamtabschluss 2013

3.3.3 Jahresüberschuss/ -fehlbetrag

Bei der Betrachtung des Gesamtjahresüberschusses in Höhe von 90,4 Mio. € ist zu berücksichtigen, dass die Aufteilung auf die Gesellschaften nach der Durchführung sämtlicher Konsolidierungsmaßnahmen erfolgt. Deswegen ist ein Vergleich mit den veröffentlichten Einzelabschlüssen der Aufgabenträger (EA) nicht ohne weitere Erläuterungen möglich und kann in Einzelfällen auch zu Fehlinterpretationen führen.

	GA	%	EA	%
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	90,4	100%	93,5	100%
Landeshauptstadt Wiesbaden	60,0	66%	27,6	29%
WLW Wasserversorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden	32,7	36%	0,1	0%
WVV Teilkonzern	24,5	27%	67,4	72%
Rhein-Main-Hallen GmbH	2,0	2%	0,0	0%
Kurhaus Wiesbaden GmbH	0,9	1%	-0,2	0%
WIM Liegenschaftsfonds GmbH & Co.KG	0,4	0%	-0,2	0%
WIVERTIS	0,2	0%	0,0	0%
HSK Pflege GmbH	0,0	0%	0,5	1%
AHW AltenHilfe Wiesbaden GmbH	0,0	0%	0,0	0%
Feierabendheim Simeonhaus GmbH	-0,2	0%	-0,5	-1%
MBA Wiesbaden GmbH	-0,2	0%	0,1	0%
HSK Rhein-Main GmbH	-1,1	-1%	-1,2	-1%
Wiesbaden Marketing GmbH	-2,4	-3%	0,1	0%
Mattiaqua (Bäderbetrieb)	-3,9	-4%	-0,6	-1%
TriWiCon	-5,7	-6%	-1,4	-2%
ELW Entsorgungsbetriebe	-6,6	-7%	2,2	2%
WJW Wiesbadener Jugendwerkstatt GmbH	-10,2	-11%	-0,4	0%

Gesamtabschluss 2013

Durch das Herausrechnen der internen Beziehungen aller in den Gesamtabschluss einbezogenen Gesellschaften verbleiben die Ergebnisse mit Dritten. Dies führt in den meisten Fällen zu Verschiebungen bei der Ergebnisbetrachtung.

Vereinfacht kann man sagen, dass Gesellschaften, die wenig (zu konsolidierende) Erträge, dafür jedoch höhere (zu konsolidierende) Aufwendungen haben, ihren Ergebnisbeitrag im Verbund gesteigert haben und umgekehrt.

Das trifft im besonderen Maße auch auf gewährte bzw. erhaltene Zuschüsse zu. Ein Beispiel hierfür ist die WJW, die Wiesbadener Jugendwerkstatt, die naturgemäß auf die Zuschüsse der Stadt angewiesen ist. An diesem Beispiel wird auch deutlich, dass die Stadt im gleichen Umfang entlastet wird und sich das Ergebnis entsprechend verbessert.

Ebenfalls entlastet wird die Stadt durch das Herausrechnen des Stadtanteils (an der Entwässerung der Straßen und Plätze); im gleichen Umfang entfällt der Ertrag bei den ELW Entsorgungsbetrieben und führt zu einem Verlust bei konsolidierter Betrachtung. Nicht zuletzt hier zeigen sich auch die Grenzen dieser Vergleichstabelle. Wäre für diese Dienstleistung (theoretisch) ein Dritter zuständig, wäre der Aufwand bei der Stadt wieder zu berücksichtigen, nur würde der Ertrag nicht bei den ELW, sondern bei dem Dritten entstehen.

Eine weitere signifikante Verschiebung ergibt sich bei den WLW Wasserversorgungsbetrieben. Das Wasserversorgungsnetz gehört der ESWE Versorgungs AG und ist von den WLW nur gepachtet. Die dafür vereinbarten und zu konsolidierenden Pachtzahlungen von über 20 Mio. € erhöhen das Ergebnis der WLW und verringern gleichzeitig das Ergebnis des WVV-Teilkonzerns.

3.3.4 Anderen Gesellschaftern zustehendes Ergebnis

Das anderen Gesellschaftern zustehende Ergebnis i. H. v. 20,0 Mio. € beinhaltet im Wesentlichen den Anteil der Thüga AG an der ESWE Versorgungs AG.

3.3.5 Ergebnisverwendung

Die Erläuterungen dieses Punktes erfolgen unter 3.2.4.

Gesamtabschluss 2013

3.4 Erläuterungen zur zusammengefassten Finanzrechnung

Die zusammengefasste Finanzrechnung zeigt, wodurch sich der Finanzmittelfonds im Haushaltsjahr verändert hat. Für die Zwecke des Gesamtabschlusses wurde der Posten Flüssige Mittel der zusammengefassten Vermögensrechnung als Finanzmittelfonds definiert. Der Saldo aus Ein- und Auszahlungen wird als Cashflow bezeichnet. Die Veränderung - eine Zunahme um 40,6 Mio. € - wird dabei den Ein- und Auszahlungen aus drei unterschiedlichen Aktivitäten, der laufenden Geschäftstätigkeit, der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit zugeordnet.

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit für den Verbund wird durch Eliminierung nicht zahlungswirksamer Aufwendungen und Erträge im Periodenergebnis ermittelt, ebenso werden die Auswirkungen der Veränderungen von Forderungen und Verbindlichkeiten auf die Liquidität berücksichtigt.

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit fasst die Zahlungsströme aus Investitionen, Desinvestitionen und erhaltenen Zuwendungen und Beiträgen zusammen. Die Zusammensetzung der Zu- und Abgänge im Anlagevermögen und bei den Sonderposten sind im Anhang erläutert. Wesentliche nicht finanzwirksame Sachverhalte wurden berücksichtigt. Unternehmen oder sonstige Geschäftseinheiten von wesentlicher Größenordnung wurden - außer der Beteiligung an der THEE ESWE Windparkbeteiligungs GmbH & Co.KG in Höhe von 6,4 Mio. € - weder erworben noch verkauft.

Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit bildet Einzahlungen der bzw. Auszahlungen an außenstehende Miteigentümern von Aufgabenträgern und die Neuaufnahme bzw. Tilgung von Krediten ab. Die Veränderung der Verbindlichkeiten aus Kreditfinanzierung sind ebenfalls im Anhang erläutert.

Gesamtabschluss 2013

3.5 Sonstige Angaben

3.5.1 Haftungsverhältnisse

Gesellschaft	Art des Haftungsverhältnisses	Höhe der Haftung in Mio. €		Änderung
		2013	2012	
WVV Teilkonzern	Bestellobligo aus erteilten Aufträgen für Investitionen	55,3	54,4	0,9
	Verpflichtungen aus Miet- und Leasingverträgen	5,7	5,1	0,6
	Verpflichtungen aus Zusagen von Kreditverträgen	9,9	5,6	4,3
	Rücknahmeverpflichtungen aus der Veräußerung von Wohnungen	1,5	3,9	-2,4
	Treuhandverbindlichkeiten	5,0	6,8	-1,8
	Verpflichtungen aus gegebenen Patronatserklärungen	45,0	0,0	45,0
	Verpflichtungen aus Grundstückskaufverträgen	0,4	0,0	0,4
Summe:		122,8	75,8	47,0
Landes- hauptstadt Wiesbaden	<p>Die LHW hat sich bei zahlreichen Grundstücksgeschäften dazu verpflichtet, eventuell anfallende Kosten für die Beseitigung von Altlasten (u. a. Bodenverunreinigung, Kampfmittelräumung) zu übernehmen.</p> <p>Beim Amt für Wirtschaft und Liegenschaften wird eine Aufstellung über diese Verpflichtungen geführt. Diese Liste der Haftungsverhältnisse ist nicht abschließend, da in einigen Fällen eine Altlastenübernahme ohne konkrete Summenbeschränkungen oder Laufzeiten vereinbart wurden.</p>			

Gesamtabschluss 2013

Gesellschaft	Art des Haftungsverhältnisses	Höhe der Haftung in Mio. €		Änderung
		2013	2012	
Landes- hauptstadt Wiesbaden	Die LHW ist Mitglied im Sparkassenzweckverband Nassau (ZVN) neben der Stadt Frankfurt sowie 4 Landkreisen in Hessen und 2 Landkreisen in Rheinland-Pfalz. Der Verband ist Mitglied im Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen. Er ist ein Zweckverband im Sinne des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit vom 16.12.1969 und damit eine Körperschaft des öffentlichen Rechts (§ 1 der Satzung des Sparkassenzweckverbandes Nassau vom 13.12.1990, zuletzt geändert am 09.03.2011). Der Zweckverband ist Gewährträger der Nassauischen Sparkasse. Nach dem grundsätzlichen Wegfall der Gewährträgerhaftung in 2005 haftet ein Träger nur noch unter ganz bestimmten Bedingungen für Verbindlichkeiten seiner Sparkasse nach dem 31.12.2015 (z. B. bezüglich der Altersvorsorge). Für die Verbindlichkeiten des Verbandes haften die Mitglieder untereinander nach dem Verhältnis der Gesamtbeträge der aus dem Gebiet der einzelnen Mitglieder stammenden Verbindlichkeiten aus dem Sparkassengeschäft gegenüber Kunden und aus den Schuldverschreibungen der Sparkasse und aus den Forderungen an Kunden mit Ausnahme der Forderungen aus Schuldscheindarlehen untereinander. Der Anteil der LHW beträgt aktuell 29 %. Ausgeschiedene Mitglieder können insoweit mit herangezogen werden, als die Ursache für ihre Haftung in der Zeit vor ihrem Ausscheiden liegt (§ 2 Abs. 4 der Satzung).			
	Ausfallbürgschaften (da diese Bürgschaften Eventualverbindlichkeiten darstellen, sind sie gemäß § 251 HGB hier aufgeführt):			
	Bürgschaften für Außenstehende Bürgschaft Dr.-Horst-Schmidt-Kliniken GmbH	5,7 65,7	5,7 69,8	0,0 -4,1
WJW Wiesbadener Jugend- werkstatt	Kommunal verbürgte Darlehen	1,3	1,4	-0,1

Gesamtabschluss 2013

3.5.2 Sachverhalte über erhebliche finanzielle Verpflichtungen

Gesellschaft	Sachverhalte mit erheblicher finanzieller Verpflichtung
WVV- Teilkonzern	<p>Bei mehreren Konzerngesellschaften bestehen derivative Finanzinstrumente zur Risikoabsicherung. Zum Bilanzstichtag wurden für alle Geschäfte die Marktwerte ermittelt. In sämtlichen Fällen wurde zwischen dem derivativen Finanzinstrument und dem Grundgeschäft eine Bewertungseinheit gebildet, so dass keine Rückstellungen für drohende Verluste passiviert werden mussten. Zur Feststellung der Wirksamkeit der Sicherungsbeziehung wird die „Critical Terms Match-Methode“ verwendet. Die Bilanzierung sämtlicher Bewertungseinheiten erfolgt nach der „Einfrierungsmethode“.</p>
	<p>Zur Begrenzung des Zinsänderungsrisikos von langfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten hat die ESWE Versorgung Zins-Swap-Geschäfte abgeschlossen. Insgesamt bestehen Swap-Geschäfte mit einem Nominalwert von 22,4 Mio. €. Aufgrund der allgemeinen Zinsentwicklung haben diese am Bilanzstichtag in Summe einen negativen Marktwert in Höhe von 1,4 Mio. € und einen positiven Marktwert von 59 T€. Die Zins-Swap-Geschäfte werden jeweils in Zusammenhang mit der Aufnahme bzw. Prolongation konkreter Darlehen abgeschlossen. Die Marktwerte werden anhand der sich aus den Vereinbarungen in Zukunft ergebenden Zahlungsströme unter Zugrundelegung der erwarteten Zinsentwicklung ermittelt.</p>
	<p>Zum 31. Dezember 2013 besteht bei der ESWE Versorgung ein Ölswap aus einer im letzten Geschäftsjahr aufgrund des Wegfalls des risikobehafteten Grundgeschäfts aufgelösten Bewertungseinheit. Aufgrund der Ölpreisentwicklung hat der seit mehreren Jahren bestehende Ölswap am Bilanzstichtag bei einem Nominalwert von 2,7 Mio. € einen positiven Marktwert von 39 T€. Die Marktwerte werden anhand der abgesicherten Mengen und der sich aus diesen Mengen ergebenden künftigen Zahlungsströme und unter Zugrundelegung der erwarteten Ölpreisentwicklung ermittelt.</p>
	<p>Die darüber hinaus mittels Termingeschäften beschafften Energiebezüge von Strom und Gas werden mit den in der Zukunft mit hoher Wahrscheinlichkeit anfallenden Absatzgeschäften in eine Einheit gebracht. Da die Beschaffung dem Absatz zeitlich vorgelagert ist, handelt es sich um antizipatives Hedging.</p>
	<p>Bei der GeWeGe werden zur Absicherung gegen steigende Zinsen derivative Finanzinstrumente eingesetzt. Bei den eingesetzten Derivaten handelt es sich um 6 Zinsswaps. Das Nominalvolumen beträgt 84,0 Mio. €. Der negative Marktwert per 31. Dezember 2013 beträgt 8,1 Mio. €. Der Bewertung liegen Zinsstrukturkurven im Zeitpunkt der Bewertung zugrunde.</p>
	<p>Auch bei der GWW werden zur Absicherung gegen steigende Zinsen derivative Finanzinstrumente eingesetzt. Bei den eingesetzten Derivaten handelt es sich um 4 Zinsswaps. Das Nominalvolumen beträgt 33,6 Mio. €. Der negative Marktwert per 31. Dezember 2013 beträgt 4,9 Mio. €. Der Bewertung liegen Zinsstrukturkurven im Zeitpunkt der Bewertung zugrunde.</p>

Gesamtabschluss 2013

Gesellschaft	Sachverhalte mit erheblicher finanzieller Verpflichtung
WVV- Teilkonzern	Bei der WVV Holding bestehen zwei Zinsswaps zur Absicherung der Zinszahlungsströme von bereits im Vorjahr bestehenden und mit langfristiger Laufzeit abgeschlossenen Darlehen (Nominalvolumen der Darlehen zum Stichtag insgesamt 19,5 Mio. €). Der negative Marktwert per 31. Dezember 2013 beträgt 0,8 Mio. €. Der Bewertung liegen Zinsstrukturkurven im Zeitpunkt der Bewertung zugrunde.
ELW Entsorgungs- betriebe	Das Bestellobligo aus erteilten Aufträgen für Investitionen beträgt 10,4 Mio. €, Verpflichtungen aus Miet- und Leasingverträgen 0,1 Mio. €.
Landes- hauptstadt Wiesbaden	Der jährliche Mietzins für größere Mietverhältnisse der LHW beträgt: Konradinerallee 11 (Laufzeit bis 30.09.2039; Mietfläche 16.721 m ²): 2,8 Mio. € Gustav-Stresemann-Ring 15 (Laufzeit bis 31.12.2017; Mietfläche 22.628 m ²): 4,1 Mio. €.
	Weitere finanzielle jährliche Verpflichtungen von erheblicher Bedeutung (> 1 Mio. € p.a.) sind: IT-Dienstleistungsvertrag mit WIVERTIS (Laufzeit: 01.01.2005-31.12.2014, danach jährliche Kündigung möglich): Kosten: Mindestens 8,4 Mio. € p.a. (2014); Betriebskostenzuschüsse an Kindertagesstätten der freien Träger (Laufzeit: Unterschiedlich - je nach Träger), Kosten: 44,9 Mio. € (2014); Mindestens 46,3 Mio. €* (2015 ff.) <i>*Durch den Krippenausbau ist mit weiteren Kostensteigerungen durch höhere Betriebskostenzuschüsse in 2015 ff. zu rechnen.</i>

Gesamtabschluss 2013

3.5.3 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen

Die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter im Unternehmensverbund der LHW stellt sich im Berichtsjahr folgendermaßen dar:

Gesellschaften	Beschäftigte	Beamte	Gesamt	Veränderung Gesamt Vojahr
WVV-Teilkonzern	1.744	0	1.744	4 ↑
HSK Rhein-Main GmbH	4	0	4	-3 ↓
HSK Pflege GmbH	3	0	3	0 →
Feierabendheim Simeonhaus GmbH	10	0	10	-5 ↓
AHW AltenHilfe Wiesbaden GmbH	133	0	133	-4 ↓
WJW Wiesbadener Jugendwerkstatt GmbH	229	0	229	38 ↑
ELW Entsorgungsbetriebe	685	6	691	11 ↑
MBA Wiesbaden GmbH	1	0	1	0 →
TriWiCon	92	0	92	-3 ↓
Kurhaus Wiesbaden GmbH	23	0	23	-4 ↓
Wiesbaden Marketing GmbH	11	0	11	-2 ↓
Rhein-Main-Hallen GmbH	24	0	24	-7 ↓
Mattiaqua (Bäderbetrieb)	110	0	110	-9 ↓
WLW Wasserversorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden	4	0	4	-3 ↓
WIM Liegenschaftsfonds GmbH & Co. KG	2	0	2	-1 ↓
Kernverwaltung Landeshauptstadt Wiesbaden	3.166	998	4.164	62 ↑
Gesamt	6.241	1.004	7.245	75 ↑

Gesamtabschluss 2013

3.5.4 Mitglieder Stadtverordnetenversammlung/Magistrat

Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung sind im Folgenden genannt.

Stadtverordnetenvorsteher:	Stellvertreter/innen:
Nickel, Wolfgang	Göttenauer, Michael (Linke & Piraten) Große, Claus-Peter (GRÜNE) Queck, Katharina (CDU) Schickel, Hans Peter (SPD)
Weitere Stadtverordnete in 2013:	
Abt, Richard Altz, Richard Andes-Müller Dipl.Ing., Dorothee Angor, Dorothea Apel, Michaela Bachmann, Christian Becker, Jürgen Belz, Stephan Bilir, Suayip (ab 01.12.2013) Bohrer, Hartmut Braun, Karl David, Michael Delbasteh Dr., Rashid Denne, Heike Diers, Christian Dogan, Salih Düe, Barbara Dumont du Voitel, Sabine Egert, Urban (seit 18.06.2013) Franz, Kerstin (bis 18.09.2013) Freund, Renate Frommann, Hans-Jörg Gaedeke, Sabine Gerich, Sven (bis 17.06.2013) Geis, Kerstin (bis 30.11.2013) Gretz-Roth Dr., Vera Güler, Sibel Hagenmüller, Axel Hasemann-Trutzel, Hans-Joachim Hebenstreit, Anita Hinninger, Christiane Hoffmann, Annabelle (bis 04.06.2013) Horschler, Dieter Jentsch Dr., Doris	Lerschmacher Dr., Karin Lorenz, Bernhard Manjura, Christoph Maritzen, Ronny Michna Dr., Hans-Achim Mucha, Monika Nehrbaß, Helmut (bis 21.03.2013) Oschmann, Petermartin Paffe, Sandra Pfeifer, Rainer Pöpel, Brigitte Susanne Reiß, Ingrid (seit 22.07.2013) Röck-Knüttel, Nicole Rottloff, Simon Ruf, Nadine Sahin Dipl. Ing., Gülden Schadt, Peter Schmehl, Hendrik (seit 05.06.2013) Schmitz Dr., Sven-Uwe Schnaus, Eleonore Schon, Manuela Schuchalter-Eicke, Gabriele Seidensticker, Eberhard Seipel-Rotter, Hendrik Sohn, Axel Wolfgang (seit 01.04.2013) Spallek, Stefan Spruch, Claudia Tatarca, Ümran Uebersohn Dr., Gerhard Volk-Borowski, Dennis Völker Dr., Reinhard von Garnier, Friederike von Poser und Groß-Naedlitz Dr., Michael Waldeck, Andreas

Gesamtabschluss 2013

Karpidou, Sofia (seit 19.09.2013)	Wallmann, Astrid
Kessler, Hans-Martin	Weck, André
Kienast-Dittrich, Renate	Weinerth, Ulrich
Kisseler, Felix	Wild, Volker
Knauer, Christa	Wilhelmy, Veit
Koch, Karsten (bis 21.07.2013)	Wittkowski Dr., Bernd
Koch, Simone	

Die Mitglieder des Magistrats in 2013 waren:

Oberbürgermeister	
Gerich, Sven (ab 02.07.2013) Dr. Müller, Helmut-Georg (bis 01.07.2013)	
Bürgermeister	
Goßmann, Arno	
hauptamtliche Magistratsmitglieder:	ehrenamtliche Magistratsmitglieder:
Bendel, Detlev Dr. Franz, Oliver (ab 01.10.2013) Möricke, Sigrid Scholz, Rose-Lore Imholz, Axel (ab 02.07.2013 Stadtkämmerer) Zeimetz, Birgit (bis 30.09.2013)	Coigné, Mechthild Gores, Wolfgang Herber, Wolfgang † (07.02.2013) Kornmüller-Bolte, Daniela Kötschau, Sven Nehrbaß, Helmut (ab 21.03.2013) Dr. Reinhardt, Tilli-Charlotte Reiß, Thorsten Schlempp, Dieter Schüler, Ralph Schuster, Rainer Skolik, Helga von Scheidt, Helmut Wolf, Gabriele

Wiesbaden, den 28.08.2015



Imholz
Stadtkämmerer

Gesamtabschluss 2013

4. Anlagen

Anlage (1) Anlagenspiegel

Position	Anschaffungs- und Herstellungskosten in EUR							Abschreibungen in EUR					Buchwerte in EUR			
	Stand zum 01.01.	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Spiegelübergreifende Umbuchungen	Zugang / Abgang Kons.Kreis	Wertänderung At Equity Methode	Stand zum 31.12.	Stand zum 01.01.	Zuschreibungen des Berichtsjahres	Abschreibungen des Berichtsjahres	Abschreibungen auf Abgänge	Umbuchungen	Stand zum 31.12.	Stand zum 31.12.	Stand zum 01.01.
1 Anlagevermögen	5.958.288.680	185.130.506	45.929.509	0	2.380.000	3.672.200	20.214.057	6.123.755.934	2.405.577.358	886	118.433.110	31.971.778	0	2.492.037.804	3.631.718.130	3.552.711.322
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	79.841.463	5.728.579	5.337.407	769.355	0	0	0	81.001.990	42.524.016	0	7.109.672	5.334.944	929	44.299.673	36.702.317	37.317.447
1.1.1 Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	24.591.048	2.087.819	310.492	20.158	0	0	0	26.388.533	18.964.104	0	2.067.126	308.031	929	20.724.128	5.664.405	5.626.944
1.1.2 Geleistete Investitionszuweisungen und Zuschüsse	55.250.415	3.625.957	5.026.915	764.000	0	0	0	54.613.457	23.559.912	0	5.042.546	5.026.913	0	23.575.545	31.037.912	31.690.503
1.1.3 Geschäfts- oder Firmenwert	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1.1.4 Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	0	14.803	0	-14.803	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1.2 Sachanlagen	5.255.014.132	154.593.678	37.441.877	-769.355	2.380.000	3.672.200	0	5.377.448.778	2.324.013.005	0	111.323.438	26.636.834	-929	2.408.698.680	2.968.750.098	2.931.001.127
1.2.1 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	2.517.845.054	25.006.294	18.714.169	18.877.174	2.380.000	0	0	2.545.394.353	667.862.948	0	37.112.878	8.141.675	0	696.834.151	1.848.560.202	1.849.982.107
1.2.2 Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	2.312.904.243	18.583.056	2.146.584	6.982.336	0	0	0	2.336.323.050	1.442.983.141	0	48.590.510	2.535.321	0	1.489.038.330	847.284.720	869.921.102
1.2.3 Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	98.170.534	12.829.028	644.169	3.434.562	0	3.672.200	0	117.462.155	68.506.982	0	7.279.992	643.722	0	75.143.252	42.318.903	29.663.551
1.2.4 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	225.300.131	18.939.078	15.580.814	205.267	0	0	0	228.863.662	144.659.934	0	18.340.057	15.316.115	-929	147.682.947	81.180.715	80.640.196
1.2.5 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	100.794.171	79.236.223	356.140	-30.268.695	0	0	0	149.405.558	0	0	0	0	0	149.405.558	100.794.171	
1.3 Finanzanlagen	449.793.085	24.808.250	3.150.226	0	0	0	20.214.057	491.665.165	39.040.337	886	0	0	0	39.039.451	452.625.714	410.752.748
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	1.926.961	0	0	0	0	0	0	1.926.961	0	0	0	0	0	1.926.961	1.926.961	
1.3.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen	5.400	0	1.800	0	0	0	0	3.600	0	0	0	0	0	3.600	5.400	
1.3.3 Beteiligungen	322.685.311	8.800.384	6.300	0	0	0	20.214.057	351.693.452	38.951.871	0	0	0	0	38.951.871	312.741.581	283.733.440
1.3.4 Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	17.841.234	9.434.860	355.602	0	0	0	0	26.920.493	0	0	0	0	0	26.920.493	17.841.234	
1.3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens	35.700.000	50	0	0	0	0	0	35.700.050	0	0	0	0	0	35.700.050	35.700.000	
1.3.6 Sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen)	71.634.179	6.572.955	2.786.524	0	0	0	0	75.420.610	88.466	886	0	0	0	87.580	75.333.030	71.545.713
1.4 Sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen	173.640.000	0	0	0	0	0	0	173.640.000	0	0	0	0	0	173.640.000	173.640.000	

Anlage (2) Forderungsspiegel

Gesamtabschluss 2013

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	Restlaufzeiten			Gesamt EUR	Gesamt Vorjahr EUR
	bis zu 1 Jahr	über 1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre		
	EUR	EUR	EUR		
2.3.1 Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	14.240.120	6.123.377	32.544.018	52.907.515	47.050.974
2.3.2 Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	23.646.891	25.476	0	23.672.367	38.080.931
2.3.3 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	80.184.596	0	1.030	80.185.626	76.013.813
2.3.4 Forderungen gegen verbundene Unternehmen, gegen Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen	289.894	0	0	289.894	678.099
2.3.5 Sonstige Vermögensgegenstände	58.834.937	0	0	58.834.937	43.815.908
Gesamt	177.196.438	6.148.853	32.545.048	215.890.339	205.639.725

Anlage (3) Eigenkapitalpiegel

Gesamtabschluss 2013

Eigenkapital	Nettoposition und Gezeichnetes Kapital	Rücklagen aus Überschüssen des Ergebnisses	Zweckgebundene und Sonderrücklagen	Anteil Dritter am Eigenkapital	Gesamtbilanzgewinn/-verlust	Gesamteigenkapital
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Stand 01.01.2013	1.259.089.688	44.094.366	1.883.961	63.796.228	104.893.196	1.473.757.439
Zunahme	0	0	0	20.076.542	70.307.163	90.383.705
Abnahme	0	0	0	0	0	0
Dividendenausschüttung	0	0	0	19.902.256	0	19.902.256
Umgliederung bzw. ergebnisneutrale Änderung	0	19.147.401	0	-48.496	-19.098.905	0
Stand 31.12.2013	1.259.089.688	63.241.767	1.883.961	63.922.018	156.101.454	1.544.238.888

Anlage (4) Sonderpostenspiegel

Gesamtabschluss 2013

Sonderposten	Stand 01.01.	Einzahlungen / Zugänge		Auflösung	Auszahlung	Stand 31.12.
	EUR	immat. Vermögen	Sachanlagen		Sachanlagen	
Sonderposten für erhaltene						
2.1 Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge	255.659.205	689.976	13.992.167	16.893.439	129.078	253.318.831
2.1.1 Zuweisungen vom öffentlichen Bereich	201.314.832	353.384	13.239.186	13.457.732	46.501	201.403.169
2.1.2 Zuschüsse vom nicht - öffentlichen Bereich	14.903.910	336.592	430.206	855.506	82.577	14.732.624
2.1.3 Investitionsbeiträge	39.440.463	0	322.774	2.580.200	0	37.183.037
2.2 Sonstige Sonderposten	31.101.909	0	3.129.210	0	3.592.938	30.638.181
Gesamt	286.761.114	689.976	17.121.377	16.893.439	3.722.016	283.957.012

Anlage (5) Rückstellungsspiegel

Gesamtabschluss 2013

Rückstellungen	Stand 01.01.	Inanspruch- nahme	Auflösung	Zuführung	Aufzinsung	Stand 31.12.
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
3.1 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	468.135.610	2.672.295	256.180	24.131.199	618.906	489.957.240
3.2 Rückstellungen für Finanzausgleich und Steuerschuldverhältnisse (nur Kommune)	153.147	27.772	0	0	0	125.375
3.3 Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien	60.087.993	15.594	0	4.470.892	0	64.543.291
3.4 Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	1.307.753	12.835	465.142	0	0	829.776
3.5 Sonstige Rückstellungen	119.814.317	29.900.761	13.329.168	44.293.535	302.942	121.180.865
Gesamt	649.498.820	32.629.257	14.050.490	72.895.626	921.848	676.636.547

Anlage (6) Verbindlichkeitspiegel

Gesamtabschluss 2013

Verbindlichkeiten	Restlaufzeiten			Gesamt	Gesamt Vorjahr
	bis zu 1 Jahr	über 1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre		
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
4.1 P41 Anleihen	0	0	0	0	0
4.2 P42 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	94.411.854	353.406.586	983.924.242	1.431.742.681	1.388.558.722
4.2.1 P421 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	86.551.212	320.136.759	824.000.369	1.230.688.339	1.181.125.186
4.2.2 P422 Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern	3.392.574	12.108.537	20.375.797	35.876.908	37.518.128
4.2.3 P423 Sonstige Verbindlichkeiten aus Krediten	4.379.198	21.161.290	139.548.076	165.088.563	169.740.380
4.2.4 P424 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für die Liquiditätssicherung	0	0	0	0	0
4.2.5 P425 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	88.871	0	0	88.871	175.028
4.3. P43 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	13.540.862	0	0	13.540.862	12.473.439
4.4. P44 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	64.402.903	0	0	64.402.903	57.976.379
4.5. P45 Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	4.957.730	0	0	4.957.730	3.623.309
4.6. P46 Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen	16.880.832	0	880.958	17.761.790	23.490.755
4.7. P47 Sonstige Verbindlichkeiten	146.633.785	1.857.250	0	148.491.035	138.992.897
Gesamt	340.827.966	355.263.836	984.805.200	1.680.897.001	1.625.115.501

Anlage (7) Erklärung zu den verwendeten Kennzahlen

Vermögenslage	Nettoinvestition	Zugänge zu AHK des Haushaltsjahres ./. Abgänge zu AHK des Haushaltsjahres abzgl. der Abschreibungen auf Anlagenabgänge
	Investitionsquote	$\frac{\text{Nettoinvestitionen in Sachanlagen} \times 100}{\text{Sachanlagen zu hist. Anschaffungs- / Herstellungskosten zu Jahresbeginn}}$
	Reinvestitionsquote	$\frac{\text{Nettoinvestitionen in Sachanlagen} \times 100}{\text{Abschreibungen des Haushaltsjahres}}$
	Eigenkapitalquote II	$\frac{\text{Eigenkapital einschl. Sonderposten} \times 100}{\text{Gesamtkapital}}$
	Pro-Kopf-Verschuldung	$\frac{\text{Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahme}}{\text{Einwohnerzahl zum Stichtag}^{14}}$
Ergebnissituation	Ordentlicher Aufwandsdeckungsgrad	$\frac{\text{Ordentliche Erträge} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$
	Zinslastquote	$\frac{\text{Zinsen und ähnliche Aufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$

¹⁴ gemäß der Daten des Amtes für strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik der LHW